Nr. 150 ♦ 44. Jahrg.

Ausgabe A Nr. 76

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Mittwoch, den 30. März 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Markgr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Geßler über die Sowjetgranaten.

Sie sind geliefert und bezahlt.

Die Tatsache, daß die deutsche Reichswehr in einer nicht weit zurückliegenden Zeit von sowjetrussischen Munitionsfabriken mit Granaten beliefert wurde, ist längst durch soviel Beweise erhärtet, daß trotz der verzweifelten kommunistischen Ableugnungsversuche kein Mensch mehr an ihr zweifelt. Immerhin hat es sich gestern zum erstenmal ereignet, daß sie von der zuständigen deutschen Stelle öffentlich in aller Form bestätigt worden ist.

In der fortgesetzten Debatte über den Reichswehretat antwortete Minister Dr. Geßler auf eine vortreffliche etatkritische Rede des Genossen Dr. Leber mit längeren sachlichen Ausführungen. Dabei entspann sich zwischen dem Minister und Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der folgende Dialog:

Geßler (in seiner Rede fortfahrend): Nun kommt die andere Seite, ob wir von den Fabriken (den deutschen Munitionsfabriken. Red d. „V.") nicht übervorteilt worden sind.

Zuruf des Abg. Nowack (Soz.): **Waren die russischen Granaten auch so teuer?**

Geßler: Das ist längst vorbei!

Zuruf des Abg. Müller-Franken: **Sie sind alle bezahlt!**

Geßler: Sie sind aus anderen Mitteln bezahlt (Müller nickt zustimmend), und ich freue mich, daß der Herr Kollege Müller die Freundlichkeit hat, mir das zu bestätigen.

Herr Geßler hat also in aller Oeffentlichkeit wiederholt, was er bereits vor einigen Wochen im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gesagt hatte; der Kern seiner damaligen Ausführungen bildet somit kein Geheimnis mehr. Die Szene zwischen Geßler und Müller bezieht sich eben auf jene Verhandlungen im Ausschuß. Die Sozialdemokraten hatten sich lebhaft für die Frage interessiert, aus welchen Mitteln die sowjetrussische Munition bezahlt worden sei, da sich im Reichshaushalt nicht die geringste Spur von ihnen fand. Im Ausschuß war nun festgestellt worden, daß zur Finanzierung der deutsch-russischen Munitionsgeschäfte ein besonderer Fond gebildet worden war, so daß die hierfür aufgewandten Mittel nicht durch den Etat liefen. Das sind die „anderen Mittel", aus denen nach der nunmehr auch öffentlich abgegebenen Erklärung des Reichswehrministers die sowjetrussische Munition bezahlt worden ist.

Wenn übrigens Herr Geßler sagt, die Zeit, in der die deutsche Reichswehr von Rußland bewaffnet wurde, sei „längst vorbei", so trifft das nur dann zu, wenn man diese Bezeichnung für etwas gelten lassen will, dessen Schlußakt sich erst vor einem halben Jahr abspielte. Die Verträge waren in den Jahren 1921/22 entstanden, Lieferungen sind aber bekanntlich, und zwar in sehr großem Umfang, bis in den Herbst des Jahres 1926 hinein erfolgt.

In der Sitzung der Auswärtigen Ausschusses, in der die Sowjetgranatenaffäre behandelt wurde, waren die kommunistischen Abgeordneten Stöcker und Rosenberg zugegen. Spätestens damals also ist ihnen die Wahrheit bekannt geworden. Trotzdem hat die kommunistische Partei und Presse auch nachher noch die Tatsachen mit eherner Stirn abgeleugnet. Sie wird auch jetzt nicht den Mut haben, ihren Anhängern zu sagen, welches Spiel Moskau mit ihnen gespielt hat. Sie wird ihnen auch jetzt nicht sagen, daß Moskau, während es in Deutschland den bewaffneten Aufstand predigen ließ, der Reichswehr gegen bar die Mittel lieferte, um den Aufstand niederzuschlagen!

Ungarn außer Militärkontrolle.

Beschluß der Botschafterkonferenz.

Paris, 29. März. (Havas.) Nach Kenntnisnahme des Berichts der Kontrollkommission über den Stand der Ausführung der Entwaffnungsklauseln durch Ungarn hat die Botschafterkonferenz in voller Uebereinstimmung mit den an der Frage interessierten Regierungen beschlossen, daß die Tätigkeit der Kommission am 31. März eingestellt wird. Jedoch werden die Mitglieder der Kommission bis zum 15. Mai in Ungarn verbleiben, um gewisse noch auszuführende Arbeiten zu überwachen und den Schlußbericht endgültig fertigstellen.

Diese Militärkontrolle hat längst schon bloß auf dem Papier gestanden. Sie hat Horthy-Ungarn nicht gehindert, eine „Feuerwehr-Armee" neben der offiziellen Wehrmacht aufzustellen, eine gewaltige Ueberzahl der Offiziere aus der Habsburger-Zeit weiterzubeschäftigen und zu besolden, vor allem aber durch den gesetzlich eingeführten Zwang zur körperlichen Ausbildung in staatlich vorgeschriebener und geleiteter Weise so ziemlich die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. „Levente" heißt dieser Betrieb, man hat ihn von Anfang an geduldet und hat erst jüngst den Ungarn auch Panzerautos bewilligt, angeblich für die Polizei.

Wenn die „interessierte" Regierung der Tschechoslowakei wirklich mit dem Aufhebungsbeschluß einverstanden sein sollte, so gewiß nur, indem sie denkt: „Ob solch eine Kontrolle oder gar keine, das ist schon alles eins." Die Rüstungen Ungarns bedrohen selbstverständlich den Besitz der Nachbarstaaten an ehemals ungarischem Land und auf die Slowakei hat man in Budapest ganz besonderen Appetit. Die Entente hat allerdings diese Gefahr selbst hervorgerufen, indem sie starke madjarische Volksteile in die Staaten der Tschechen, Rumänen und Südslawen hineingezwungen hat.

Das Wohlwollen der Entente für Horthy-Ungarn steht in einem grellen Gegensatz zu der Behandlung des vollkommen friedlichen Deutschösterreich auf diesem Gebiet. In Wien sitzt noch immer eine „liquidierende" Kontrollkommission und sie hat z. B. letzthin die Waffenteile beschlagnahmt, die der christlichsoziale Wehrminister Vaugoin („Wogesthin" sagen die Wiener) durch den nächtlichen Einbruch ins ehemalige Arsenal erbeutet hatte. Aber das „Kgl." ungarische Kanonenfutter spielt eine nicht unwesentliche Rolle in den Kriegsplänen gewisser Groß- und auch mittlerer Mächte.

Man tut, als ob man täte.

Paris, 29. März. (Havas.) Die Entscheidung der Botschafterkonferenz bedeutet nicht, daß Ungarn alle seine militärischen Verpflichtungen erfüllt hat. Insbesondere muß Ungarn noch die gesetzlichen Bestimmungen für die Beschränkung der Rekrutierung durchführen, ferner müssen die Arbeiten in der für die Herstellung von Kriegsmaterial Ungarn im Vertrag von Trianon zugestandenen Spezialfabrik bis zum 15. Mai beendet werden.

Amerikas Gesandter als Scharfmacher.

Telegraphisches Ersuchen nach Washington.

Washington, 29. März. (WTB.) Der amerikanische Gesandte in Peking, Mac Murray, hat telegraphisch das Staatsdepartement dringend ersucht, scharf vorzugehen, um eine Wiederkehr der Ausschreitungen von Nanking an anderen Orten innerhalb des von den Südchinesen besetzten Gebietes zu verhindern. Diesem Ersuchen war ein Bericht des Admirals Hough beigefügt, in welchem dieser erklärte, die Lage in Wuhu werde ständig kritischer. Im übrigen erklärt Mac Murray, daß nach einem Bericht von Nanking, die Ausschreitungen dort noch schlimmer waren als ursprünglich angenommen wurde. Der Terrorismus und das Vorgehen gegen die Fremden sei nicht nur offiziell begünstigt und geleitet, sondern sogar vorbereitet worden. Der Gesandte forderte schließlich die sofortige Abreise aller Amerikaner aus dem von den Nationalisten besetzten Gebiet.

Standrecht in der Schanghaier Chinesenstadt?

Die Meldungen aus China sind noch immer widerspruchsvoll. Während Reuter über Wiederaufnahme der Arbeit in den Verkehrsunternehmungen und zum Teil auch im Postbetrieb berichtet und erklärt, die Lage sei im allgemeinen ruhig, melden andere Agenturen, daß General Schiangkaischek infolge der fortgesetzten Zusammenstöße das Standrecht über die Chinesenstadt verhängt habe.

Des weiteren soll der Generalissimus erklärt haben, offizielle Verhandlungen zwischen der Kantonregierung und den ausländischen Behörden würden erst nach der — übrigens bald erwarteten — Ankunft des Außenministers Tschen in Schanghai beginnen können.

Albanien wird mobilisiert.

Südslawien kündigt Vorsichtsmaßnahmen an ....

Belgrad, 29. März. (EP.) Die „Politika" meldet, die Regierung habe abermals die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die albanischen Mobilisierungsmaßnahmen gelenkt. Falls der albanischen Mobilisierung kein Ende bereitet werde, müßte Südslawien Vorsichtsmaßnahmen an der albanischen Grenze treffen.

Warum Mißtrauen?

Ein Beitrag zur Reichswehrdebatte.

Von Karl Severing.

Als nach dem Rathenau-Mord die preußischen Behörden den rechtsradikalen Verbänden eine größere Aufmerksamkeit zuwandten, da stellte sich sehr bald heraus, daß einzelne dieser Organisationen durch Personalunion ihrer Führer Anschluß an die Reichswehr gesucht und gefunden hatten. Vertrauensmänner der Reichswehr, denen die Aufgabe zugewiesen war, die Bewegung von Waffen und Heeresgerät in den einzelnen Provinzen zu verfolgen, waren zugleich Mitglieder des Vorstandes oder der Geschäftsführung sogenannter Heimatbünde. Diese Heimatbünde hatten in sehr detaillierten Satzungen ihre Aufgaben umschrieben und sich dabei nicht im geringsten geniert, der ganzen Vereinigung oder einzelnen Gliedern militärische und polizeiliche Befugnisse zu übertragen. Die Satzungen ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Bünde (in Brandenburg, Pommern und Schlesien) in der einseitigsten parteipolitischen Richtung tätig sein wollten. So bildeten sie keinen Heimatschutz, sondern eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. Ihre Duldung hätte zur Folge gehabt, daß nach ihrem Muster auch die Linksparteien mit Organisationen militärischen Charakters auf dem Plane erschienen wären, und daß die Interalliierten unter Androhung neuer Repressalien ihre Auflösung erzwungen hätten. Soweit darum der Verdacht der militärischen Rüstung und Betätigung gerechtfertigt erschien, wurden die betreffenden Vereinigungen aufgelöst. Die Polizei hatte um so weniger Grund, diesen Organisationen gegenüber Toleranz zu üben, als in ihren Satzungen oft ausdrücklich betont war, vor den Zivilbehörden die Tätigkeit der Bünde geheim zu halten.

Die Vorgänge wurden bekannt — nicht durch die Behörden, sondern durch Prahlereien und Drohungen der in ihrem Tatendrang behinderten Geheimbündler. So kamen sie in die Presse und ins Parlament. Der Reichswehr wurde gesagt, daß die vielerorts nachgewiesene Verbindung ihrer Organe mit staatsfeindlichen Organisationen nicht geeignet sei, für die Reichswehr in den verfassungstreuen Kreisen des Volkes zu werben. Bei der Beratung des Wehretats erklärte darum am 27. Februar 1923 der Reichswehrminister Geßler:

Die Reichswehr kann und darf die ihr gesetzlich zustehenden Aufgaben: Schutz der Verfassung, Schutz der Grenzen, Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nur mit der verfassungsmäßig dazu berufenen Behörde lösen; ein Zusammenwirken der Reichswehr mit Zeitfreiwilligen und Selbstschutzorganisationen dazu ist ausgeschlossen.

Das waren entschiedene Worte, denen leider kleine Taten folgten. Gewiß hat der Wehrminister selbst und der Chef der Heeresleitung, der durch den wilden Selbstschutz Oberschlesiens von dem Unwert, ja von der Gefahr einer derartigen Verbindung mit militärischen Stellen überzeugt worden war, gelegentlich durch weitere Erklärungen das Programm vom 27. Februar unterstrichen. Aber es blieb unausgeführt, wie die vielen Klagen im Reichstage und in der Presse erkennen ließen. Die Antworten der Heeresleitung auf diese Klagen, daß es sich um bedauerliche Einzelerscheinungen handele, waren — wenn auch gutgläubig erteilt — allzu oft nur Beschwichtigungen und Ausflüchte, und darum keineswegs geeignet, das Vertrauen in den Willen der Heeresverwaltung, fest durchzugreifen, zu stärken.

Der Reichswehrminister hat am Montag darauf verwiesen, daß er mit der Organisation und den Mannschaften der Reichswehr, die das Weimarer Gesetz geschaffen, habe arbeiten müssen. Das ist nicht zu bestreiten, und niemand würde dem Wehrminister widersprechen wollen, wenn er hinzufügen würde, daß das Mannschafts- und Offiziersmaterial von damals auch nicht durchweg ersten Ranges gewesen sei. Es war sogar noch schlechter, als Dr. Geßler am Montag zugegeben hat, denn nicht nur ein General (Lüttwitz) hat beim Kapp-Putsch versagt, sondern eine ganze Reihe von Generalen hat damals den Eid auf die Verfassung sehr leicht genommen. Und was die Mannschaften anlangt, so weiß ich mich der Eingabe einer westfälischen Brigade aus jener Zeit zu erinnern, in der davon die Rede war, daß die Kompagnieführer bei Verfehlungen der Mannschaften von einer Bestrafung Abstand nähmen, um die Bestraften nicht zum Ausscheiden zu veranlassen. Die Schwierigkeiten, die der Wehrminister bei seinem Amtsantritt auf organisatorischem, disziplinarischem und politischem Gebiet antraf, sollen darum gewiß nicht unterschätzt werden. Sie sind auch nicht geringer geworden durch die Weigerung der Angehörigen der Linksparteien, beim Heeresersatzgeschäft durch Auskunfterteilung und dergleichen mitzuwirken. Aber die Frage bleibt doch: Was hat die Heeresverwaltung getan, um die Zustände, vor allem die Qualität der Offiziere und Mannschaften, zu bessern?

Die heutige Schutzpolizei der deutschen Einzelländer ist einige Monate vor dem Kapp-Putsch aufgestellt worden, in Preußen in der Hauptsache einige Wochen nach dem Putsch.

Ihr damaliger Verwendungszweck bedingte die Einstellung von im Waffengebrauch geübten Mannschaften, vorwiegend also ehemaligen Soldaten. So kamen Unteroffiziere und Offiziere des alten Heeres in großer Anzahl in die Schutzpolizei. Es gab sogar auch eine H. z. b. V. (Hundertschaft zur besonderen Verwendung), wie bei der Truppe, oder vielmehr wie bei den Leuten, die Truppe spielen wollten. Und wer da weiß, mit welchen organisatorischen Schwierigkeiten die Polizei zu kämpfen hatte, besonders dann, wenn die Entente mit neuen Auflagen hinsichtlich der Bewaffnung und Gruppierung kam, der wird zugeben müssen, daß es damals auch nicht ganz leicht war, aus der Polizei ein Instrument der Republik, aus dem Polizisten den Kameraden des Volkes zu machen. Selbstverständlich bleibt auch in der Polizei noch viel zu bessern, aber sie erfreut sich heute unbestritten des Vertrauens der weitesten Volkskreise.

Und das Rezept: Rücksichtslose Entfernung der Offiziere, denen entweder der Wille oder die Fähigkeit fehlt, sich und ihre Mannschaften zu den Anforderungen der neuen Zeit, zum Dienst am Volke und zum Schutze der Republik zu erziehen. Ferner: Sorgfältige Auslese der Mannschaften unter Mitwirkung der Gemeindebehörden und Ausschaltung parteipolitischer Rücksichten.

Ich stelle die Durchbildung der Offiziere und ihre Erziehung zum Staat von heute allem voran. Mit der Befehlsgewalt hat der Offizier eine hohe und schöne, aber auch verantwortungsvolle Aufgabe. Seine Truppe ist das, was er aus ihr macht. Darum kann kein Lob, keine Auszeichnung zu hoch sein für den Führer, dessen Mannschaften nicht nur durch den Drill, sondern mehr noch mit dem Herzen zur Erfüllung der Aufgaben einer republikanischen Reichswehr bereit stehen. Und Geßler hat recht: Mit diesem Lob, mit dieser Anerkennung kargt die Republik.

Aber wären die durch die Fememorde gekennzeichneten dunklen Umtriebe in den Garnisonen Rathenow, Potsdam, Spandau, Küstrin, Frankfurt a. d. O. usw. denkbar gewesen, wenn alle Offiziere und ihre Beauftragten sich ihrer großen Aufgabe und Verantwortung bewußt geblieben wären? Wie war es möglich, daß sieben Monate nach der feierlichen Erklärung Geßlers im Reichstage Hunderte von Leuten die Forts Küstrins und Spandaus füllten, entschlossen, die ihnen anvertrauten Waffen auch gegen die Reichswehr zu richten? Ist niemand verantwortlich dafür, daß im Herbst 1923 in den Kreisen dieser sonderbaren Stützen der Reichswehr auch die Ermordung von Ministern und Generalen erörtert wurde? Hat keiner der zur Beaufsichtigung und Kontrolle der Standorte Verpflichteten etwas gemerkt, als die verschiedensten Rechtsorganisationen nicht nur Leute, sondern auch Lebensmittel heranschafften? Ich habe nie davon erfahren, daß dieser Versäumnisse wegen je ein höherer Offizier zur Rechenschaft gezogen worden wäre.

Der Reichswehrminister hat am Montag die Zweckmäßigkeit und den Erfolg der Mitwirkung der Gemeindebehörden beim Heeresersatzgeschäft mit einer Bemerkung in Zweifel gezogen, die bei einer wenig wohlwollenden Auslegung als Mißtrauen der Zivilverwaltung gegenüber gedeutet werden kann. Ich möchte mir diese Auslegung nicht zu eigen machen, aber doch auf folgendes verweisen: Wenn die Heeresverwaltung von den Gemeindeverwaltungen bei der Unterbringung der Heeresentlassenen Hilfe und Unterstützung erwartet, dann sollte sie auch den Anschein vermeiden, als ob ihr die Mitwirkung der Gemeindebehörden beim Ersatzgeschäft unerwünscht wäre. Wer selber nur Mißtrauen äußert und Mißtrauen beweist, dem steht es nicht wohl an, von anderen Vertrauen zu fordern. Jedenfalls gewährt die Mitwirkung der Gemeindebehörden eine größere Garantie für die Ausschaltung parteipolitischer Einwirkungen, wie die Auskunftspersonen der Rechtsverbände, deren sich die Heeresverwaltung früher allzuoft bedient hat.

Ich weiß mich frei von jeder Gegnerschaft gegen die Reichswehr. In den schweren Zeiten des Ruhreinbruchs und der Inflation stand ich amtlich in engster Verbindung mit ihr, und gerade ich weiß aus jenen Tagen die Verdienste Geßlers und des Generals v. Seeckt zu würdigen. Ich glaube auch zu wissen, was der Reichswehrminister mit jener mysteriösen Wendung in seiner Rede gemeint hat: „die Reichswehr ist heute ein gefestigter Körper, aber es hätte auch leicht anders kommen können." Geßler und Seeckt waren damals mutig und klug genug, um den dummen Lockungen und Drohungen der Putschisten-Häuptlinge zu widerstehen. Ich würde gern mehr zum Ruhm der Reichswehr sagen. „Anklagen ist mein Amt und meine Sendung, es ist mein Herz, das gern beim Lob verweilt!" Auch des Obersten Gudovius Verhalten, der den Meuterern Buchruckers Widerstand leistete und damit den Küstriner Putsch lokalisierte, verdient immer wieder hervorgehoben zu werden. Aber liegt in dem „es hätte auch leicht anders kommen können" nicht auch eine schwere Selbstanklage? Drei Jahre lang standen Geßler und Seeckt damals an der Spitze der Heeresverwaltung, da hätte es wohl nicht mehr leicht anders kommen dürfen! Von den ordentlichen Mannschaften der Reichswehr drohte ihrem Bestande keine Gefahr. Auch die in den Forts und auf den Uebungsplätzen Döberitz und Jüterbog versammelten Bauernsöhne und Schüler hätten es nicht vermocht, den Kurs der Reichswehr leicht anders herumzuwerfen. Wenn je die Gefahr bestand, daß es leicht anders hätte kommen können, dann war sie lediglich in der Duldung solcher Elemente begründet, die aus der Reichswehr ein einziges großes Freikorps zu innen- und außenpolitischen Abenteuern machen wollten. Die sich offen dazu bekannten, sind ja lange entfernt, aber es erscheint mir das Verlangen nicht überflüssig, darauf zu achten, daß auch die Vorsichtigeren in der Reichswehr keinen Boden gewinnen.

Einige Ausführungen Geßlers in seiner Montagsrede ließen erkennen, daß die Reichswehr nur Untugend des alten Heeres sozusagen in Reinkultur übernommen hat: d. h., die Einbildung der Unfehlbarkeit. Der Wehrminister sprach davon, daß zu den Berichten der Interalliierten Militärkontrollkommission alle Kreise des Volkes Material geliefert hätten, — wenige um des schnöden Mammons willen, mehrere aus Dummheit oder Schwatzhaftigkeit. Dieser Bekundung an sich möchte ich nicht widersprechen, sie ist aber nicht vollständig: das meiste Material ist den Interalliierten sicherlich durch die unglaublichsten Torheiten der Beauftragten der militärischen Stellen selbst entstanden. Auch das gehört zum Kapitel Mißtrauen. Selbstverständlich standen alle Beauftragten, von denen im letzten Femeprozeß der militärische Sachverständige sprach, im Rechtslager, rechts von den Deutschnationalen. Warum die anderen gemieden wurden, hat ja der Artikel des Generals Reinhardt verraten: die geistige Atmosphäre der Rechtsparteien liegt dem Militär mehr als die von Friedensbestrebungen angekränkelte Linke. Aber diese Exklusivität hat es dahin gebracht, daß unter dem Mantel eines lärmenden Patriotismus sich Männer in Vertrauensstellungen einschleichen konnten, die zu unmittelbaren Materiallieferanten der Entente wurden. Der Reichswehrminister darf sich nicht darüber wundern, wenn die Verschweigung dieser doch nicht gerade unbeachtlichen Vorkommnisse in der Liste unserer staatspolitischen Torheiten zu neuen Zweifeln, zu neuer Skepsis, zu neuem Mißtrauen führt. Wer Fehler beseitigen will, muß sie erkennen.

Ich darf mir bescheinigen, jeder ungerechtfertigten Verdächtigung der Reichswehr, jeder Verallgemeinerung einzelner Fehler entgegengetreten zu sein. Aber was sich nicht zurückweisen läßt, ist folgendes: Weite Kreise der Reichswehr haben sich lange Jahre entgegen den ausdrücklichen Erklärungen ihres höchsten Vorgesetzten in einer Art betätigt, die von einem Vertrauen in die Linksparteien, insbesondere in die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter nichts erkennen ließ. Dagegen haben die Verhandlungen vor den Feme-Gerichten der Oeffentlichkeit gezeigt, wie offenkundige Feinde der Republik jahrelang Vertrauensstellungen der Reichswehr bekleideten und in diesen Stellungen systematisch die Sicherheit und den Bestand der Republik unterwühlten.

Vertrauen wird sich der Wehrminister erwerben, dem es durch die Tat gelingt, das Schuldbuch der Irrungen und Wirrungen auszulöschen und die Reichswehr zur Dienerin des Volkes und zum verläßlichen Machtmittel der Republik zu machen.

Reichsjustiz.

Landes- und Hochverrat — nur in Deutschland möglich!

Der Unfug der Landesverratsprozesse ist in der Oeffentlichkeit, vor allem auch im Reichstag, mehrfach gegeißelt worden. Als Illustration führte Genosse Dr. Rosenfeld am 22. März den Fall des dänischen Kommunisten Laursen an. Morgen erscheint Laursen nach einjähriger Untersuchungshaft vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts. Wie unglaublich es auch scheinen mag: es wird ihm zur Last gelegt, daß er beabsichtigt habe, ein bei seiner Verhaftung gefundenes Schriftstück zu veröffentlichen, aus dem zu ersehen war, daß ein fremder Staat in Deutschland gegen einen anderen fremden Staat einen Nachrichtendienst aufgezogen hat. Aus Buchstaben, Zahlen und einem Datum, die auf dem Schriftstück zu lesen waren, soll hervorgehen, daß es aus einer deutschen amtlichen Stelle stammt.

Sieht man von der Frage ab, wie dieses Schriftstück dem Laursen in die Hände gefallen ist, so bleibt allein die Tatsache bestehen, daß es sich um ein Dokument handelt, dessen Veröffentlichung in keiner Weise die Interessen Deutschlands hätte schädigen können. Daß fremde Staaten in dem einen oder anderen Lande gegen andere fremde Staaten militärische Spionage treiben, ist ein offenes Geheimnis. Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung hat jedoch, wie wir hören, ein Gutachten dahin abgegeben, daß die Veröffentlichung dieses Dokumentes den Interessen der deutschen Landesverteidigung hätte schaden können. Daraufhin ist das Verfahren gegen Laursen wegen versuchten Landesverrats eingeleitet worden.

Genosse Dr. Rosenfeld, der Laursens Verteidigung wahrnimmt, hat den Innenminister v. Keudell öffentlich aufgefordert, sich den Fall genauer anzusehen und eventuell ein abgeändertes Gutachten dem Reichsgericht noch im letzten Augenblick zukommen zu lassen. Ob es geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Laursen ist aber auch noch des Hochverrats angeklagt. Als kommunistischer Funktionär soll er nach der bekannten Auffassung Niedners schon allein durch diese seine Eigenschaft sich des Hochverrats schuldig gemacht haben. Diese Art Rechtsprechung geht noch weit über die des Sozialistengesetzes hinaus. Wann wird diese mal von der Weste der Republik entfernt?

Eine Nachwahl in London.

Wenn sich Arbeiterparteiler streiten — siegt der Liberale.

Der Arbeiterabgeordnete Dr. Haden Guest hatte, obwohl in den meisten anderen Fragen eher linkssozialistisch gesinnt, die scharfe Opposition der Arbeiterpartei gegen die Chinapolitik der Regierung Baldwin abgelehnt, sein Mandat niedergelegt und sich als unabhängiger Kandidat zum Wahlkampf gestellt. Obwohl er als Armenarzt seines Wahlkreises Southwark in London SO. starke persönliche Sympathien genoß und durch seinen Frontwechsel auch viele konservative Stimmen erhielt, blieb er dennoch um 3000 Stimmen hinter dem offiziellen Arbeiterkandidaten Isaacs zurück. Der lachende Dritte war aber der Liberale Straus, der mit 1200 Stimmen Vorsprung, die er wohl zum Teil ebenfalls den Konservativen verdankte, siegte. Die Arbeiterfraktion des Unterhauses hat somit zum erstenmal einen Sitz verloren, aber bei den besonderen Umständen dieser Nachwahl kann unmöglich von einem Vormarsch der liberalen Partei die Rede sein.

Im Gouvernement Tschernigoff ist der Vorsitzende der dortigen kommunistischen Parteiorganisation wegen kirchenfeindlicher Agitation von Bauern erschlagen worden. Die Täter sind entkommen.

Quersummenpolitik.

Enthüllungen über Judas geheime Pläne.

Eine wohlgefüllte, wenn auch nicht ausverkaufte Schulaula im Zentrum Berlins. Das Publikum: fast durchweg ältere Leute. Die Männer: merkwürdig verbissen, merkwürig subaltern, merkwürdig holzig, vom Typ ausrangierter Kaisergeburtstags-Gymnasialprofessoren. Die Frauen, alle mit Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisknoten, tantenhaft, mit allen Anzeichen geistiger Verschrumpelung. Unterdrücktes und nicht unterdrücktes Geraune: „Was er wohl für 'ne Frau haben mag?" Plötzlich Bewegung an einer der Saaltüren. Eine Gasse bildet sich. Eine abgehackte Majorstimme schmettert: „Seine Exzellenz General Ludendorff! Heil! Heil! Heil!" Die aufgezwirbelten Schnurrbärte und verhinderten Brunhildes fallen begeistert ein: „Heil! Heil! Heil!" Da wird er auch schon sichtbar, der große Kriegsverlierer . . . Stelzt, energischen Antlitzes, nach dem für ihn reservierten Platz.

Ein wenig später begibt sich, nach kurzen Einleitungsworten eines Eisernen Kreuzes erster Klasse, eine kleine Dame auf das Podium: Seine Frau. Seine zweite, nebenbei. Frau Ludendorff, geborene Mathilde von Kemnitz. „Liebe Volksgeschwister" redet sie die Zuhörer an und dann bricht es unaufhaltsam aus ihr hervor. Frau Ludendorff ist keine geschickte Rednerin, aber auch keine schlechte. Es fehlt ihr die geistige Beweglichkeit, aber dafür hat sie gewisse schauspielerische Talente, die es ihr ermöglichen, zu gewissen Zeiten getragen und pastoral zu reden . . . und zu anderen hart, prägnant, kantig, wie ein General, der seine Offiziere anpfeift.

Frau Ludendorff ergeht sich über das „Rassenerbgut". Rassenerbgut . . . Was ist das? Es ist das im Unterbewußtsein aufgespeicherte seelische Vermächtnis unserer Ahnen und besteht für die nordische Rasse vornehmlich in Gottesstolz und Selbstbewußtsein. Frau Ludendorff denkt nicht daran, das zu beweisen. Sie dekretiert es. Also ist es so. „Ein Römling" beispielsweise habe einmal einen Wikinger gefragt, wer denn ihr Herr sei. „Unser Herr?" habe der Wikinger zurückgegeben, „wir haben keinen Herrn. Jeder von uns ist selbst ein Herr."

Daraus ginge ja wohl hervor, daß wir keinen Ludendorff und keinen Kaiser brauchen? Nicht doch! Diese Schlußfolgerung ist, nach Frau Ludendorff, eben verderblich. Selbstbewußtsein dürfe nicht ausarten in Auflehnung gegen den Führer. Also brauchen wir doch den Ludendorff und den Kaiser.

Nun gings mit vollen Segeln in den Antisemitismus hinein. Jüdisches Rassenerbgut sei der satanische Haß gegen alles Nichtjüdische. Daher die Vernichtungstendenzen des Judentums. „Weltkrieg" ins Hebräische übersetzt und in die entsprechenden Zahlenwerte transformiert, ergebe die Zahl 1914. . . . Die Quersumme aus 1914 wäre die 15. Die hebräischen Zeichen für 15 wiederum, in Buchstaben umgeformt, ergäben „Jehovah!" Ferner: Der alljüdische Führer Weizmann habe beantragt, den Völkerbund in Jerusalem zu stationieren. Warum? Nun, das nächste Jahr, das die Quersumme 15 aufweise, sei 1932. Bis dahin wäre es nicht mehr weit und demnach müßten die Juden sich dazuhalten! Das war die Wissenschaft der Frau Ludendorff, die sie anderthalb Stunden lang verzapfte. So stellt sich das Ehegemahl des Heerführers im Weltkrieg, und nicht etwa die Schwester des kleinen Moritz, die Weltgeschichte vor.

Reichlich viel Ahhs und Ohhs, Heils und Pfuis begleiteten Frau Ludendorffs Enthüllungen über die jüdische Quersummenpolitik. Ein Mütterchen vor mir konnte sich vor Begeisterung über das Licht gar nicht fassen, das ihr hier über die geheimsten Absichten Judas aufgesteckt worden war, und nickte mir, dem Fremden, einmal über das andere wie einem lieben alten Bekannten zu.

Der erhebende Vortrag klang in ein dreifaches Heil „für den Sieger von Tannenberg" aus. Auf der Treppe draußen herrschte dann ein furchtbares Gedränge, aber als die scharfe Majorsstimme befahl, Platz für seine Exzellenz den General Ludendorff und seine Gemahlin zu machen, gehorchten die „lieben Volksgeschwister" und Abkömmlinge der Wikinger, die „keinen Herrn kannten", und quetschten sich wie die Heringe an die Wand heran, damit eine Gasse entstehe, und während manch einem wohl die Zigarren zerdrückt und die Hühneraugen abgetreten wurden, stelzte der General, verbindlich nach allen Seiten grüßend, mit der Gemahlin in aller Bequemlichkeit dem Ausgang entgegen.

Jodok.

Theaterabend in Rathenow.

Ueber Straßen, die Sturzäckern gleichen, stolpert der Autobus nach Rathenow. Zweiundeinhalbe Stunde wird man durchgerüttelt. Hoppla, eine Kurve. Schlechter kann der Weg nicht mehr werden. Nein, man soll lieber keine Behauptungen aufstellen, sondern sich still und resigniert bescheiden. Einmal ist man in Rathenow.

Warum in Rathenow? Die optische Industrie, die dort hoffentlich noch immer prosperiert, ist gewiß nicht der Anlaß für diese Probe auf Seefestigkeit. Theaterabend! Aber hat man die „Heilige Johanna" nicht in Berlin hinreißend mit der Bergner gesehen? Ist nicht die Erinnerung daran, von einem umfaßbar herrlichen Sonnenuntergang gefärbten Himmel untermalt, das einzig Besänftigende an dieser unsanften Fahrt?

Einmal also ist man in Rathenow. Sitzt in einem hellen, großen menschenerfüllten Saal. Dunkel wird's. Der Vorhang hebt sich. Ritter Robert von Baudricour, der Schloßverwalter. Da kommt auch schon die kleine, naiv freche Johanna. So jetzt steckt man drin im Spiel. Sah man nicht die Reinhardt-Aufführung in Berlin mit der Bergner? Der erste Akt von Shaw solid theatergerecht gezimmert, mag schon gehen. Aber wie wird's weiter werden? So einfach läßt sich die Skepsis nicht totschlagen.

Der zweite Akt. Der dritte Akt. Man hat schon wieder sehr gut gelernt, wie das ist, den Atem anhalten, um ein leises Wort nicht zu verlieren, Herzklopfen zu kriegen und ein wenig feuchte Finger, wie ein Kind im Theater. Jetzt setzen die Gegenspieler ein, der Adel und die streitbare Kirche. La Hire, der Kaplan von Stogumber, Peter Cochon. Drei Typen, eine Weltanschauung: Mittelalter. Herrlich forsche Dialektik, für die Bühne aber die schwerste Szene. Gedankenaustausch — keine Handlung. Saß man bei Reinhardt ebenso steif, still, Augen gerade aus, Ohren gerade aus? Wahrscheinlich. Ebenso. Soll ich noch von der Krönung — von der Gerichtsszene — sprechen? Von der kleinen, menschlich heiligen Johanna, von des Inquisitors gütiger Grausamkeit, von dem Bruder Martin Ladvenu mit dem irdisch lebendigen Herzen unter der Mönchskutte? Für das alles fahre ich noch einmal, auf der Stelle zweiundeinhalbe Stunde nach Rathenow, Nachts drei Stunden zurück.

So wie hier soll man Theater spielen, Schauspieler für das Werk begeistern als Masse, nicht als einzelne. Einen herausladen bedeutet da Unsinn. Einen, bei näherer Bekanntschaft korrigieren, beraten, einen, im schlimmsten Falle, herausladeln, ist möglich. Aber Niveau ist Selbstverständlichkeit.

Das also ist die Arbeit des Ostdeutschen Landestheaters, das als Teil der Deutschen Volksbühnenvereine Brandenburg, Pommern, Mecklenburg und vielleicht noch andere Landstriche als Wandertheater durchreist. Heute hier, morgen dort. Vier Wochen wird dasselbe Stück gegeben, dabei unterwegs, Sonnabends, Sonntags, bisweilen auch in Berlin ein neues geprobt. Tags Eisenbahn, abends Theater, nachts Hotelbetten. Wer da nicht Schauspieler ist, bis in jede Fingerspitze, mit Haut und Haar dem Theater verschrieben, hält das Leben nicht lange aus. Aber: jeden Abend ein neues Publikum. Jeden Abend nach dem Volksbühnensystem ausverkaufter Saal, das kann schon für viele Strapazen trösten. Wenn man eben die ganz große, unausrottbare Liebe zum Theater hat.

Die Truppe des Ostdeutschen Landestheaters hat sie sicher. Die „Heilige Johanna" ist das erste Stück, das ich von ihr sah. Aber wenn sie wieder spielt — zweieinhalb Stunden stolpert der Autobus hin, drei Stunden nachts zurück — es wird mir ein Vergnügen sein.

Trude E. Schulz.

Vertrauensvotum für den Vorstand der Volksbühne. Gestern abend tagte eine gemeinsame Sitzung der Verwaltung und des Künstlerischen Ausschusses der Volksbühne E. V. Nach ausgiebigen Erörterungen wurde von den Versammelten mit allen gegen vier Stimmen folgende Entschließung angenommen: „Der Vorstand hat das volle Vertrauen der Verwaltung und des Künstlerischen Ausschusses in allen Schritten, die dazu dienen, den Charakter der Volksbühne als überparteiliche Kulturorganisation sicherzustellen."

Gegen das Lustbarkeitsgesetz. Der Reichsausschuß kultureller Verbände, dem alle namhaften Organisationen des Schrifttums und der Kunst angehören, veranstaltet am 31. abends 7½ Uhr im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, eine große Protestkundgebung gegen das Lustbarkeitsgesetz, in der folgende Redner sprechen werden: Julius Bab, Prof. Bossert, Wolfgang Heine, Prof. Hildebrandt, Grete Ilm, Leopold Jeßner, Walter v. Molo, Prof. Paul Oestreich. Eintritt ist frei. Einlaßkarten sind am Saaleingang zu haben.

Walter v. Molo in die Oberprüfstelle berufen. Der Reichsminister des Innern hat Walter v. Molo zum Beisitzer in der Oberprüfstelle für Schund- und Schmutzschriften ernannt. Walter v. Molo hat diese Berufung angenommen.

Die Industrie gegen die Regierung.

Sabotage der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben, nachdem bereits vor zehn Tagen die Grundlagen des endgültigen Handelsvertrages festgelegt worden waren, nun auch in der Frage der Ausgestaltung des handelsvertraglichen Provisoriums zu einem Ergebnis geführt. Die deutsche Regierung hat in der Montagssitzung des Reichskabinetts die Vereinbarungen einstimmig gebilligt und nur noch für einen relativ nebensächlichen Punkt, der weder das Weinkontingent noch die Einfuhr deutscher Industriewaren betrifft, eine Ergänzung der Abmachungen durch eine Rückfrage in Paris gewünscht. Damit ist die Verlängerung des Provisoriums so gut wie gesichert, und zwar gleich um einen Monat weiter, als ursprünglich vorgesehen, also bis Ende Juni.

Während man nun auf beiden Seiten bis Ende Juni den endgültigen Vertrag zu schaffen hofft, erfolgt jetzt überraschend eine Störung der Verhandlungen. Das Interessante ist, daß es diesmal nicht der Landbund ist, der gegen allzugroße Zollzugeständnisse an Frankreich Einspruch erhebt, sondern der Reichsverband der Deutschen Industrie. Während der Landbundminister Schiele zum erweiterten Provisorium seine Zustimmung gab, behauptet die Industrie, daß die französischen Zugeständnisse für die Einfuhr deutscher Industriewaren unzulänglich seien, weil in dem zunächst zur Verfügung stehenden Zeitraum von drei Monaten eine Ausnutzung dieser Kontingente durch deutsche Exporte nicht möglich sei. Man hätte nach ihrer Meinung in erster Linie Einfuhrkontingente für Waren der Kleineisenindustrie, der Lederindustrie, der Metallwarenindustrie usw. verlangen müssen, also für solche Industrieprodukte, die sich verhältnismäßig schnell in größeren Mengen absetzen lassen. Es sei verkehrt gewesen, sich Kontingente für chemische Artikel, für Maschinen und für elektrotechnische und feinmechanische Fabrikate zusichern zu lassen, weil die Aussicht, während der drei Monate des Provisoriums richtig ins Geschäft zu kommen, außerordentlich gering sei. Es wäre nach der (völlig unbegründeten) Ansicht jener Kreise besser, wenn man die endgültigen Verhandlungen noch um Monate hinausschieben könnte, weil dann in Frankreich selbst die Widerstände gegen die außerordentlich hohe neue Zollrüstung erstarken könnten.

Diese Einwände gegen den Ausbau des Provisoriums sind nicht nur größtenteils falsch, sie kommen reichlich spät. Sie laufen aber darauf hinaus, den Abschluß des endgültigen deutsch-französischen Vertrages möglichst lange hinauszuzögern, also zu sabotieren. Die Gründe für diese Politik sind recht durchsichtiger Art. Wir haben bereits gesagt, daß die Verständigung mit Frankreich und der Wille, den neuerstarkten Protektionismus in Mitteleuropa in Gestalt des neuen französischen Zolltarifs nicht erst sich auswirken zu lassen, Opfer verlangen wird: nämlich die Dreingabe eines Teils der deutschen Schutzzollrüstung, was bei solchen Verhandlungen auch selbstverständlich ist.

Die Sorge vor diesem Abbau, der natürlich nur dann erfolgen wird, wenn es gelingt, dafür entsprechende französische Zollzugeständnisse zu erhalten und in das Hochschutzzollsystem Frankreichs eine breite Bresche zu schlagen, treibt unsere Industriellen schon heute in die Opposition gegen ihre eigene Regierung. Anstatt den einzig richtigen Weg zu gehen und durch eine Senkung der Exportpreise und der Inlandspreise die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Auslande wie im eigenen Lande zu steigern, treibt man heute wieder eine Politik der Exportfeindlichkeit, die sich für die Industrie nur verhängnisvoll auswirken kann.

Die Invalidenversicherung.

Unstimmigkeiten im Besitzbürgerblock.

Im sozialen Ausschuß des Reichstags wurden am Dienstag die Anträge über die Invalidenversicherung zu Ende beraten. Der Streit zwischen der Invaliden- und der Angestelltenversicherung ist im Unterausschuß ausgeglichen worden. Die Invalidenversicherung erhält von der Angestelltenversicherung 33 Millionen Mark. Der Antrag der Regierungsparteien, die neue 7. Lohnklasse erst am 1. Januar 1928 in Kraft treten zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Genosse Aufhäuser verlangte, daß mit der finanziellen Vereinigung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung auch eine bessere Abgrenzung des Versichertenkreises, insbesondere der Werkmeister in der Textilindustrie, geschaffen wird. Der Berufskatalog zur Angestelltenversicherung bedürfe einer Ergänzung, wonach die Verrichtung körperlicher Arbeit kein Anlaß für die Ausschließung aus der Angestelltenversicherung sein darf.

Ministerialdirektor Grieser erklärte die Bereitwilligkeit des Reichsarbeitsministeriums, einen Zusatz zum Berufskatalog zu machen. Danach soll die Angestellteneigenschaft der Meister in der Textilindustrie bejaht werden, auch wenn die körperliche Tätigkeit einen wesentlichen Bestandteil ihrer aufsichtführenden, anleitenden Funktionen darstellt.

Eine für die Koalitionsparteien bezeichnende Debatte entspann sich bei der Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfürsorge. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hatten neben dem Koalitionsantrag einen Sonderantrag eingebracht, der die Regierung auffordert, eine Denkschrift über eine Kleinrentnerversorgung vorzulegen. André von Zentrum protestierte gegen das Vorgehen der Blockbrüder, das sei ein Ausderreihetanzen. Genosse Hoch erklärte, daß die Sozialdemokraten sich in den Bruderstreit nicht einmischen wollen. Schließlich mußten die Rechtsparteien ihren Antrag preisgeben. Nicht einmal die Kulisse blieb ihnen, hinter der sie ihren Umfall verbergen konnten. Sie haben die Kleinrentner preisgegeben!

Bei der Beratung des Antrages über die Kleinrentnerfürsorge warnte der Vertreter Preußens vor der Annahme des Antrages der Regierungsparteien. Durch den Antrag würde die ganze Fürsorge diskreditiert. Den preußischen Bedenken schlossen sich der sächsische und der hamburgische Vertreter an. Württemberg und Bayern erhoben zwar Bedenken, sind aber für den Antrag der Regierungsparteien. Die weitere Beratung ergab so starke Differenzen, daß der Ausschußvorsitzende vorschlug, die Beratungen auf den nächsten Tag zu vertagen. So wurde dann auch beschlossen.

Der Femeprozeß in Gießen.

Schluß der Beweisaufnahme. — Die wahren Anstifter in beamteten Stellen?

Gießen, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Montagssitzung, über der sichtlich die Schatten des Urteils gegen Schulz und Genossen liegen, endete mit einem vollen Erfolg des Staatsanwalts Weidemann. Auch der Verhandlungsführer, Landgerichtsdirektor Dr. Kramer, ist energischer gegen die Verteidigung geworden, wodurch die Stellung des Staatsanwalts zweifellos gestärkt worden ist. Bis zum heutigen Tage glaubte die Verteidigung einen der Kronzeugen, Schmidt-Halbschuh, wadig machen zu können. Die Aussagen der beiden letzten Berliner Zeugen, der Kriminalkommissare Stenzel und Stumm, machte diese Hoffnung zuschanden. Beide Beamte versicherten ebenso wie ihre am Sonnabend vernommenen Kollegen die volle Glaubwürdigkeit von Schmidt-Halbschuh, dessen Bekundungen sich bis als wahr erwiesen hätten. Auch sein Vorleben sei stets einwandfrei gewesen und er habe von der Polizei niemals Geld verlangt noch erhalten. Schmidt-Halbschuh wurde unter lautloser Stille vereidigt.

Die Verteidigung änderte darauf ihre Taktik, indem sie es so hinzustellen versucht, als sei ein Verrat Wagners gar nicht in betracht gekommen, so daß ein Grund zur Feme nicht bestanden habe. Es folgen zwei ärztliche Sachverständigengutachten, die mit Wissenschaft nichts zu tun haben, und ein vorzügliches Plädoyer für die Angeklagten darstellt. Bezeichnend, daß Angeklagter Heinz seine frühere Aussage, er habe den Rathenau-Mörder Kern „nie gekannt", in „nicht wesentlich gekannt" abändert.

Den Schluß der Beweisaufnahme macht ein Rundschreiben des Angeklagten Heinz an die Ortsgruppen des Wikingbundes, das im Interesse der Landesverteidigung vom Reichswehrgruppenkommando VI in Stuttgart ausdrücklich vorher gebilligt wurde, und das mit den Worten beginnt:

„Der Wikingbund ist revolutionär. Unbeschadet der Fehlschläge von 1923 muß alles getan werden, um den Willen zur Macht aufrechtzuerhalten. Die Zeit arbeitet für uns!"

Obwohl der Staatsanwalt verlangt, das Rundschreiben in öffentlicher Sitzung zu verlesen, beschließt das Gericht auf Antrag der Verteidigung die geheime Behandlung dieses Komplexes. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Plädoyers werden am Mittwoch erfolgen, so daß frühestens an diesem Tage in später Stunde das Urteil zu erwarten ist.

Der Zwischenfall zum Schluß der Beweisaufnahme bezüglich des Rundschreibens von Heinz, das unter Genehmigung eines Reichswehrkommandos versandt worden ist, beweist, daß hinter diesem Prozeß noch ein Geheimnis schwebt. Bisher ist man wie eine Katze um den heißen Brei herumgegangen und der Schleier wird wohl auch in diesem Gießener Prozeß nicht gelüftet werden. Trotzdem schwirren Gerüchte umher, die nicht von irgendwelchen zbeliebigen Personen kommen und welche darauf hindeuten, **daß eines Tages die wahren Anstifter zu diesem Morde bekannt werden und sie in beamteten Stellen gesichtet werden müssen, die sich bisher sehr geschickt der Oeffentlichkeit entzogen haben.**

Agrarische Steuersabotage.

Das Reichsfinanzministerium bestätigt, aber beschönigt den Skandal.

Bereits vor mehreren Monaten hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die skandalösen Vorgänge aufgedeckt, die sich bei der erstmaligen Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens nach dem neuen Reichsbewertungsgesetz ereignet haben. Auf Grund umfassenden Materials hat die Sozialdemokratie schon damals festgestellt, daß es sich um eine vor allem von den Vereinigungen der Landwirte organisierte Steuersabotage handelt, der die Finanzämter in vielen Fällen machtlos gegenüberstanden. Unter dem Eindruck dieser Enthüllungen hat dann das Reichsfinanzministerium bei den Landesfinanzämtern eine Umfrage über die Erfahrungen bei der Durchführung des Reichsbewertungsgesetzes veranstaltet. Auf Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat das Reichsfinanzministerium die Ergebnisse dieser Umfrage dem Steuerausschuß des Reichstages zur Kenntnis gebracht.

Katastrophales Ergebnis der Umfrage.

Das Ergebnis der Umfrage bestätigt die sozialdemokratischen Enthüllungen im vollen Umfange. Durch die Rundfrage ist festgestellt worden, **daß in 13 Landesfinanzamtsbezirken von insgesamt 26 Steuersabotage stattgefunden hat** und daß dadurch die Vermögenswerte mehr oder weniger stark herabgedrückt wurden. Deutlicher aber noch als diese allgemeinen Feststellungen sind die Tatsachen, die aus den einzelnen Landesfinanzämtern berichtet werden. Wir zitieren eine Reihe von diesen Aeußerungen nachfolgend wörtlich:

„Die Senkung ist mit darauf zurückzuführen, daß die landwirtschaftlichen Ausschußmitglieder **von ihren Organisationen schriftlich darauf hingewiesen** worden sind, sie würden **in allen Ausschüssen die Mehrheit** haben und müßten den Kampf rücksichtslos durchfechten."

„Im übrigen sind in einem Finanzamtsbezirk von den Steuerpflichtigen **bis zu 80 Proz. der Bewertungen Einsprüche** eingelegt worden, und zwar zum Teil **von landwirtschaftlichen Organisationen ohne Wissen der Steuerpflichtigen.**"

„Die Wertsenkung in diesem Finanzamtsbezirk ist mit darauf zurückzuführen, daß die landwirtschaftlichen Ausschußmitglieder von ihren Organisationen zur **einheitlichen Stimmabgabe ausdrücklich verpflichtet** waren und daß sich die **Beeinflussung bis in die Ausschußsitzungen hinein** (durch Briefe und Ferngespräche) erstreckte."

„In mehreren dieser Bezirke mußten **Offizialeinsprüche bis zu 100 Proz.** eingelegt werden. Auch in diesem Landesfinanzamtsbezirk hat sich die **Beeinflussung bis in die Ausschußsitzungen hinein** erstreckt."

„Bei einem Landesfinanzamt kann **geradezu von organisiertem Widerstand** gegen die von den Finanzämtern in Aussicht genommene Bewertung gesprochen werden; **hier sind die landwirtschaftlichen Organisationen noch nie so weit gegangen, wie bei dieser Veranlagung.** U. a. sind in Aufklärungsversammlungen unrichtige und verhetzende Behauptungen verbreitet worden. In diesem Landesfinanzamtsbezirk stehen die Ausschußmitglieder vielfach **vollkommen unter dem Einfluß der landwirtschaftlichen Organisationen und wagen nicht, gegen deren Weisungen zu handeln.**"

„In einem weiteren Landesfinanzamtsbezirk, in dem die Ausschußmitglieder von den landwirtschaftlichen Organisationen verpflichtet worden waren, **ihre Stimme nicht als Ausschußmitglieder, sondern als Mitglied der Organisation abzugeben,** haben sich die Beeinflussungsversuche über den ganzen Bezirk erstreckt. In diesem Bezirk mußten **bis zu 100 Proz. Offizialeinsprüche** eingelegt werden."

„In einem Landesfinanzamtsbezirk sind die landwirtschaftlichen Ausschußmitglieder von ihrer Organisation in Zeitungen **öffentlich aufgefordert** worden, vor Erhalt der von der Organisation gefundenen Werte an den Ausschußsitzungen nicht teilzunehmen und Aeußerungen über Bewertungsgrundlagen abzulehnen; **bei Verstoß war ihnen Verantwortung gegenüber Berufskollegen angedroht** worden."

„In einem anderen Landesfinanzamtsbezirk haben die landwirtschaftlichen Organisationen die Landwirte **öffentlich zur Einspruchseinlegung aufgefordert** und entsprechende Formulare geliefert; infolge der Aufforderung sind **rund 50 Proz. Einsprüche** eingegangen, obwohl die Einspruchsfrist im allgemeinen bereits verstrichen war."

Was tut das Reichsfinanzministerium dagegen?

Diese wenigen Zitate zeigen, daß das Reichsfinanzministerium gezwungen ist, die Vorwürfe der Sozialdemokratie zu bestätigen. Das geschieht allerdings in der vorsichtigsten und mildesten Form. Aber gerade deswegen ist es bedeutungsvoll, daß hier zum ersten Male das Treiben der landwirtschaftlichen Organisationen amtlich als Steuersabotage gebrandmarkt wird. In der Sache besteht also volle Uebereinstimmung zwischen Reichsfinanzministerium und Sozialdemokratie, nicht aber in der Beurteilung. Denn wie stellt das Reichsfinanzministerium diesen gefährlichen Angriff auf die Finanzautorität des Reiches dar?

Schon die Tatsache, daß das Reichsfinanzministerium erst durch die Sozialdemokratie zur Bekanntgabe dieser Ergebnisse gezwungen werden mußte, beweist, daß es am liebsten den ganzen ungeheuren Skandal der Oeffentlichkeit verschwiegen hätte. Aber auch die ganze Darstellung ist darauf angelegt, die Sache „als nicht so schlimm" hinzustellen. Als ob das Material nicht genügt, um restlos den Beweis zu erbringen, **daß ein Netz planmäßig organisierter Steuersabotage das ganze Reich umspannt hat.**

Anstatt die Oeffentlichkeit auf das gemeingefährliche Treiben der Saboteure aufmerksam zu machen, will das Reichsfinanzministerium sie beruhigen. Es unterdrückt alles, was Tatort und Täter erkennen lassen würde, nennt weder die Landesfinanzämter und Finanzämter, die besonders von der Sabotage betroffen worden sind, noch die Organisationen, die in erster Linie für diese Sabotage verantwortlich sind. **Dieses Verhalten muß die landwirtschaftlichen Steuersaboteure stützen, die Autorität der Steuerverwaltung weiter untergraben.** Keine Behörde, am wenigsten unsere hart umstrittene Reichssteuerverwaltung ist imstande, sich ohne Unterstützung der Oeffentlichkeit gegen mächtige Wirtschaftsverbände zu behaupten.

Wege zur Abhilfe.

Die falsche Einstellung des Reichsfinanzministeriums kommt vor allem aber auch darin zum Ausdruck, **daß es nicht die erforderlichen Maßnahmen ergreifen will.** Das Reichsfinanzministerium will sich damit begnügen, durch Amtsberufungen gegen die falschen Bewertungen anzukämpfen. Das aber genügt nicht. Es ist gewiß schwer, mit den unzureichenden Strafbestimmungen der Reichsabgabenordnung die Saboteure strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, wie sie es verdienten. Dann aber müssen endlich diese Strafbestimmungen verschärft werden, damit die Reichsfinanzverwaltung wenigstens für die Zukunft derartigen Vorgängen nicht wieder machtlos gegenübersteht.

Aber auch das wird nicht genügen, um die Saboteure zur Vernunft zu bringen. Der Hebel muß beim Reichsbewertungsgesetz selbst angesetzt werden. Die Steuersabotage war nur möglich, weil in den Grundwertausschüssen die Landwirte die Mehrheit haben, die Interessenten die Bewertung also selbst bestimmen. Dadurch, daß insbesondere die Arbeitervertreter von der Wählbarkeit praktisch ausgeschlossen sind, hat man den Unternehmerverbänden entscheidenden Einfluß auf die Vermögensbewertung eingeräumt. Bevor dieser Einfluß nicht beseitigt ist, wird die Steuersabotage nicht aufhören.

Polnisch-russische Paktverhandlungen.

Zaleski erwartet baldigen Erfolg.

Warschau, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische „Robotnik" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Außenminister Zaleski, in der sich dieser über die polnisch-russischen Beziehungen wie folgt äußert: „Die gegenwärtig geführten Verhandlungen mit Sowjet-Rußland über den Abschluß eines Garantiepaktes dürften nunmehr schnell zum Ziele führen. Für Polen ist ein Vertrag mit Rußland von besonderer Bedeutung, weil es in seiner Mitgliedschaft zum Völkerbund die Aufgabe steht, den Osten Europas zu befrieden. Da Rußland nicht Mitglied des Völkerbundes ist, kann es durch einen Garantiepakt zu einem friedlichen Verhältnis mit seinen Nachbarn gelangen. Polen will daher durch ein solches Abkommen seinen friedlichen Gefühlen gegenüber Rußland Ausdruck geben. Auch in Rußland scheint der Wunsch nach einem Nichtagressivpakt mit Polen zu bestehen. Der unlängst zustande gekommene, allerdings noch nicht bestätigte russisch-litauisch-lettländische Vertrag interessiert Polen nur vom Standpunkt der baltischen Länder, ganz abgesehen davon, daß für diese als Garanten der Völkerbund anzusehen sei. Es sei anzunehmen, daß Lettland seine Pflichten gegenüber dem Völkerbund nicht vernachlässigen werde. Würde dies der Fall sein, so würde Polen angesichts des russisch-lettländischen Paktes keinerlei Ursache zur Beunruhigung auch nicht vom Standpunkte des Völkerbundes aus haben. Polen erblicke in jenem Garantieabkommen den Weg zur Befriedung Europas und hoffe, daß auch die polnisch-russischen Verhandlungen zum Abschluß kommen und zu dieser Befriedung beitragen werden.

Vandervelde besucht Wiener Arbeiter.

Er feiert die sozialistische Großstadtverwaltung.

Wien, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag vormittag hat Genosse Vandervelde, der als Vertreter Belgiens zur Beethoven-Feier hierhergekommen ist, eine Reihe von Anstalten und Bauten der Gemeinde Wien besichtigt. Als er nach Meidling in den Bebel-Hof kam, strömten die Arbeiter aus den umliegenden Häusern zusammen und begrüßten ihn herzlich mit Hochrufen. Vandervelde dankte und sagte, daß er von seiner Regierung zur Beethoven-Feier nach Wien geschickt worden, aber es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, auch zu den Arbeitern zu kommen und sie zu begrüßen. Er wäre vor 30 Jahren zum erstenmal in Wien gewesen und damals von Viktor Adler empfangen worden. Wien war damals in den Händen der bürgerlichen Parteien. Er müsse den Wiener Arbeitern seine Bewunderung aussprechen, da Wien die einzige große Stadt der Welt sei, die von Sozialdemokraten regiert und, wie er feststellen müsse, so wunderbar verwaltet werde. Vandervelde besuchte dann auch im Bebel-Hof die Arbeiter in ihren Wohnungen und wurde überall herzlichst begrüßt.

Die Einheitsliste der Reaktion.

Wien, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Einheitskandidatenliste der verbündeten Antisozialisten ist erschienen. In dem ziemlich stark von Juden bewohnten Wiener Wahlkreis, zu dem der 2. Stadtbezirk (Leopoldstadt) gehört, ist an dritter Stelle der Hakenkreuzler Dr. Riehl aufgestellt, während etliche nichtantisemitische Bürgerliche ganz hinten auf der Liste stehen; sie ist eine bewußte Herausforderung der jüdischen Wähler, um deren Gunst die Christlichsozialen sonst buhlen.

Vor dem Parlament in Kapstadt marschierten Tausende farbige Eingeborene auf, um gegen die neuen Eingeborenengesetze zu protestieren. Einer Abordnung sagte der Finanzminister wesentliche Aenderungen der Vorlage zu.

Internationale Sozialpolitik.

Tagung des Internationalen Arbeitsamts.

Genf, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Vom Mittwoch bis zum Freitag tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes vor allem zur Beratung des Budgets für 1928, das gestern und heute vom Budgetausschuß vorgeprüft wurde. Dabei wird es dieses Jahr zu keinen großen Debatten kommen, weil sich der Voranschlag ziemlich genau im gleichen Rahmen bewegt wie der diesjährige.

Die wichtigste Frage der Session bildet die endgültige Entscheidung darüber, ob die Regelung der Arbeitszeit für die Matrosen an Bord auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz vom nächsten Jahr zu setzen ist. Im letzten Dezember hatte sich der Verwaltungsrat trotz hartnäckiger Opposition der Arbeitgebergruppe und der englischen Regierungsvertreter mit 13 gegen 9 Stimmen dafür ausgesprochen. Es fragt sich nun aber, ob keine Regierungsvertreter umfallen werden. Wird der Antrag angenommen und damit im nächsten Jahre wieder eine Sonderkonferenz für Schiffahrtsangelegenheiten stattfinden, dann wird auf ihr auch der Schutz der Matrosen in Krankheitsfällen und die Verbesserung der Aufenthaltsverhältnisse in den Häfen behandelt werden.

Zur Frage der Ratifikation der Washingtoner Arbeitskonvention wird der Verwaltungsrat über eine Anregung zu entscheiden haben, ob sich nicht Beamte des Internationalen Arbeitsamts den Regierungen zur mündlichen Auskunfterteilung über den internationalen Stand der Arbeitszeitfrage zur Verfügung stellen sollen. Ferner liegt der Bericht über die vor bald zwei Jahren begonnene Untersuchung über den Stand der Kohlenindustrie vor, der zwar noch nicht erstattet werden kann, weil die gewünschten Grundlagen über die wichtigsten Länder England, Frankreich und Deutschland noch nicht eingegangen sind.

Zur Klärung der Frage, wieweit und in welcher Richtung sich das Internationale Arbeitsamt mit dem Wanderungsproblem beschäftigen könne, wird dem Völkerbundsrat vorgeschlagen, ein Sachverständigenkomitee einzusetzen, welches namentlich die Forderungen prüfen soll der im Jahre 1926 von der SAJ. und dem IGB. gemeinsam veranstalteten internationalen Auswanderungskonferenz, und der Wiener Arbeiterkammer sowie einen Antrag der deutschen Regierung, wie die Auswanderer vor der Ausbeutung durch die Auswandereragenturen beschützt werden sollen.

Ferner hat sich der Verwaltungsrat über einen ständigen Sonderausschuß für die Interessen der Kopfarbeiter auszusprechen.

Arbeiterkontrolleure auf Bauten.

Ein Runderlaß des Wohlfahrtsministers.

In einem Runderlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt wird darauf hingewiesen, daß der in einem früheren Erlaß angeordneten Einstellung von Arbeitskontrolleuren auf Bauten noch nicht überall die ihr zukommende Bedeutung beigemessen wird und daß bei der Entscheidung über die Schaffung derartiger Stellen vielfach falsche Gesichtspunkte mitwirken.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem neuen Erlaß des Ministers entnimmt, sind die Arbeiterkontrolleure für die Aufgaben der Unfallverhütung, nicht für die Prüfung der standsicheren Ausführung der Bauwerke in baupolizeilicher Hinsicht bestimmt. Für jenen Zweck sind sie besonders geeignet, weil sie die Arbeiten am Bau, die Gepflogenheiten von Unternehmern und Arbeitern und die praktisch bedeutsamsten Mängel des Bau- und Gerüstmaterials aus eigener Erfahrung kennen. Wo die Baupolizeibehörden die Arbeiterkontrolleure an Stellen in Tätigkeit treten ließen, wo sie auf Grund ihrer Vorbildung wirken konnten, hat die Praxis günstige Ergebnisse gezeitigt. Auch das Vertrauen der ehemaligen Arbeitskollegen zu den Kontrolleuren wird von günstiger Einwirkung auf das Zusammenarbeiten sein. Die Tätigkeit der Arbeiterkontrolleure hat sich auf eine allgemeine Aufklärung über die der Arbeiterschaft drohenden Berufsgefahren zu erstrecken und daneben die derartigen Gefahren gegenüber oft bestehende Gleichgültigkeit zu bekämpfen. Da die Zahl der Baukontrollen noch verhältnismäßig gering ist, soll das Aufsichtspersonal entsprechend vermehrt werden; bei schwierigen Konstruktionen usw. ist neben den Arbeiterkontrolleuren eine Unfallkontrolle durch die Baupolizeibeamten selbstverständlich nicht entbehrlich.

Bei der Bestellung der Arbeiterkontrolleure ist eine richtige Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten von ausschlaggebender Wichtigkeit. Es sind nur Männer geeignet, die sich den Arbeitgebern gegenüber wirksam durchsetzen können und über eine langjährige praktische Erfahrung verfügen. Der Minister ersucht die nachgeordneten Behörden zum Schluß seines Erlasses, auch weiterhin der Verbesserung des Bauarbeiterschutzes mit Hilfe der Einstellung von Arbeitskontrolleuren durch die Gemeinden ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Außerordentlicher Verbandstag der Zimmerer.

Der Reichstarifvertrag angenommen.

Der Zentralverband der Zimmerer hat auf seinem außerordentlichen Verbandstag in Leipzig zu dem Entwurf des neuen Reichstarifvertrags für das Baugewerbe Stellung genommen. Rund 190 Delegierte aus allen Teilen des Reiches nahmen an der Tagung teil.

Vorsitzender Wolgast schilderte nach einem Rückblick auf den Gang der Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifvertrages den Inhalt des neuen Vertragsentwurfs: Jeder Verband gilt als selbständiger Vertragskontrahent. Die Lohnregelung erfolgt bezirklich. Kommt es zu keiner Einigung, dann muß das Tarifamt, bzw. das Haupttarifamt angerufen werden. Dieses hat jedoch nur in der Lohnfrage, nicht in der Arbeitszeitfrage zu entscheiden. Für die Arbeitszeitfrage erfolgen nach der gesetzlichen Regelung neue Verhandlungen, bei welchen der Achtstundentag unter allen Umständen gesichert werden muß. Die Einführung der Akkordarbeit für das Zimmerergewerbe wurde abgewehrt. Die Ferienfrage ist neu geregelt und auch auf die Lehrlinge ausgedehnt. Auch sieht der neue Vertrag die Regelung der Lehrlingslöhne durch die Organisation vor. Im Falle eigener Erkrankung sowie bei Erkrankungsfällen in der Familie muß nach dem neuen Vertrag dem Arbeiter der Lohnausfall bis zu acht Stunden vergütet werden.

In der lebhaften Aussprache zeigte sich ein starker Widerstand gegen den Reichstarifvertrag. Bemängelt wurde, daß den Zahlstellen ihre Handlungsfreiheit stark eingeengt werde; die endgültige Entscheidung des Haupttarifamts stehe in Widerspruch zur Verbandsverfassung; der Ferienanspruch sei durchaus ungenügend. In der Lehrlingsfrage seien die Vertragsbestimmungen sehr unzulänglich. Einig war man sich darin, daß unter keinen Umständen der Arbeitstag über acht Stunden ausgedehnt werden dürfe.

In seinem Schlußwort hob Wolgast hervor, daß der Vertragsentwurf trotz mancher Lücken doch einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen tariflosen Zustand und dem zentralen Lohnabkommen darstelle.

In namentlicher Abstimmung wurde dann der Reichstarifvertrag, der bis zum 31. März 1929 Geltung haben soll, mit 103 gegen 59 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Der Verhandlungskommission wurde vollstes Vertrauen ausgesprochen. Der nächste ordentliche Verbandstag soll 1929 stattfinden.

Die Tarifbewegung der Textilarbeiter.

Um Arbeitszeit und Löhne in Berlin.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes befindet sich in einer Tarifbewegung für eine Reihe von Berufsgruppen. Mehrere dieser Bewegungen sind bereits erfolgreich abgeschlossen worden.

Die Lohnbewegung in der Dekaturbranche, über die wir bereits berichtet haben, ist erfolgreich beendet worden. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß kam es zu einer Einigung. Die Löhne wurden um 6 Proz. erhöht, womit der Spitzenlohn des Arbeiters auf 54,10 M. sich erhöhte. Das Abkommen läuft bis Ende August dieses Jahres.

In der Posamentenbranche kam es ebenfalls zu einer Einigung vor dem Schlichtungsausschuß. Der Lohn eines Posamentiergehilfen wurde von 90 Pfennig auf eine Mark die Stunde erhöht. Das Abkommen läuft bis Ende Dezember 1927.

Für die Färbereien und chemischen Waschanstalten kam es zu einem Spruch des Schlichtungsausschusses, den die Unternehmer annahmen, die Arbeiter jedoch ablehnten, worauf die Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung beantragten. Der Schiedsspruch sah eine zehnprozentige Lohnerhöhung vor sowie die 48stündige Wochenarbeitszeit, über die hinaus die Unternehmer bei wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Arbeitszeit um sechs Stunden pro Woche verlängern konnten. Aus diesem Grunde lehnten die Arbeiter den Schiedsspruch ab.

Bei den Verhandlungen, die bei einem Antrag auf Verbindlichkeitserklärung stattfinden müssen, kam es schließlich zu einem Vergleich. Die Lohnerhöhung von 10 Proz. ab 7. März bleibt bestehen. Dagegen wurde die Arbeitszeitregelung wesentlich günstiger gestaltet, und zwar wurde ihr die Arbeitszeitregelung der Nordostdeutschen Tarifgruppe zugrunde gelegt. Danach besteht die 48-Stunden-Woche, über die hinaus bei wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes die Arbeitszeit um drei Stunden in der Woche verlängert werden kann. Darüber hinaus bedarf es der Zustimmung des Betriebsrates oder der gewerkschaftlichen Organisation. Für die Ueberstunden von mehr als drei Stunden wöchentlich ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen. Mehr als fünf Ueberstunden pro Woche sind nicht zulässig. Ueberstunden sollen in der Regel nur geleistet werden, wenn ein Ausgleich durch Neueinstellung von Arbeitskräften nicht möglich ist.

Auch in der Stickereibranche wird gegenwärtig über die Neuregelung des Tarifvertrages verhandelt. Die bisherigen Verhandlungen scheiterten hauptsächlich daran, weil die Unternehmer die bis jetzt in Kraft befindliche Ferienregelung verschlechtern wollen. Es ist zunächst der Schlichtungsausschuß angerufen worden.

Auch in der Tapisseriebranche scheiterten die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages. Bisher galt die 48stündige Arbeitszeit. Ueberstunden mußten mit 25 Proz. Aufschlag, an Sonn- und Feiertagen mit 50 Proz. vergütet werden. Die Unternehmer wollten dagegen eine unbegrenzte Arbeitswoche und außerdem eine Verschlechterung der Ferienbestimmungen. Zu der Forderung einer 20prozentigen Lohnerhöhung verhielten sich die Unternehmer völlig ablehnend. Da die Verhandlungen also scheiterten, wurde auch hier zunächst der Schlichtungsausschuß angerufen.

SPD.-Metallarbeiter
besucht die Branchenversammlungen!

Der Lohnkampf auf den Werften.

Die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt.

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Werftarbeiter, die von den Unternehmern beantragt worden war, ist am Dienstag vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden.

Der Schiedsspruch, der bei den Werftarbeitern auf scharfen Widerstand stieß, hatte auch über die Kreise der unmittelbar Betroffenen hinaus bei der Arbeiterschaft Aufsehen und Empörung hervorgerufen. Die Werftindustrie, die seit Ende 1926 einen Konjunkturumschwung zu verzeichnen hat, jammert über die Lohnforderungen der Werftarbeiter. Ende des Jahres 1925 traten die Reeder mit immer größeren Auftragserteilungen auf Schiffsbauten hervor. Der Gesamtauftragsbestand dürfte zurzeit etwa rund 750 000 Tonnen betragen; etwa 9000 Werftarbeiter sind neu eingestellt worden. Die Frage: Können die Werften zahlen? beantwortet sich damit von selbst. Trotzdem gibt es Schlichter, die es wagen, der elend entlohnten Werftarbeiterschaft eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 2 bis 6 Pf. anzubieten.

Lohnbewegung in der Karosseriebranche.

Lohnerhöhung um 6 und 4 Prozent.

Die Tarifgewerkschaften des Berliner Karosseriegewerbes hatten auf Beschluß der letzten Vollversammlung den seit dem 15. Februar 1926 bestehenden Lohntarif gekündigt und eine der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung gefordert. In den freien Verhandlungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da die Unternehmer jede Lohnerhöhung ablehnten. Es war darauf von den Gewerkschaften der Schlichtungsausschuß angerufen worden, der in der vorigen Woche einen Schiedsspruch fällte, nach dem sich die Löhne ab 23. März um 6 Proz. und ab 21. September bis 27. Dezember um weitere 4 Proz. erhöhen sollen. Demnach würde der Lohn eines Facharbeiters der Gruppe I ab 23. März 1,06 M. und ab 21. September 1,10 M. betragen.

Zu diesem Schiedsspruch nahm am Montag abend eine gutbesuchte Vollversammlung der im Karosseriegewerbe Beschäftigten Stellung und beschloß nach einer eingehenden Aussprache gegen eine starke Minderheit seine Annahme. Die Stellungnahme der Unternehmer zu diesem Schiedsspruch steht noch aus.

Lohnkonflikt in der chemischen Industrie!

Die Funktionäre lehnten das Verhandlungsergebnis ab.

Am Montag abend waren die Funktionäre des Chemiekartells versammelt, um den Bericht über die Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Aus dem Bericht, den Poch vom Fabrikarbeiterverband gab, war zu entnehmen, daß auch in dieser Industriegruppe sich die Lohnverhandlungen äußerst schwierig gestalten. Die Forderung von 15 Proz. Lohnerhöhung wurde von den Arbeitgebern als viel zu hoch bezeichnet. Nach längerer Verhandlung kam es zu folgendem Ergebnis: „Der Lohn in Ortsklasse A soll für die Gummiindustrie 80 Pf. (bisher 75 Pf.), in allen anderen Fachgruppen 76½ Pf. (bisher 71½ Pf.) betragen." Die Verhandlungskommission steht auf dem Standpunkt, daß nach Lage der Dinge es ratsam erscheint, den Funktionären die Annahme des Verhandlungsergebnisses zu empfehlen.

In der Diskussion wurde von fast allen Rednern die Ablehnung der Vereinbarung verlangt, da die Zulage von 5 Pf. viel zu gering sei und auch die Dauer bis zum 31. März 1928 nicht zu verantworten ist. Nach längerer lebhafter Diskussion wurde dann das Verhandlungsergebnis mit großer Mehrheit abgelehnt. Ueber den weiteren Verlauf der Bewegung werden wir berichten.

Der Streik im Café Michalski beendet.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Elsasser Str. 86/88 III, wird uns berichtet:

Am 1. April wird das Café Schöneberg von dem Gastwirt Herrn Grunge, bisher Schöneberg, Gustav-Freytag-Str. 3, übernommen. Die Streikbrecher werden nicht weiterbeschäftigt. Die in den Streik getretenen Kellner treten am 1. April wieder ein. Herr Grunge hält es im Gegensatz zu seinem Vorgänger für selbstverständlich, daß der zwischen dem Arbeitgeber- und dem Zentralverband bestehende Tarifvertrag eingehalten wird. Die Streikleitung des Zentralverbandes dankt der Schöneberger Bevölkerung für die glänzende Solidarität und bittet, ab 1. April ihre Gunst dem Café Schöneberg wieder zuzuwenden.

Lohnerhöhung der Portefeuiller.

Nachdem die letzte Mitgliederversammlung der Portefeuiller- und Reiseartikelbranche das Angebot der Unternehmer, die Löhne ab 1. April um 5 Proz. und ab 1. Oktober bis zum 31. März 1928 um weitere 2 Proz. zu erhöhen, abgelehnt hatte, wurde am Mittwoch voriger Woche nochmals verhandelt. Nach mehrstündigen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer bereit, die Mindestlöhne ab 25. März um 5 Pf. und ab 28. September bis 31. März um weitere 4 Pf. zu erhöhen. Die Löhne der Arbeiter, die einen höheren als den Mindestlohn haben oder im Akkord arbeiten, erhalten von den gleichen Tagen an eine Zulage von 6 bzw. 10 Proz. auf ihre jetzigen Löhne. Die Mindestlöhne erhöhen sich nach dem Angebot ab 25. März von 88 Pf. auf 93 Pf. und ab 28. September auf 97 Pfennig.

Die Branchenkommission hatte nach längerer Beratung den Beschluß gefaßt, der zu Montag abend nach Boekers Festsälen einberufenen Versammlung die Annahme des Angebots zu empfehlen. Nach einer kurzen Diskussion, die sich dem Bericht des ersten Bevollmächtigten der Sattler und Tapezierer, Genossen Blume, anschloß, nahm die Versammlung das Angebot der Unternehmer gegen eine starke Minderheit an. Die Unternehmer haben dem Verhandlungsergebnis ebenfalls zugestimmt.

Lohnbewegung der rheinischen Gemeindearbeiter.

Die Vertreter der freien und christlichen Gemeindearbeiterverbände für Rheinland-Westfalen traten dieser Tage im Kölner Rathaus zur Neuregelung der Löhne zusammen. Die Löhne der städtischen Arbeiter sind am 1. August 1925 zum letzten Male festgesetzt worden. Die Gewerkschaften haben eine Lohnerhöhung von 10 Pfennig pro Stunde gefordert. Der Arbeitgeberverband machte einen Gegenvorschlag von 2 (zwei) Pfennig, der von den Gewerkschaften mit Entrüstung abgelehnt wurde. Heute tritt unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters des Rheinlands die tarifliche Schlichtungsstelle zusammen, um eine Entscheidung herbeizuführen.

Dritter Gewerkschaftskursus des ADB.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstaltet in der Zeit vom 4. bis 9. April 1927 in der „Deutschen Hochschule für Politik", Berlin, Schinkelplatz 6, seinen dritten Gewerkschaftskursus. Die vorgesehenen Vorträge behandeln ausschließlich wirtschaftspolitische Fragen. Vortragende sind Staatssekretär Prof. Dr. J. Hirsch, Sekretär des ADGB. W. Eggert, Regierungsrat Kürbs, Regierungsrat R. Woldt, Dr. Th. Cassau, Dr. Naphtali, Dr. A. Halasi, Architekt R. Linneke und Dr. F. Baade.

Achtung, SPD.-Kutscher und Helfer! Donnerstag abend 7 Uhr bei Zschiesing, Ackerstr. 1, wichtige Versammlung aller Parteigenossen. Jeder muß erscheinen. **Der Fraktionsvorstand.**

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Neukölln:** Jugendheim Kogalstr. 34. Vortrag: „Die Revolution von 1848" (Waldmann). — **Schöneberg:** Jugendheim Kaiserstr. 15 (Frauenlandzimmer). Vortrag: „Unsere Jugendbewegung." — **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Lehdigenheim). 5 Tr. Lichtbildervortrag: „Wanderung im Schwarzwald." — **Osten:** Jugendheim Schule Litauer Straße 18. Unterhaltungsabend. — **Charlottenburg:** Jugendheim Pestalozzistraße 4. Diskussionsabend: „Was ist Sozialismus?" — **Mittwoch** von 8 bis 10 Uhr Turnabend in der Turnhalle der Schule Barnimer Str. 20. Turnsachen mitbringen.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: **Neukölln 1:** Gruppenheim Jugendheim Berastr. 29, Hof. Gewütlichkeit muß sein. — **Südwesten:** Gruppenheim Bezirksjugendheim Städt. Schwimmhalle, Wärwaldstr. 64. Vortrag: „Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit." — **Charlottenburg:** Gruppenheim Jugendheim Deutsches Krankenkassenhaus, Berliner Straße 137. Vortrag: „Die französische Revolution." — **Nordring:** Gruppenheim Jugendheim Ebersswalder Str. 10, Zimmer 12. Vortrag: „Gewerkschaftsrichtungen." — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Heimbesprechung. Diskussion über die Vorlesung: „Aus dem Leben Wilhelms II." — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 36. „Bub und Mädel." — **Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes,** Linienstr. 197. Programm: 1. Mädchenhandel. 2. Technik. 3. Unterhaltungsfilm.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ahlhorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen" und „Jugend-Vorwärts".

Kaufe gut, aber billig! Mein Schlager Nahtlos 33 cm

Mandarinendaunen 7.50 M.
Seit 60 Jahren die gute Deckbettfüllung, Pfund
Rupffedern Pfund 80 Pf 3.20 4.50 5.50 | Schleißfedern Pfund 3.50 5.20 7.50 Mengenabgabe vorbehalten.

Mandarinendaunen-Oberbett echt türkisch-rot, lila, gold, fraise Inlett, indanthrenfarb. 45.00
Kissen passend . . 15.75

Federbettstellen von 12.00 an
Fertige Inlette 5.60 5.50 1.95 rot 8.50 Oberbett 6.90 Unterbett 2.35 Kissen rot s. r. rosa

Gänse-Daunen Pfund 9.- 10.- 13.- 16.- 18.-

Fertige Betten
Oberbett / Unterbett / Kissen .. Graurot Inlett mit grauen Federn 9.70 7.80 3.40

34.50 Ruhebetten mit buntem Bezug rot gepolstert
30.50 Daunen-Deckbett mit 3 Pfund Mandarinen-Daunen
13.50 Bettstellen mit Patentboden weiß oder schwarz
50.00 Daunen-Oberbett 130×200 cm, mit 3 Pfund weißen Daunen gefüllt

Mengenabgabe vorbehalten

Betten Schaeffer
Nahtlos 33 mm 18.50
Nur im Stadtbahnhof Börse

Bettstellen schwarz od. weiß m. Zug federmatratze, stark. Mod. 90/190 18.50 150/200 32.-
Matratze drei teilig, mit Kopfkissen, dazu passend 14.- 30.-

Daunen-Steppdecken 160×215 cm, mit pr. Gänsedaunen, in allen Farbenzusammenstellungen 40.- 65.- 72.-

Berliner Funk-schmerzen

Hier soll nicht von einer Kritik an den Darbietungen unseres Berliner Senders die Rede sein, um es gleich vorweg zu bemerken. „Die Geschmäcker sind halt verschieden." Alle Hörer am Rundfunk müssen auf ihre Kosten kommen, das muß von diesem Nachrichtenmittel verlangt werden, das wie kein anderes dem ganzen Volke gehört!

Die beiden Sender.

Von rein technischen Angelegenheiten soll gesprochen werden, von Zuständen, die ein chronisches Uebel darstellen, die eben verhindern, daß wir Berliner alle in gleicher Weise Anteilnahme besitzen! Zurzeit ist eine Partei der Berliner Teilnehmer gewaltig im Vorteil, während die andere (wie ich glaube die größere) stets das Nachsehen hat. Bekanntlich haben wir in unserer Stadt **zwei Sender: Witzleben und Magdeburger Platz.** Doch der letztere besitzt kaum mehr als **historischen Wert. Rein praktisch ist sein Betrieb nichts weiter als eine Verschwendung,** denn seine Strahlungsleistung ist so gering, daß nur eine winzige Teilnehmerzahl auf ihn einstellen wird: Diejenigen, die in seiner unmittelbaren Nähe wohnen, gewissermaßen unter seiner Antenne sitzen. Aber ich glaube kaum, daß ihre Beiträge genügen würden, auch nur die Stromkosten dieses Senders zu bezahlen. Diese Hörer besitzen eben eine ganz spezielle Sondervergünstigung, deren Berechtigung nicht einzusehen ist. Von diesen wenigen Glücksrittern abgesehen stellen alle Berliner Hörer auf den Sender Witzleben (Welle 484) ein. Seine Strahlungsleistung ist gut, darüber ist kein Zweifel möglich; im Westen, Südwesten, Nordwesten, kurz, in seiner weiteren Umgebung ist sein Feld so stark, daß ein guter Empfang mit einfachsten Apparaten möglich ist. Es gibt Fälle, in denen allein mit Detektor ein Lautsprecher ganz erträglich anspricht. Es ist nicht einmal eine Hochantenne nötig. (Betont soll ausdrücklich werden, daß alle folgenden Zeilen sich auf Zimmerantennen, Lichtantennen, kurz auf „Antennenersatz" beziehen. Eine Hochantenne besitzen nur die wenigsten, sicherlich nicht mehr als 5 Prozent im Häusermeer Berlins.) Auch ohne sie ist der Empfang in der weiteren Umgebung des Senders Witzleben gut zu nennen. Die sogenannte Rückkoppelung ist für den Ortsempfang in diesen Gegenden unnötig. Sie wird auch in der Regel nicht benutzt. Zum guten Betrieb mit dem Lautsprecher ist meist nur eine Verstärkerstufe notwendig.

Ein Versuch.

Wir bitten jetzt die hohe Behörde, **einen einfachen Versuch** zu machen. Es ist ein einfaches Lautsprechergerät, z. B. ein Audion mit einmal Verstärkung in Charlottenburg oder Wilmersdorf aufzustellen, der Empfang an der Zimmerantenne war vorzüglich, laut im ganzen Raum hörbar. Wir nehmen jetzt das gleiche Gerät, machen den gleichen Versuch mit völlig gleichen Mitteln **im Osten, Süden, Neukölln oder Lichtenberg,** nicht draußen, sondern in der dichtbevölkerten Stadt. Möglichst am Abend, wenn ein gutes Programm ist, das alle Leute gern hören. **In 60 Prozent aller Fälle hört man nämlich mit diesem Gerät nichts,** wenn man nicht gerade in den Lautsprecher hineinkriecht. Nichts? Doch! Etwas ist zu hören: Bisweilen ein fürchterliches Prasseln, dann ein Pfeifen, bald tiefer, bald höher, dann mal aussetzend, worauf wieder das fürchterliche Prasseln folgt. Und wenn beide bösen Geister mal ruhig sind, dann hört man auch Berlins Wecker, wenn man Glück hat. In solchen Fällen tut man, was jedermann tun würde: Man macht seinen Apparat empfindlicher, baut ihn um, gibt ihm eine Röhre mehr, versieht ihn mit Rückkoppelung, kurzum macht, was alle anderen Hörer in der näheren Umgebung längst getan haben, wie man soeben am Pfeifen gemerkt hat. Erwartungsvoll schaltet man ein und erlebt eine neue Ueberraschung, etwas, was technisch zweifellos ganz interessant ist, **was jedoch den Nurhörer in äußerste Wut versetzen kann.** Zunächst sind selbstverständlich alle Pfeifer, Roller (Straßenbahn) wieder da, nur noch viel lauter, aber auch Berlin ist ganz gut zu hören. Da plötzlich setzt von irgendwo her ein hohes Pfeifen ein, wird tiefer und tiefer, rollt noch etwas im tiefsten Baß, und dann ist plötzlich Berlin fast verschwunden, wie weggeblasen. Aber nicht lange ist es so! Dann nimmt die Lautstärke wieder zu, das Pfeifen hört auf und es ist wieder alles in Ordnung. Doch nur kurze Zeit! Ein anderer Pfeifer kommt, vielleicht auch wieder derselbe, und das neckische Spiel wiederholt sich von neuem. Und das **Ergebnis dieser Versuche ist, daß man den ganzen Laden möglichst schnell zusammenpackt!** Und den ganzen Rundfunk zum Teufel wünscht! Und das von Rechts wegen! Gewiß, nicht immer ist's so schlimm wie in dem eben beschriebenen Fall, der trotzdem sehr häufig ist; manchmal fehlen die Störungen der Straßenbahn, manchmal ist es mit den Ueberlagerungsgeräuschen nicht so arg, aber auf jeden Fall ist ein guter Empfang im Osten unendlich viel schwerer und mit weit teueren Mitteln durchzuführen als im Westen. Es ist richtig, damals beim Bau des Senders in Witzleben konnte niemand wissen, daß innerhalb Groß-Berlins eine derartige Abnahme des Senderfelds eintreten würde, weil jegliche Erfahrung fehlte. Es muß auch zugegeben werden, daß eine so rapide Abnahme der Intensität mit den normalen Gesetzen nicht in Einklang zu bringen ist. Dagegen tritt außerhalb des Häusermeeres sofort wieder eine intensive Zunahme des Senderfelds ein. Wahrscheinlich ist, daß innerhalb Berlins eine ganz erhebliche Auffaugung stattfindet. Die Vorteile, die der Rundfunkhörer im Westen genießt, erfahren eine weitere Steigerung dadurch, daß die Straßenbahnstörungen — man hört noch immer nichts von Maßregeln zu ihrer Beseitigung — dort nicht so stark erscheinen, weil eben der Sender stark dominiert, und endlich ergibt sich durch ihn eine Art automatische Sicherung gegen die mutwillig störenden Pfeifgeräusche (Ueberlagerer), die bekanntlich durch schwingende Empfänger entstehen. In einem starken Senderfeld werden die Empfängerschwingungen in weitem Maße, wie man sagt, „synchronisiert": Der Apparat schwingt auf und in der Nähe der Senderwelle mit der Frequenz des Senders, ist gar nicht aus ihr herauszubringen, so daß Ueberlagerungstöne nicht eintreten können. Diese Erscheinung werden ja schon viele beobachtet haben. Für die Teilnehmerallgemeinheit wirkt sich also diese Tatsache in einer sehr angenehmen Weise darin aus, daß die Darbietungen störerfrei bleiben, wenigstens in weit höherem Maße als in Gegenden mit schwachem Senderfeld, wo die Synchronisierung nicht eintritt. Es muß hier einmal ganz unverblümt und klar ausgesprochen werden: **Die Funkhörer im Osten, Süden und Südosten sind in ungeheurem Nachteil gegenüber den westlichen Stadtteilen!!** Zahlen sie nicht die gleichen Gebühren? Sind sie nicht ebenfalls Hunderttausende von Teilnehmern, die den Rundfunk unterhalten? Sie dürfen gleiches Recht am Sender verlangen!

Ein Verbesserungsvorschlag.

Ein schlechter Kritiker ist, wer nur tadelt und kein Mittel anzugeben weiß, es besser zu machen! Gibt es eins? Ja! Sogar ein ganz probates, was sofort radikal helfen würde! Noch einmal werfen wir die Frage auf: Was kann eigentlich der Sender am Magdeburger Platz zurzeit für einen praktischen Zweck erfüllen? Wie schon bemerkt, die paar „Glückspilze", die in seiner Nähe wohnen, können doch nicht seinen Betrieb rechtfertigen. Zur Zeit der großen Funkausstellung im September vorigen Jahres lief nur dieser Sender, während Witzleben erst am Abend eingeschaltet wurde. Ich glaube, es wird damals so ziemlich allen Berlinern (mit Ausnahme der Glückspilze, was sie jetzt wirklich waren) klar geworden sein, was es mit diesem „Ersatzsender" für eine Bewandtnis hat: Sie hörten nämlich zu dieser Zeit so gut wie nichts, jedenfalls waren alle Detektorempfänger damals tot. Man hätte getrost wegen dieser sonderbaren Maßnahme der Reichspost einen Prozeß führen können und hätte ihn gewonnen! Ein Monopol gibt nicht nur Rechte, sondern es legt auch Pflichten auf! Noch einmal also, was kann zurzeit der Magdeburger-Platz-Sender für einen Zweck haben? Die Antwort kann nur lauten: Er ist völlig zwecklos! Und darum fort mit ihm! wenigstens vom Magdeburger Platz. Aber die Welle 566 gehört uns und soll uns auch weiter gehören. Und darum jetzt dieser Vorschlag und diese Forderung: **Man schaffe einen zweiten Sender und zwar im Osten Berlins mit der gleichen Leistung wie der Sender Witzleben!!** Dann wäre allen mit einem Schlage geholfen. Berlin ist zu groß für einen Sender, wenigstens für einen, der in der äußersten Ecke der großen Stadt aufgestellt ist. Wir brauchen einen zweiten, ihm gegenüber. Die Funkhörer, die im Osten und Süden wohnen, die das gleiche Recht und das gleiche Interesse an den Darbietungen der Funkstunde haben, würden diese Maßnahme mit Freuden begrüßen.

*

Von einem Forscher der englischen industrie-wissenschaftlichen Studien-Gesellschaft ist die Theorie aufgestellt worden, daß die Gesamtheit der Empfangsluftleiter im Stadtgebiet London die Sendestärke des Londoner Rundfunksenders bis auf ein Zwanzigstel ihrer Energie verschluckt. Er vergleicht das Netz der gleichartig abgestimmten Luftleiter mit einem Schwamm, der fast die ganze Sendeenergie auffaugt. Veranlassung zu diesem Vergleich gab ihm die Beobachtung, daß bei seinen Empfangsmessungen außerhalb des Stadtgebiets die Empfangsstärke jedesmal auf etwa das Zwanzigfache anstieg, sobald der Londoner Sender seine Wellenlänge um ein Geringes vergrößerte, wodurch sie also nicht von Tausenden von abgestimmten Luftleitern sogleich aufgenommen werden konnte.

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

7] **Roman von Fritz Reck-Malleczewen.**

Da sie sich eine Mörderin durchaus anders vorgestellt hat und mit diesem Gesicht nichts anfangen kann, so läßt sie die Augen zurückwandern zu dem Vorsitzenden, zu dem vor ihm aufgebauten Silberkruzifix; zu der anderen Saalseite, von der die wohlbekannte Stimme mit den gebellten, abgehackten Sätzen kommt.

Und in diesem Augenblick geschieht es, daß der Schwager Lex aus der schwarzen Robe die Hand mit dem obszönen roten Siegelring pathetisch vorstreckt und zu einem großen rhetorischen Schlage ausholt: „Eine Schwadron Dragoner," schreit der Schwager Lex, „wäre in Ohnmacht gefallen vor dieser Leiche . . . nicht dieses Weib, für das Jesus Christus nicht gestorben ist!" Und bei diesen sotto voce geschrienen Worten, bei denen die Beisitzer auffahren und die Gendarmen auf der Anklagebank erschreckt nach einer möglichen Inkorrektheit ihrer Uniform suchen . . . hier geschieht es, daß die kleine Sif, unmittelbar an der Schranke des Zuschauerraumes stehend, ausbricht in ein gellendes, schauriges Gelächter.

Ein peinliches, ein nicht wieder gutzumachendes Ereignis! Zunächst lastet auf dem Saal eine furchtbare Pause, in der die Nachbarn im Zuschauerraum entsetzt, als hätte sie die Pest, von ihr abrücken. Da sie ganz vorn steht, so ist es unausbleiblich, daß jeder im Saale weiß, wer gelacht hat. Der Vorsitzende weiß es, und ebenso weiß es der Schwager Lex. Und während der Vorsitzende Donner und Blitz niedergehen läßt und mit allen irdischen und himmlischen Strafen droht, während schon ein Uniformierter sich durch die Menge drängt, um sie hinauszuweisen, da geschieht es, daß sie die Faust ballt und den Mann in der Robe fixiert mit einem Hasse, vor dem einen Augenblick die ganze preußische Gerichtsmaschinerie stillesteht.

Es ist gar nicht nötig, daß sie die Faust schüttelt gegen den Staatsanwalt. Der Vorsitzende weiß bei diesem Lachen und bei diesem Blick, daß sich eine persönliche, höchst peinliche Auseinandersetzung zwischen zwei Menschen vollzogen hat, und mit ihm fühlt es jeder im Saal. Der Schwager Lex, herausgeworfen aus der „großen Stelle" seiner Rede, ist plötzlich sehr blaß geworden und beginnt in seinen Akten herumzuwühlen und zieht es vor, sein Gesicht dem Publikum nicht zu zeigen. Da hat der Uniformierte die Ruhestörerin erreicht und führt sie zur Tür hinaus mit Schimpf und Schande. —

Es gibt seelische Verfassungen, in denen es der ersten besten exaltierten, für die Umgebung unverständlichen Handlungen bedarf, um einem Zustande der Ratlosigkeit ein Ende zu machen. Mehrfach ist die kleine Sif in ihrer Verwirrung, ihrem derangierten Anzug auf ihrem Gange hierher Sicherheitsorganen aufgefallen, mehrfach ist sie von ihnen verfolgt, immer wieder ist sie schlafwandelnd entkommen. Es ist aber zu betonen, daß jeder, der nach den heute vorliegenden Akten ihr an diesem Tage begegnet ist, die Eiseskühle ihres Handelns betont. —

Bei der Gruppe des mit der Schlange kämpfenden Löwen bleibt sie einen Augenblick stehen: da von ihrem Schwager Hilfe nicht zu erwarten ist, so obliegt es ihr allein, ein weichherziges Menschenkind vor einem Rohrpostbrief zu schützen.

Wie verhindert man, daß dieser Brief abgesandt wird?

Mit Geld . . .

Also wird man Geld zu beschaffen haben.

Sie ordnet auf dem Lehrter Bahnhof sorgfältig Anzug und Haare, setzt ihre kleine Barschaft ein, um mit einem Wagen nach Hause zu fahren, erkundigt sich bei der alten Aufwärterin nach Post, macht sich, da der ominöse Brief noch nicht eingetroffen ist, in der früh einbrechenden Dämmerung des trüben Tages über die paar Schmucksachen ihres ärmlich-improvisierten Toilettentisches her: zwei Ohrgehänge aus dünnem und zweifelhaftem Gold . . . eine exotische silberne Halskette . . . der kunstvolle goldene Schlangenring, das einzige Andenken an ihren schwedischen Vater, an diesen längst auf dem Matthäikirchhof schlafenden Lithographen: wenn nichts anderes, so wird dieser Ring helfen! Dann zieht sie sich ein einfaches Straßenkleid an. Es ist nach der aktenmäßigen Aussage der Alten fünf Uhr vorüber, als sie die Wohnung verläßt. —

Es gibt im Kerne Berlins Häuser, die sich der amerikanischen Note der Stadt etwa in dem gleichen Maße angepaßt haben, wie ein württembergischer, zu einem Bibelkongreß nach Philadelphia reisender Pastor seinem Aeußeren eine bescheidene amerikanische Note geben mag. Es gibt im Zentrum Häuser, die außen beinahe ebenso langweilig aussehen, wie die des Börsen- oder Zeitungsviertels, und die doch weit über die Zeit hinausreichen, als die Könige Preußens ihre Badewanne im Bedarfsfalle aus dem gegenüberliegenden Hotel de Rome holen ließen . . . Häuser, die hinter der ehrlosen modischen Stuckfassade gotische Himmelsleitern und gotische Gänge und insofern auch gotische Menschen bergen, als die Bewohner ihren Frieden mit der Zeit einfach nicht abgeschlossen haben und alten, höchst soliden, aber eben verschollenen Handwerken huldigen: Optiker, die der Firma Zeiß zum Trotz noch nach den Methoden arbeiten, nach denen Spinoza seine Brillen schliff, und Steinschneider, die, genau wie alte Chinesen, im Jahre drei oder vier abgöttisch schöne Billardbälle zustande bringen . . . ja, es mag neben einem dunklen Triebe die Spekulation auf solide Abnehmer sein, die die kleine Sif in dieser Stunde hierher den Weg finden läßt. —

Item: scharfe Schneeluft kommt, als sie die Kurfürstenbrücke passiert, von dem düstern Fluß; in dem verlassenen, sich wie ein dunkles Gebirge auftürmenden Schlosse brennt hinter dem einzigen Fenster der riesenhaften Front ein verlorenes Licht. Sie denkt, während sie in die Burgstraße biegt, darüber nach, wer dort wohl wachen mag in der ungeheuren Einsamkeit der Räume, sie denkt an die Geheimnisse der kleinen Wasserpforten, von denen der Weg in den Schlamm des Flusses so kurz gewesen sein mag . . .

Sie fröstelt und bleibt stehen.

Das Hotel „Residenz", das in der Zeit, als der junge Bismarck zur Bekämpfung der achtundvierziger Revolution auszog, ein Absteigequartier des brandenburgischen Adels war, liegt nun, seit Jahrzehnten dem erhaltenen Schilde zum Trotz zu irgendeinem Magazin degradiert, finster da mit seinen leeren Fenstern, hinter denen die Schatten längst vermoderter Gäste hausen mögen. Dafür gibt es hier gerade eine der wenig zahlreichen Laternen, in deren Schein man lesen kann, daß im Nachbarhause die Witwe Grandjean Schmuck und Goldsachen aller Art zu den höchsten Tagespreisen zu kaufen bereit sei.

Ein sehr enger Gang führt in das Innere dieses Nachbarhauses, ein Gang, bei dem die kleine Sif sich, sie weiß nicht warum, unwillkürlich fragen muß, wie man hier die Särge verstorbener Bewohner hindurchzwängen mag. Denn wird eine am oberen Ende einer ebenso engen, himmelhohen Treppe brennende Petroleumlampe sichtbar, und dann . . .

Ja, und dann, als die kleine Sif, ohne übrigens von den holprigen Stufen die Augen zu heben, diese Treppe hinaufsteigt, da eben geschieht es, daß ganz unversehens jemand, der von oben kommt, ihr begegnet — auf eine abscheuliche, unübersehbare Art ihr begegnet, so daß sie bei der Enge dieser Hühnerstiege erschreckt sich an die Wand drückt.

(Fortsetzung folgt.)

Neubauwohnungen zum Friedenspreis?

Die Pläne eines amerikanischen Konsortiums.

Eine Korrespondenz teilt mit, daß ein amerikanisches Konsortium der Stadt Berlin ein Angebot gemacht habe auf den Bau von 14 000 Wohnungen in Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, handelt es sich um folgendes:

Die Firma Chapman u. Cpy., New York, die bisher im Wiederaufbaugebiet Nordfrankreichs tätig gewesen ist, hat nach Beendigung ihrer dortigen Geschäfte ihre Tätigkeit nach Deutschland verlegt. Sie verfügt über ein Kapital von 150 Millionen Mark, das sie zunächst in Berlin im Wohnungsbau zu investieren gedenkt. Das Angebot dieser Firma sieht den Bau von rund 14000 Wohnungen auf dem Schöneberger Südgelände vor. Die Wohnungen sollen nach 28 Jahren in den schuldenfreien Besitz der Stadt Berlin übergehen. Dafür soll die Stadt Berlin die Mietgarantie für diese Zeit übernehmen. Irgend welches öffentliches Kapital soll für den Bau der Wohnungen nicht in Anspruch genommen werden. Die Firma glaubte, die Mieten in den neuen Zwei- bis Vier-Zimmer-Wohnungen, die mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung ausgestattet werden sollen, der Stadt Berlin etwa zur Friedensmiete zur Verfügung stellen zu können. Nachdem ein Magistratsausschuß sich mit dem Inhalt des Angebotes eingehend befaßt hat, ist der Ausschuß zu dem Ergebnis gekommen, das Angebot grundsätzlich nicht abzulehnen und mit der Firma weiter zu verhandeln. Jedoch bleibt die Behauptung zu klären, ob die Firma wirklich in der Lage ist, der Stadt Berlin die Wohnungen zu Friedensmieten zur Verfügung stellen zu können. Nachweislich hat die Firma zwar Unterlagen dafür beigebracht, daß die Wohnungen zu einem Baukostensatz von 25 Mark für den Kubikmeter umbauten Raum errichtet werden können, sofern man nach amerikanischen Methoden und bei Normalisierung und Typisierung der Wohnungen alle Register der technischen wirtschaftlichen Verbilligung zieht und das Vorhandensein eines baren Kapitals von 150 Millionen Mark dem Baugewerbe und der Baustoffindustrie gegenüber auch richtig auswertet. Da aber, wie gesagt, der Mietsatz dem Magistratsausschuß nicht richtig errechnet zu sein schien, so sind weitere Verhandlungen mit der Firma in Aussicht genommen.

Nach unserer Meinung würde doch sehr ernsthaft die Frage zu überlegen sein, inwieweit dieses amerikanische Wohnungsbauprojekt das städtischerseits geplante Wohnungsbauprogramm beeinflußt. Uns will scheinen, als ob ohne die notwendigen organisatorischen Maßnahmen der Sprung von jährlich 11 000 Wohnungen auf 25 000 plus 14 000 Wohnungen für den städtischen Baumarkt, vor allem aber für den Baustoffmarkt ernsthafteste Folgerungen haben könnte. So sehr wir die Belebung des Baumarktes mit Rücksicht auf die immer noch große Arbeitslosigkeit begrüßen, so würde es doch ein großer Fehler sein, umfangreiche Wohnungsbauprogramme ohne straffe Organisation des Baumarktes zur Ausführung zu bringen.

Die ewig Heiratslustigen.

Dringend bat der Schiffskoch Hermann Lotheisen die Berufsstrafkammer des Landgerichts II, ihn als gemeingefährlich einzusperren. Er begründete das damit, daß es keinen Zweck habe, ihn wiederum nach dem Spruch des Schöffengerichts auf 1½ Jahre ins Gefängnis zu schicken. Bereits achtzehnmal sei er bestraft worden, und die neue Strafe werde ihn nicht bessern. Er müsse dasselbe immer wieder tun. Tatsächlich ergab sich auch, daß Lotheisen seit vielen Jahren immer nach demselben Trick verfährt und demgemäß bereits achtzehnmal als Heiratsschwindler ins Gefängnis gewandert ist. Seine Methode ist es stets, sich an ältere Frauen oder Witwen heranzumachen. Nachdem er die entsprechende Adresse ausgekundschaftet hatte, machte er einen Besuch, stellte sich als Schiffskoch vor, der aus Amerika komme und einen Gruß von der Kusine zu überbringen habe. Häufig erreicht er damit seinen Zweck, denn die überraschte Frau nannte sofort einen Namen und meinte: „Ach, wohl von der Auguste Müller?" Es war auch ein anderer Name. Rasch fiel der Besucher ein und erwiderte: „Ja, die meine ich, die hat mir so viel von Ihnen erzählt; was Sie für eine nette und hübsche Frau sind, und wie glücklich der Mann wäre, der so eine tüchtige Hausfrau bekäme." Die Worte verfehlten nicht ihren Zweck, da der Schwindler dann schilderte, wie er das Reisen satt habe und sich nach einer Häuslichkeit sehne, zumal da er sich genügend gespart habe, um sorglos leben zu können. Flugs zog er auch als Mieter ein, und wenn es nicht am selben Abend war, dann wurde spätestens am nächsten Tage die Verlobung gefeiert. Das bittere Ende kam für die Frauen nach. Nachdem er sich gut durchgefüttert hatte, verschwand er, natürlich unter Mitnahme wertvoller „Andenken". Inzwischen hatte er auch bis zur angeblichen Ankunft seines Gepäcks sich kräftig mit Geld aushelfen lassen. Rechtsanwalt Dr. Anderssen richtete an eine Zeugin die Frage, wie sie denn so leicht auf den Trick hätte hineinfallen können? Prompt antwortete die Zeugin unter großer Heiterkeit: „Ich habe doch eine Schwägerin in Boston". Landgerichtsdirektor Linde konnte den Wunsch des Angeklagten, ihn ins Zuchthaus zu stecken, nicht erfüllen. Die Gefängnisstrafe des Schöffengerichts sei höchst milde, denn eigentlich sei der Angeklagte reif für das Zuchthaus. Nur die bescheinigte Minderwertigkeit rettete ihn auch diesmal noch vor dem Zuchthaus.

Volkstanzfest der „Naturfreunde".

Das Wort Jugend ist heute eigentlich kein Spezialbegriff mehr. Denn seit das „Altwerden" unmodern geworden ist, gibt es einfach bloß noch Junge — wenigstens der sprachlichen Bezeichnung nach. Hier handelt es sich aber um die richtige, echte zahlenmäßig nach Lenzen nachweisbare nächste Generation und zwar um diejenigen, die sich der natürlichen, gesunden Fröhlichkeit hingeben wollen. Dem Shimmy, Charleston oder gar Black-Bottome haben sie den Krieg erklärt, dafür pflegen sie Reigen und Tänze, noch dazu überlieferte alte deutsche Volkstänze. Sie wollen weder besonders grazienhaft noch dämonisch-modern wirken, sondern einzig und allein ihre frohe Lebenslust bei Wanderungen und anderen Zusammenkünften im Tanz zum Ausdruck bringen. Die Volkstanzgruppen Prenzlauer Berg, Cöpenick und Schöneberg veranstalteten deshalb im Festsaal Schillings, Dahlem-Dorf, ein Tanzfest als Abschluß ihrer diesjährigen Kurse. Es herrschte fröhliche Stimmung bei Jungens und Mädels. Mit viel Freude und möglichstem Geschick wurden die erworbenen Tanzkenntnisse Eltern, Geschwistern und Freunden in der beliebten, bequemen Wandervogelmentur vorgeführt. Vielleicht wird in bezug auf Schlichtheit des Anzuges des Guten ein wenig zu viel getan und das Bäuerisch-Tänzerische etwas zu stark unterstrichen. Da es sich aber ausschließlich um Tänze „unter sich" handelte, die keinem anderen gefallen wollen, das Vergnügen außerdem ein stilliges und sehr beliebtes ist, so soll man nicht Kritik üben, denn sie bliebe unbestimmt unbeachtet. Jedenfalls berührt es angenehm, wieder einmal natürliche, frohe Menschen zu sehen, die sich ihre freie Zeit nach eigenen Richtlinien vertreiben.

Kundgebungen zum internationalen Frauentag

heute, Mittwoch, den 30. März:

7½ Uhr, in den Prachtsälen am Märchenbrunnen (früher Schweizergarten Am Friedrichshain, unweit Königstor.
Referentinnen: Frau Peletier-Amsterdam und Clara Bohm-Schuch, M. d. R.
Es wirkt mit: Der Männerchor Prenzlauer Berg.

Aufmarsch der Frauen:

4. **Kreis. Prenzlauer Berg:** Treffpunkt: 5½ Uhr, Danziger Straße Ecke Prenzlauer Allee (Bezirksamt). Es schließen sich an (ab Bezirksamt): **Kreis Mitte, Weißensee, Reinickendorf.**
5. **Kreis. Friedrichshain:** Treffpunkt: 6½ Uhr, Weberwiese. Von dort aus Abmarsch nach den Prachtsälen am Märchenbrunnen.
17. **Kreis. Lichtenberg:** Treffpunkt: ½6 Uhr, Mittelpromenade Frankfurter Allee Ecke Kronprinzenstraße.

morgen, Donnerstag, den 31. März:

7½ Uhr, in der „Neuen Welt", Neukölln, Hasenheide 108/114.
Referentinnen: Gertrud Duby-Schweiz und Marie Juchacz, M. d. R.

Aufmarsch der Frauen:

14. **Kreis. Neukölln:** Treffpunkt: 6 Uhr für die Abteilungen 89, 90, 92, 96 ab Hertzbergplatz; Abteilungen 91, 94, 95, 97, 98 ab Schillerpromenade.
6. **Kreis. Kreuzberg:** Treffpunkt: 5½ Uhr für die Abteilungen 39, 40, 41, 42, 48 und **Kreis Tempelhof** auf dem Blücherplatz. — Die Abteilungen 43, 44, 45, 46, 47 und die Kreise Treptow und Cöpenick ab Lausitzer Platz.

Freispruch im Schmachtenhagener Prozeß.

Des Angeklagten Schuld ist nicht erwiesen.

In dem Schmachtenhagener Mordprozeß, der wie berichtet, seit zwei Tagen das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte, wurde gestern das Urteil gefällt. Nach längerem Plädoyer hatte der Vertreter der Anklage wegen Mordes die Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt. Nach kurzer Beratung erkannte jedoch das Gericht auf Freisprechung.

Der Staatsanwalt hatte u. a. ausgeführt: „Wenn man alles zusammennimmt, was die Beweisaufnahme ergeben hat, dann ist nach meiner Ueberzeugung der Angeklagte der Täter gewesen. Ob allein, lasse ich dahingestellt. Seiner Persönlichkeit ist die Tat auch zuzutrauen, denn er ist kein friedfertiger Mensch, wie die Verhandlung mehrfach ergeben hat. Tatzeugen sind allerdings nicht vorhanden, aber eine Reihe von Verdachtsmomenten überführen den Angeklagten. Seinem Hauptgeständnis kommt doch eine erhebliche Bedeutung zu. Für die Täterschaft des Angeklagten spricht schließlich auch das Verhalten seiner Frau. So, wie die Tat passiert ist, erfolgte sie mit Ueberlegung. Daran trägt Frau Britzki die Hauptschuld, denn sie hat ihren Mann ständig zu der Tat gereizt. Für diese Tat gibt es nur eine Strafe, die Todesstrafe." — Demgegenüber suchte Rechtsanwalt Dr. Mandel nachzuweisen, daß das erste Geständnis des Angeklagten objektiv nicht wahr sein könnte. Die anderen Geständnisse, soweit sie Frau Janson und andere belasteten, seien festgestellermaßen von dem Angeklagten aus den Fingern gesogen und erlogen worden. Daraus könnte auch gefolgert werden, daß das erste Geständnis gleichfalls Schwindel sei. Die Verhandlung hätte auch nicht die letzten Zweifel beseitigt, ob nicht doch ein anderer der Täter gewesen sei. „Ich will," so schloß der Verteidiger, „nicht sagen: Der Angeklagte ist unschuldig, aber ich behaupte, die Schuld des Angeklagten ist nicht erwiesen. Die Strafe, die hier in Frage käme, ist nie wieder gutzumachen und deswegen bitte ich um Freispruch." — Das Gericht erkannte auch in diesem Sinne. Nach verhältnismäßig kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Bombe, unter atemloser Stille: „Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen (Bei diesen Worten ging eine große Bewegung durch den Saal! Rufe der Ueberraschung ertönten, so daß der Vorsitzende um Ruhe ersuchen mußte.) Vors. (fortfahrend): „Es ist besser, eine Straftat bleibt ungesühnt, als daß ein Unschuldiger bestraft wird. Das trifft namentlich zu, wenn eine Todesstrafe in Frage kommt. Der Angeklagte soll die Tat aus Rache ausgeführt haben. Dann muß er sie durchdacht haben und hätte nur wegen Mordes bestraft werden können. Diesen hält das Gericht aber nicht für erwiesen."

Kaum hatte der Vorsitzende geendet, da stürzte Frau Janson auf die Anklagebank, hielt dem Angeklagten ein Bild ihres von fremder Hand getöteten Mannes vor und suchte ihn in bewegten Worten und äußerster Erregung in letzter Minute zu einem Geständnis zu bewegen. Stumm wandte sich Britzki aber ab. Auch der übrigen Angehörigen, der Bekannten und sonstigen als Zeugen anwesenden Schmachtenhagener Einwohner hatte sich große Aufregung, sowie teils sogar Empörung bemächtigt. Heftig redeten sie aufeinander ein, und nur mit Mühe konnten sie bewogen werden, den Saal zu verlassen.

1 Toter, 2 Schwerverletzte bei einem Zusammenstoß.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern abend gegen 10 Uhr vor dem Hause Köpenicker Straße 7. Ein Geschäftskraftwagen stieß mit großer Gewalt mit einem Straßenbahnzug der Linie 88 zusammen. Das Auto wurde völlig zertrümmert, der Führer desselben auf der Stelle getötet. Zwei Mitfahrer zogen sich lebensgefährliche Verletzungen zu und mußten in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden, wo sie hoffnungslos daniederliegen. Der Straßenbahnwagen wurde ebenfalls schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

*

Vom eigenen Fuhrwerk überfahren und lebensgefährlich verletzt wurden gestern abend an der Ecke Schöneberger und Egelstraße zu Tegel die beiden Arbeiter Paul Giese aus der Hauptstraße zu Hermsdorf und E. Demlow aus der Egelstraße. Mit schweren Verletzungen wurden die Verunglückten in das Reinickendorfer Krankenhaus geschafft, wo sie bedenklich daniederliegen.

„Ins Leben hinein."

Zur Morgenfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin am Sonntag, dem 3. April, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus unter dem Motto: „Ins Leben hinein!" wollen wir kein festumrissenes künstlerisches Programm in unserer Feier gestalten. Die Veranstaltung soll ein Gruß des Willkommens sein an die Jungen und Mädchen des arbeitenden Volkes, die jetzt die Schule verlassen haben. Wir wollen Kunde geben vom Leben und Streben der sozialistischen Jugend, einen Ausschnitt zeigen aus der Arbeit unserer Gruppen. Musik, Gesang, Sprechchor, Film, Bewegungschor folgen in bunter Reihe. Die Musik- und Gesangsgruppen, der Sprechchor und Bewegungschor sind gebildet von Burschen und Mädchen aus der SAJ. Im Film werden Ausschnitte von Veranstaltungen und Kundgebungen der sozialistischen Jugend gezeigt. Dem geistigen Ringen der sozialistischen Jugend und ihrem Kampf um Jugendschutz wird in einer kurzen Ansprache gedacht.

Krankenhauspläne im Bezirk Kreuzberg.

Das Krankenhaus Am Urban ist das einzige städtische Krankenhaus der dicht bevölkerten südöstlichen Gegend der Berliner Kernstadt. Es liegt in unmittelbarer Nähe vieler wichtiger Verkehrspunkte. Hierauf ist die ständige starke Belegung dieses Krankenhauses zurückzuführen, und dies ist auch der Grund dafür, daß im Krankenhause Am Urban in der letzten Zeit in immer stärkerem Maße Menschen zur Aufnahme gelangen, die bei Verkehrsunfällen verunglückt sind.

Es ist das Verdienst des Bezirksamts Kreuzberg, daß jetzt gute Aussicht besteht, in dieser Angelegenheit einen tüchtigen Schritt vorwärts zu kommen. Das Bezirksamt hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die die Neugestaltung des Krankenhauswesens in diesem großen Berliner Bezirk behandelt. Bürgermeister Genosse Dr. Herz erläuterte gestern einer Reihe von Kommunalpolitikern und Sozialhygienikern das Vorhaben des Bezirksamts. Er veranstaltete dazu eine Führung durch die Krankenhäuser „Am Urban" und „Gitschiner Straße" Im Anschluß hieran wurde auch das Gelände besichtigt, daß für einen Krankenhausneubau in Aussicht genommen ist. Vor allem muß das alte Krankenhaus „Am Urban" ausgebaut werden. Es fehlt überall an Nebenräumen, an Einzelzimmern für die Kranken (namentlich für die Schwerkranken); selbst in unmittelbarer Nachbarschaft der Operationszimmer ist viel zu wenig Nebengelaß vorhanden. Aber auch die reichlichere Versorgung des Krankenhauses mit Apparaten neuester Konstruktion ist dringend vonnöten. Aehnliches gilt von dem Krankenhaus Gitschiner Straße, das man trotz seines hohen Baualters bei der großen Bettennot Berlins auf längere Zeit benutzen muß. Dazu ist die Errichtung eines Neubaues in unmittelbarer Nähe des „Urban" unbedingt notwendig. Das Bezirksamt Kreuzberg hat deshalb folgende Forderungen aufgestellt: Entlastung des Krankenhauses „Am Urban" durch Herausnehmen der Chirurgischen Abteilung, so daß der gegenwärtige Baukomplex ausschließlich den inneren Abteilungen mit einer Bettenzahl von etwa 500 verbleibt. Verlegung der Chirurgischen Abteilung in einen Neubau auf dem Gelände des Gesundheitshauses nach dem Prinzip der Randbebauung. Der Bau hat in Bauabschnitten zu erfolgen, um auch nicht vorübergehend Betten zu verlieren. — Die Vorschläge des Bezirksamts Kreuzberg sind äußerst zweckmäßig. Sie tragen zwei wichtigen Forderungen Rechnung, die bei Berliner Krankenhausbauten ernsteste Berücksichtigung verlangen. Hoffentlich trägt man dem Verlangen des Bezirksamts Kreuzberg recht bald Rechnung. Tut man dies, so wird man der Bevölkerung und der Wissenschaft zugleich dienen.

Unhaltbare Zustände auf einer Feuerwache.

Man schreibt uns: Die Feuerwache in Berlin-Zehlendorf ist ein moderner Bau mit vier Ausfahrttoren, einem Seitenflügel, der die bekannten Nebenräume vermuten läßt und zwei Obergeschossen. Also das Ideal einer neuzeitlichen Feuerwache — jedoch nur von außen. Der Bau ist um 1908 entstanden. Zweckbestimmung war, die Geräte der Freiwilligen Feuerwehr und die Wohnung für einen Teil der Feuerwehrleute aufzunehmen. Mit der Eingemeindung Zehlendorfs nach Groß-Berlin wurde eine Wache geschaffen, die ständig mit vier Mann besetzt war. Diese vier Mann übernahmen die wichtigsten Funktionen an den Geräten, während die übrige Besetzung von der Straßenreinigung gestellt wurde. Doch diese Einrichtung genügte bald den Anforderungen, die auch in Zehlendorf an die Schlagfertigkeit der Feuerwehr gestellt werden müssen, nicht mehr. Seit dem 1. April 1925 ist die Wache ständig mit 15 Mann besetzt. Diese 15 Mann müssen nun in den gleichen Räumen hausen, in denen einst die vier Mann untergebracht waren. Nur des Nachts steht noch der Telegraphenraum, der tagsüber vom Bezirksamt benutzt wird, zur Verfügung, um drei Beamten Schlafgelegenheit zu geben. Alle Bemühungen, hier die doch zweifellos sehr notwendigen Verbesserungen zu schaffen, waren bisher vergebens. Erst der Bau eines neuen Rathauses soll Besserung bringen, und solange soll dieser unhaltbare Zustand bestehen bleiben. Es wäre dringend notwendig, daß sich auch das städtische Hauptgesundheitsamt für die Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände einsetzt.

Acht Jahre Arbeiterwohlfahrt. Zu unserem Bericht über die Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt ersucht uns Genossin Wachenheim um die Aufnahme folgender Berichtigung: Ich habe nicht gesagt, daß die Arbeiterwohlfahrt sich in ihrer Stellung zur Partei geändert habe, sondern umgekehrt, daß sie sich gerade darin gleichgeblieben sei. Ich habe nicht gesagt, „daß der Zentralausschuß der christlichen Arbeiterschaft als Gegengewicht gegenüber der Arbeiterwohlfahrt auf besondere Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums ins Leben gerufen wurde", sondern, daß der Zentralausschuß der christlichen Arbeiterschaft vom Reichsarbeitsministerium als Spitzenverband anerkannt worden sei, obwohl ihm neben der Inneren Mission und der Caritas weder die Bedeutung zukomme, noch er besondere Personenkreise zu vertreten habe, um die konfessionellen Verbände zu stärken und ein weiteres Gegengewicht zur Arbeiterwohlfahrt zu haben. Ich habe nicht gesagt, daß das Rote Kreuz eine „für die Republik unmögliche Organisation" sei, sondern daß das Rote Kreuz sich vor 1918 auf die Dynastien und höheren Verwaltungsbeamten und die damit zusammenhängenden Gesellschaftskreise gestützt habe, und daß ich nach der Umwandlung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse annehme, daß das Rote Kreuz sich auf die Dauer in seiner jetzigen Form nicht erhalten kann. Auf die Berichtigung weiterer Einzelheiten muß ich wegen der gebotenen Kürze verzichten.

Zeugen gesucht. Am Freitag, dem 25. März, nachmittags zwischen ¾4—¾4 Uhr wurde in der Hasenheide, kurz vor der Jahnstraße, ein Radfahrer durch ein Lastauto mit Anhänger von seinem Rade gerissen. Er geriet unter den Anhänger. Es wird dringend darum gebeten, daß sich die Zeugen dieses Vorfalles, insbesondere der Radfahrer, der dem Lastkraftwagen in der Richtung nach dem Hermannplatz nachfuhr, um die Nummer sowie die Firma festzustellen, umgehend melden bei Frau Kistner, Neukölln, Boddinstr. 45 v. IV.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Uebungsstunde am Donnerstag, abends 7½ Uhr, in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16—17.

Machen Sie es sich doch nicht so schwer

Zum Enthärten des Wassers, zum Einweichen u. Kochen Ihrer Wäsche ist nur ein einziges Mittel nötig

Dr. THOMPSON'S SCHUTZMARKE SEIFENPULVER

Dr. Thompson's Seifenpulver

STAATL. FACHINGEN Natürliches Mineralwasser

Zu Haus-Trinkkuren

bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.

Man befrage den Hausarzt!

Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin W 8, Wilhelmstrasse 55.

Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken u. Drogerien sowie in Berlin bei der Versandstelle der Staatsquellen Fachingen und Nieder-Selters, Berlin SW 11, Schöneberger Strasse 16a. Telefon: Lützow Nr. 5260/61.

Moabit!

Sünden wider den Staat.

Dieser Mann da, der vor dem Richter steht, ein kleiner Sünder, ein kleiner Staatsbetrüger, ist ein dunkelbrauner, kräftiger Handelsmann. Aus Siebenbürgen importiert. Von einer deutschen Teppichfabrik. Andere Handelsmänner betrügen wenigstens, wenn sie betrügen, nur ihre Berufskollegen, oder, nur ab und zu mal versieht sich, das Publikum. Aber dieser Handelsmann, der nicht einmal Deutsch spricht, der nicht einmal zwei ganze Jahre in Deutschland weilt, hat sich ausgerechnet den Staat ausgesucht, um ihn zu betrügen. Der verlangt nämlich, daß Ausländer, die hier bleiben wollen, einen Paß und eine Aufenthaltsbewilligung haben müssen. Und er, der hier bleiben wollte, blieb hier, ohne Paß, ohne Aufenthaltsbewilligung, ohne dem Staat überhaupt nur ein Wörtchen zu sagen. Als die Polizei den Sünder endlich erwischte, da war sie, mit Recht, sehr böse und diktierte ihm eine größere Geldstrafe. Aber die Fabrik, die ihn importiert hatte, legte Berufung ein. Die deutschen Männer seien leider Gottes so schwache Geschöpfe, daß sie nicht imstande seien, 20 und mehr Kilo Teppiche tagein, tagaus treppauf, treppab zu tragen, so daß man solche Träger von alter Zeit her aus Siebenbürgen zu importieren pflege. Die deutschen Frauen seien leider Gottes so töricht, sich Teppiche nicht von deutschen Männern aufschwätzen zu lassen, sondern nur von siebenbürgischen, die nicht deutsch sprechen können, aber wie Türken aussehen. Will man die deutsche Teppichfabrik nicht still legen, so sei also der Handelsmann, der nicht deutsch spricht, aber wie ein Türke aussieht, und 20 und mehr Kilo Teppiche zu tragen vermag, hier dringend notwendig. Und betrogen habe er den Staat auch nicht. Den Paß hätte ihm der Chef abgenommen, um die ursprüngliche Aufenthaltsbewilligung verlängern zu lassen, und bei dieser Gelegenheit verloren. Der Richter glaubte ihm die eine Hälfte, daß die deutschen Frauen so töricht seien, sich Teppiche nicht von deutschen Männern aufschwätzen zu lassen, sondern nur von siebenbürgischen, die wie Türken aussehen; glaubte ihm nicht die andere Hälfte, daß er den Staat nicht betrügen wollte, und ermäßigte daher die Geldstrafe auf die Hälfte.

Die „Hofhaltung" beschwert sich. Die ehemalige kaiserliche, die wilhelmsche natürlich. Sie ist sehr entrüstet darüber, daß ihr die Polizei ein Strafmandat über 100 M. in den „Hof" geschickt hat. Obwohl sie nichts anderes getan habe, als Sonntags und Feiertags gearbeitet. Und einen Angestellten entlassen, der sie denunziert habe. „Die Sonntagsarbeit hat doch der Staat verboten!" wundert sich der Richter. Aber doch nur für Krämer oder Schuster oder ähnliche Berufe. Aber die Hofhaltung sei ja, wie alle Welt wisse, weder Krämer noch Schuster noch ein ähnlicher Beruf. Sondern nur eben „die Hofhaltung".

Der Richter vermag das nicht ganz einzusehen. Ob man die Strafe nicht auf die Hälfte ermäßigen könnte? Nein! Ob die Hofhaltung denn nicht wenigstens Bewährungsfrist erhalten könnte? Nein. Aber Ratenzahlungen könnte man der Hofhaltung bewilligen, wenn sie nicht imstande sei, 100 M. auf einmal aufzubringen.

Dazu sei sie wohl imstande. — Im übrigen war der Herr, der die Hofhaltung vertrat, sehr betreten, als er hörte, daß die „Exzellenzen" bei ihrer polizeilichen Vernehmung behauptet hatten, von der Sonntagsarbeit nichts gewußt zu haben, und ihm, dem Aufsichtsbeamten, alle Schuld zuschoben.

Zwei junge Leute, Besitzer einer Buchdruckerei, taten nur die Hälfte von dem, was der Staat sie tun ließ. Der verordnete, daß sie erstens von den Gehältern der Angestellten eine gewisse Summe zurückbehalten, und zweitens diese Summe der Kranken- und Invalidenkasse zuführen sollten. Das „erstens" befolgten sie getreulich, das „zweitens" nicht. Sie behielten eine gewisse Summe zurück, ein ganzes Jahr lang. Sie führten nicht 1200 M. ab. Sie betrogen also die Krankenkasse und den Staat, sagt der Staatsanwalt, und beantragt eine Geldstrafe von je 300 M., bei Nichtbezahlung 30 Tage Gefängnis. Die zwei jungen Leute erblassen. Sie hätten nur deshalb nicht abgeführt, weil sie in Zahlungsschwierigkeiten und später sogar in Konkurs geraten waren. Die Krankenkasse komme vor allem, selbst vor den Angestellten, meint der Richter. Doch macht er die Gesichter der beiden wieder erröten vor Freude, indem er sie zu je — 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Als Zusatzstrafe zu einer Strafe von fünf Wochen Gefängnis, die sie in einer anderen Sache erhalten hatten. Mit Bewährungsfrist. Ob auf dem Papier 5 oder 7 Wochen steht, ist ihnen herzlich gleichgültig. Aber 300 M. sind 300 M. . . .

Folgen einer anonymen Anzeige.

Eine Warnung für Leute, die anonyme Anzeigen machen und sich dabei der Namensunterschrift eines Dritten bedienen, dürfte der Fall des zwanzigjährigen Arbeiters B. sein. B. hatte an das Wohlfahrtsamt geschrieben und mitgeteilt, daß ein gewisser W. ständig Erwerbslosenfürsorge beziehe, obwohl er einen regelmäßigen Nebenverdienst von 25 M. für photographische Arbeiten habe. Das Schreiben war mit dem Namen Kaiser unterzeichnet. Die Nachforschungen ergaben aber, daß Kaiser, ein Bekannter des W., davon nichts wußte, und der als Briefschreiber ermittelte B. erhielt eine Anklage wegen Urkundenfälschung. Die Anzeige selbst hate sich allerdings als vollkommen wahrheitsgemäß erwiesen. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er sich bei der Benutzung des fremden Namens nichts gedacht habe, sondern daß er mit der Sache nur nichts zu tun haben wollte. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Zum Glück für den Angeklagten fand das Schöffengericht Mitte einen Ausweg aus rechtlichen Erwägungen, um den bisher unbescholtenen jungen Mann nicht mit dem Makel einer Bestrafung wegen Urkundenfälschung zu belegen. Wie Amtsgerichtsrat Burckert in der Begründung der Freisprechung ausführte, sei eine Täuschung des Wohlfahrtsamts nicht begangen worden, da es der Behörde gleichgültig sei, welche Unterschrift die Anzeige habe. Auch ein Gebrauchmachen der Urkunde gegenüber dem Angezeigten komme nicht in Betracht, da der Angeklagte nicht angenommen habe, daß W. überhaupt von dem Schreiben Kenntnis erhalten werde.

Touristenverein Die Naturfreunde (Zentralstelle Wien, Ortsgr. Berlin G. V.). Abteilung Pankow. Heute, Mittwoch, den 30. März, in der Schulaula Wollankstr. 130/31, Lichtbildervortrag: „Sonntage eines Großstädters in der Natur." Referent Genosse Bulan. Mitwirkung der Musikgemeinschaft Norden. Eintritt 40 Pf. Einlaß 7½ Uhr. Beginn 8 Uhr.

Arbeitslosendrama in Kopenhagen. In der dänischen Hauptstadt stürzte sich dieser Tage ein arbeitsloser Schokoladenarbeiter aus seiner im vierten Stock befindlichen Wohnung auf den Hof. Ein Polizeibeamter sorgte für die Ueberführung in das Krankenhaus und brachte den zehnjährigen Jungen bei Nachbarn unter, während er das anscheinend schlafende fünfjährige Töchterchen nicht stören wollte. Als die Frau jedoch vom Zeitungaustragen nach Hause kam, mußte sie mit Entsetzen feststellen, daß das Mädchen erwürgt war. Völlig verwirrt gestand der Knabe, daß der Vater auch ihn zu erwürgen versucht hatte. Der Mann ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Er hat die Tat infolge überlanger Arbeitslosigkeit begangen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Nächste Theatervorstellung am Sonntag, dem 17. April, nachmittags 3 Uhr, in der Volksbühne am Bülowplatz. Aufgeführt wird: „Faust". Der Tragödie erster Teil, von Goethe. Preis der Karte einschließlich Kleiderablage und Programm 1,20 M. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 8, zu haben.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

6. Kreis Kreuzberg. Die Ordner beteiligen sich am Donnerstag, 31. März, an der Kundgebung der Genossinnen.

11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Die Sozialistische Arbeiterjugend hat heute, Mittwoch, 30. März, abends von 5—9½ Uhr eine Bücherschau in der Schulaula Wartburgplatz. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, diese Ausstellung recht zahlreich zu besuchen.

13. Kreis Tempelhof-Mariendorf-Marienfelde-Lichtenrade. Freitag, 1. April, Sitzung der Zeitungskommission im Lokal „Zur Linde", Tempelhof, Friedrich-Karl-, Ecke Werderstraße.

17. Kreis Lichtenberg. Kinderfreunde: Treffpunkt zur Demonstration heute, Mittwoch, 30. März, 5¾ Uhr, Kronprinzenstraße, Ecke Frankfurter Allee, Promenade. Abmarsch pünktlich 6 Uhr.

Heute, Mittwoch, 30. März:

46. Abt. Die von einzelnen Bezirksführern noch nicht abgehaltenen Flugblätter müssen umgehend zur Verteilung gelangen. Donnerstag, 31. März, treffen sich alle Genossinnen und Genossen pünktlich 5½ Uhr auf dem Blücherplatz zum Abmarsch nach der Neuen Welt.

101. Abt. Treptow. Ab 6 Uhr von der „Vorwärts"-Spedition Gruetzstr. 50 Flugblattverbreitung.

105. Abt. Adlershof. 6 Uhr Flugblattverbreitung beim Genossen Vogel, Bismarckstr. 74.

108. Abt. Cöpenick. 7½ Uhr bei Eisner, Kaiser-Wilhelm-Str. 8, wichtige Vorstandssitzung mit sämtlichen Bezirksführern. Niemand darf fehlen.

Morgen, Donnerstag, 31. März:

41. Abt. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich 5½ Uhr Blücherplatz. Nachzügler direkt in der Neuen Welt.

44. Abt. Alle Genossen beteiligen sich an der Frauendemonstration. Treffpunkt 5½ Uhr auf dem Lausitzer Platz.

128./130. Abt. Pankow. 7½ Uhr in der Brauerei Willmer, Berliner Straße 80—82, Uraufführung des Lichtbildervortrages „China", persönlich vom Verfasser Gregor Bienstock. Unkostenbeitrag 25 Pf. Wir bitten um recht rege Beteiligung.

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis Mitte. Heute, Mittwoch, Treffpunkt zur Demonstration pünktlich 5½ Uhr Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Alle Genossinnen treffen sich zur Demonstration heute, Mittwoch, pünktlich 5½ Uhr Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee.

16. Kreis Cöpenick. Die Genossinnen aller Abteilungen treffen sich am Donnerstag, 31. März, pünktlich Schlesischen Bahnhof. Abmarsch mit Musik 5¾ Uhr. Fahnen sind mitzubringen.

Frauenveranstaltungen heute, Mittwoch, 30. März:

4. Abt. Die Genossinnen treffen sich zur Demonstration 5½ Uhr Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee. Nachzügler 7½ Uhr in den Prachtsälen am Märchenbrunnen.

25. Abt. Die Genossinnen treffen sich pünktlich 5½ Uhr Danziger Straße, Bezirksamt. Keine Genossin darf fehlen.

86. Abt. Marienfelde. „Frauenstimme" abholen und verteilen bei Nienhof, Chausseestr. 19.

126. Abt. Reinickendorf-Ost. Die Genossinnen beteiligen sich recht zahlreich an der Demonstration in den Prachtsälen am Märchenbrunnen. Treffpunkt nachmittags 4½ Uhr am Seebad und 4½ Uhr Provinzstraße, Ecke Pankower Allee. Fahnen sind mitzubringen.

Frauenveranstaltungen Donnerstag, 31. März:

44. Abt. Treffpunkt 5½ Uhr Lausitzer Platz zur Demonstration.

101. Abt. Treptow. Die Genossinnen treffen sich 5 Uhr an der Wiener Brücke zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Lausitzer Platz.

111. Abt. Bohnsdorf. Die Genossinnen treffen sich am Bahnhof Grünau. Abfahrt 4.58 Uhr bis Schlesischen Bahnhof. Dort Treffen mit den Cöpenicker Genossinnen zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Lausitzer Platz.

Funkwinkel.

Ministerialrat Hans Cosiar setzte seine Vortragsreihe „Aufgaben und Entwicklungstendenzen der deutschen Presse" fort. Er behandelte diesmal die wichtigsten Pflichten und die hauptsächlichsten Fehler parteipolitisch eingestellter Zeitungen. Der Vortragende betonte, daß viel wichtiger als Bilder und Aufsätze aus aller Welt, die nur der Neugier dienen wollen, solche Darstellungen sind, die Verständnis zum Volk und seinem Schaffen geben können. Wenn er aber wünschte, daß Parlamentsberichte von den Zeitungen ausführlicher gebracht werden müßten, so dürfte das leider im allgemeinen nicht möglich sein, weil der vermehrte Papierverbrauch der namhaften Tageszeitungen zu einer für die Leser unerträglichen Erhöhung des Bezugspreises führen müßte. — Die Stellung des Großstädters zur Natur behandelte Dr. Werner Mahrholz, der darauf hinwies, daß gerade in unserer Zeit der Großstädter als Reaktion auf ein allzu naturfremdes Leben in den Steinmauern der Stadt wieder ein wirklich inneres Verhältnis zur Natur gefunden hat. — Für seinen Vortragszyklus „Ueberhauptfragen der Aesthetik" fand Professor Max Dessoir mit Ausführungen über den Witz einen anmutigen und geistvollen Schluß. — Der Abend brachte die Gilbert-Operette: „Die Dose seiner Majestät", über die im Grunde nichts anderes zu sagen ist, als daß nett gesungen wurde und daß Claire Waldorf köstlich berlinerte. tes.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

45. Abt. Am Freitag, 25. März, verstarb unsere Genossin Berta Neumann, Glogauer Str. 26. Die Einäscherung findet heute, Mittwoch, 30. März, um ½1 Uhr nachmittags im Krematorium Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung ist erwünscht.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Die Anträge zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für die Osterfahrten sind bis spätestens Dienstag, 12. April, 6 Uhr, auf folgenden Bahnhöfen zu stellen: Anhalter, Potsdamer, Lehrter, Stettiner, Görlitzer und Frankfurter Bahnhof sowie die Stadtbahn-Fernbahnhöfe, Schlesischer Bahnhof für die Fahrten von der Stadtbahn nach dem Osten und Charlottenburg für die Fahrten von der Stadtbahn nach dem Westen.

Abrechnung und Ausgabe des April-„Jugend voran" und der „Arbeiter-Jugend" heute, Mittwoch, von 5—7 Uhr.

Heute, Mittwoch, 30. März, 7½ Uhr:

Wedding: Luxemburger, Ecke Genter Straße. „1848 bis 1918. Was nun?" — **Andreasplatz:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, H. 5. „Die Revolution von 1848." — **Baltenplatz:** Jugendheim Tilsiter Str. 4. 10-Minuten-Referate. — **Reichenberger Viertel:** Jugendheim Reichenberger Str. 66. Mitgliederversammlung. — **Tempelhof:** Lyzeum Germaniastr. 4—6. „Der englische Bergarbeiterstreik." — **Falkenberg:** Jugendheim Am Falkenberg 117. „Unsere Osterfahrt." — **Lichtenberg-Mitte:** Jugendheim Dottistr. 22. Werbefeier. — **Lichtenberg-West:** Beteiligung an der Veranstaltung der Abt. Lichtenberg-Mitte. — **Niederschönhausen:** Werbeabend. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1, H. 5. „Schmutz- und Schundgesetz."

Werbebezirk Schöneberg: In der Schulaula am Wartburgplatz von 8 bis ¾10 Uhr Bücherschau. Alle Jugend- und Parteigenossen sind hierzu eingeladen.

Werbebezirk Neukölln: Jugendfeier im Städtischen Lichtspielhaus, Bergstraße 147.

*

Lankwitz: Morgen, Donnerstag, Werbefeier in Lehmanns Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 29—31. Rezitationen, Schmökerspiel, Lieder, Musik usw. Beginn 7½ Uhr.

Senefelder-Viertel: Freitag, 1. April, 8 Uhr, Schulaula Danziger Str. 23, Schulentlassungsfeier, verbunden mit Elternabend. Die Parteigenossinnen und Parteigenossen der 36. und 38. Abt. sind herzlichst eingeladen.

Werbebezirk Tiergarten: Freitag, 1. April. Werbeumzug. Treffpunkt ½7 Uhr Unionsplatz. Anschließend Werbefeier in der Schulaula Waldenserstraße 20. Anfang 8 Uhr.

Baltenplatz: Sonnabend, 2. April, in der Schulaula Frankfurter Allee 87, Begrüßungsabend. Einlaß 40 Pf.

Werbebezirk Reinickendorf: Sonnabend, 2. April, ½8 Uhr, Werbebezirksmitgliederversammlung im Jugendheim in Tegel, Bahnhofstr. 15. Vortrag und Aussprache: „Aufgaben der Arbeiterbildung im 20. Bezirk."

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Dienstag, dem 29. März.

1. Rennen. 1. Freibeuter (W. Lemzer), 2. Lampe (J. Mills), 3. Gaudster jr. (A. Nagowski). Toto: 56 : 10. Platz: 14, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Potsdam, Großmogul, Radiola, Ludwig R., Trauring, Eilelfried.

2. Rennen. 1. Gerhard (Rauß jr.), 2. Erasmus (Ch. Mills), 3. Ilona B. (Roll). Toto: 65 : 10. Platz: 27, 12, 14 : 10. Ferner liefen: Morgenlau, Lebemann, Punter, Livius, Benedikt, Cosmo, Else B. I.

3. Rennen. 1. Frankenstein (F. Bahr), 2. Fiametta (J. Mills), 3. Sudan (Ch. Mills). Toto: 111 : 10. Platz: 36, 42, 22 : 10. Ferner liefen: Tudora, Paula Bingen, Franzisko, Cadiac Azworthy, Erbgraf, Friedrich Rex, Prinzessin Etawah, Prinz Abbell, Baron Azworthy, Azworthy J., Tafna, Nuda, Flamingo, Franiet, Altmark.

4. Rennen. 1. Antenne (E. Elias), 2. Aga (Rauß jr.), 3. Ehrenberg (E. Treuberg). Toto: 216 : 10. Platz: 34, 19, 29 : 10. Ferner liefen: Gottfried, Fredegundis, Marx Gun, Per aspera.

5. Rennen. 1. Arnfried (H. Höhne), 2. Lindowkind (Grigat), 3. Abdulah Silver (Hein). Toto: 412 : 10. Platz: 96, 17, 31 : 10. Ferner liefen: Quitte B., Erika, Ingrid Halle, Notula, Elfenkönigin, Eckstein, Petronella A., Langemann, Venus, Klarich, Mantua, Möglich, Albatros.

6. Rennen. 1. Karneval (J. Mills), 2. Marx H. (Rauß jr.), 3. Lockung (Rauß). Toto: 24 : 10. Drei liefen.

7. Rennen. 1. Leuchtkäfer (Rauß jr.), 2. Ziegrimm (J. Kozal), 3. Lunaria (A. Großmann). Toto: 81 : 10. Platz: 29, 16, 14 : 10. Ferner liefen: Propeller, Augenstern B., Lachmuskel, Kroschel, Lebedame, Weltkamp, Mistral, Diana Magoman, Zarin.

8. Rennen. 1. Jeanette (J. Mills), 2. Mamico (Rauß jr.), 3. Königsadler (Roll). Toto: 31 : 10. Platz: 20, 17, 15 : 10. Ferner liefen: Corona Mc. Kinney, Peter Harvester, Denkmünze, Manzanares, Der Beste.

100-Km.-Mannschaftsrennen auf der Rütt-Arena. Nachdem für das internationale 100-Km.-Mannschaftsrennen, das am kommenden Sonntag nachmittag auf der Rütt-Arena stattfindet, bereits die vier ausgezeichneten Paare Ramschaert-van Aken (Belgien), Dharmers-Albert Maes (Belgien), Kroll-Wiethe und Buschenhagen-Frankenstein verpflichtet worden sind, ist es Rütt gelungen, auch noch mit den beiden berühmten italienischen „Opel"-Straßenfahrern Belloni und Zanaga einen Vertrag für das Rennen abzuschließen. Die Verpflichtung der genannten fünf Mannschaften, zu denen noch acht weitere hinzukommen, zeigt jedenfalls, daß die Besetzung des ersten langen Mannschaftsrennens auf der Rütt-Arena nichts zu wünschen übrig lassen wird. Außer dem 100-Km.-Rennen findet noch ein Mannschafts-Verfolgungsrennen Deutschland gegen Ausland statt, bei dem vier unserer besten Spezialisten auf diesem Gebiete gegen Belloni-Zanaga-Ramschaert-van Aken in die Schranken treten. Ein Flieger-Hauptfahren für Amateure mit Vor- und Zwischenläufen, sowie ein 5000-Meter-Punktefahren vervollständigen das Programm.

Geschäftliche Mitteilungen.

Frisches und gesundes Blut ist die Grundlage jeden Wohlbefindens. Durch eine Haustrinkkur mit „Staatl. Fachingen" erhält man Körper und Geist frisch und gesund.

Ostern an der Nordsee. Der vorzügliche Verlauf der vorjährigen Osterfahrt von Bremerhaven nach Helgoland und Norderney veranlaßt den Norddeutschen Lloyd in Bremen, auch in diesem Jahr mit seinem Doppelschraubendampfer „Grüßgott" eine dreitägige Osterfahrt nach den genannten Nordseeinseln auszuführen. Die Fahrt wird am 16. April, 12 Uhr mittags, von der Lloydhalle in Bremerhaven ihren Anfang nehmen, und zunächst nach Helgoland führen, von wo aus nach einem für die Besichtigung des Felsenellandes ausreichenden Aufenthalt die Weiterreise nach Norderney angetreten wird. Die Rückfahrt des „Grüßgott" erfolgt von da am 18. April. Wer Ostern auf Helgoland verleben will, beendet die Fahrt hier und schließt sich auf der Rückfahrt der Reise wieder an.

Das schönste Ostergeschenk ist eine Stepp- oder Daunendecke. Die altbekannte Steppdeckenfabrik Bernhard Strohmandel, Berlin S. 14, Waßstr. 22 (Filialen: Spittelmarkt, Ecke Seydelstraße, und W., Nikolsburger Platz 2) unterhält ein reichhaltiges Lager in allen Qualitäten. Auch Metallbettstellen und Auflegematratzen finden Sie zu enorm billigen Preisen. Sehen Sie sich — ohne Verbindlichkeit für Sie — die billigen Preise an. Illustrierter Katalog auf Wunsch gratis.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Meist stärker bewölkt ohne erhebliche Regenfälle. Weiterhin ziemlich kühl. — **Für Deutschland.** Im größten Teil des Reiches ziemlich kühl. Niederschläge vorwiegend im Südwesten.

Die Bank der Arbeiter.

Stark erweiterte Tätigkeit der Zentralbank der freien Gewerkschaften.

Auch das Jahr 1926 hat der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, der Zentralbank der freien Gewerkschaften Deutschlands, eine erfreuliche Entwicklung gebracht. Die Bank, die Ende Mai 1924 mit einem Kapital von 750 000 M. zur Fortführung der in der Inflation gegründeten Deutschen Kapitalverwertungs-G. m. b. H. errichtet wurde, hatte im November des Jahres 1925 ihr Kapital um 3,25 Millionen auf 4 Millionen erhöht, wobei die zentralen Verbände der freien Gewerkschaften in der Hauptsache die neuen Aktien übernahmen. Sie hatte das Geschäft im Jahre 1925 mit rund 21 Millionen Einlagen und rund 14 Millionen Krediten bei einem Reingewinn von rund 200 000 M. geschlossen. Das Jahr 1926 brachte für die Bank eine sehr beträchtliche

Ausdehnung der Geschäfte.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten erhält die von ihr verwalteten und verwerteten Gelder zunächst von den Gewerkschaften selbst, von verschiedenen Unternehmungen der organisierten Arbeiterschaft und aus Sparmitteln von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Diese Einlagen haben sich im Jahre 1926 von 21,22 Millionen auf 36,14 Millionen erhöht. Davon sind in laufender Rechnung (nur Depositen) 15,41 Millionen, auf längere Fristen 20,73 Millionen gegeben. Es ist erfreulich, daß der Anteil der länger zur Verfügung stehenden Gelder wieder sehr groß geblieben ist. Diese Gelder wurden in der Hauptsache für Kredite an Konsumgenossenschaften, soziale Bau- und Siedlungsgesellschaften, soziale Versicherungsanstalten und andere wirtschaftliche Unternehmungen der Arbeiterschaft verwendet. Die gewährten Kredite sind von 12,6 Millionen auf 16,11 Millionen gestiegen. Wenn dabei die gedeckten Kredite eine Erhöhung von 12,57 Millionen auf 16,02 Millionen aufweisen, so sind diese Kredite durch die besondere Art der Deckung für die Kreditfähigkeit der Kreditnehmer im Gegensatz zu dem Verfahren der Privatbanken keine Gefahr. Der Wechselbestand ist gegenüber dem Vorjahr infolge des Eintritts größerer Fälligkeiten kurz vor Jahresschluß von 1,61 Millionen auf 0,99 Millionen zurückgegangen. Nur ein sehr kleiner Teil der laufenden und Wechselkredite wurde an private Unternehmungen gegeben. Im übrigen ist der größere Teil der Gelder zur Hochhaltung der Liquidität sofort greifbar angelegt. Die Kasse ist von 164 000 auf 233 000 gestiegen, die Guthaben bei Banken von 9,01 Millionen auf 17,27 Millionen, die eigenen Wertpapiere, darunter rund 80 Proz. festverzinslich leicht verkäuflich, sind von 2,13 Millionen auf 3,63 Millionen erhöht. Neu erscheint der Posten festverzinsliche Schatzanweisungen mit 2,99 Millionen Mark. Daß die Arbeiterbank, wie es ihre Pflicht ist, auf die größte Flüssigkeit des Hauptteils der ihr anvertrauten Gelder bedacht war, zeigt die Tatsache, daß 59,44 Proz. der fremden Mittel absolut greifbar gehalten wurden, und wenn man die 80 Proz. festverzinsliche eigene Wertpapiere hinzurechnet, sogar 69,48 Proz.

Zinspolitik, Handlungsunkosten und Gewinnverteilung.

Die Arbeiterbank ist mit Recht darauf bedacht, möglichst hohe Zinsen zu gewähren und möglichst wenig Zinsen zu verlangen. Sie zahlt mehr als die Privatbanken und erhebt im Gegensatz zu diesen auch keine Bereitstellungs- und Umsatzprovision, so daß die Zinsspanne bei der Arbeiterbank geringer ist. Nichtsdestoweniger vermochte sie ihren Rohertrag (nach Bildung nicht unerheblicher Reserven) von 505 360 M. auf 1 468 974 M. zu steigern. Demgegenüber sind die Handlungsunkosten, obwohl der Ausbau des Filial- und Zahlstellennetzes und der Ausbau der Zentrale viel Geld kosten, von 306 400 M. auf nur 616 900 M. gestiegen. Die Zahl der Angestellten hat sich von 41 auf 53 erweitert. Von vornherein wurde der Gesamtbetrieb auf Maschinenarbeit und auf größte Rationalität gestellt, und daß die Zentrale ihre Filialen erst ausbaut, nicht aber, wie die Privatbanken, vielfach einen leer laufenden Apparat mitzuschleppen hat, trug zur Niedrighaltung der Handlungsunkosten wesentlich bei. Trotz der für die Bankkundschaft günstigen Zinspolitik konnte der Reingewinn von 200 900 M. auf 878 026 M. gesteigert werden. Dieser Reingewinn wird zur größeren Hälfte, und zwar mit 450 000 M. zur Stärkung der Reserven, also zur Erweiterung der Aktionskraft der Bank verwandt. Die Reserven erhöhen sich damit auf 650 000 M. Aus dem Rest wird dann den Inhabern der Aktien, also zur Kassenstärkung der beteiligten Verbände und Organisationen, eine Dividende von 10 Proz. verteilt. Der erzielte Reingewinn wird also, ebenso wie die Gelder der Arbeiterschaft entstammen und für die Arbeiterschaft verwendet wurden, auch dem Interesse der Arbeiterschaft wieder dienstbar gemacht.

Der Geschäftsbericht zur Wirtschaftslage.

Sehr beachtlich sind die ernsten Ausführungen, die der Geschäftsbericht insbesondere zur Wirtschaftslage und zur Frage der Arbeitslosigkeit macht. Er sagt:

Die vielfach mit großer Tatkraft in der deutschen Privatwirtschaft durchgeführte Umstellung auf rationellere Produktions- und Wirtschaftsmethoden hat sicherlich hier und da, bei diesem und jenem Zweige, eine organische Aufwärtsentwicklung gezeitigt.

Demgegenüber steht jedoch, eine eindringliche Mahnung, die erschütternde Zahl der Arbeitslosen, rein wirtschaftlich betrachtet, eine kaum abzuschätzende Größe fehlender Konsumkraft, vor allem aber ein ungeheures brachliegendes Werbekapital der deutschen Volkswirtschaft. Die darin liegende schwere Schädigung der Gesamtwirtschaft und besonders der Arbeitnehmerschaft würde schon bei nur vorübergehender Dauer schwer genug zu tragen sein, doch gerade die Entwicklung des Jahres 1926 scheint zu belegen, daß es sich nicht um vorübergehende Dinge handelt, hat doch selbst ein so außerordentliches Ereignis wie die Monate dauernde Lahmlegung entscheidender Konkurrenzwirtschaften durch den englischen Bergarbeiterstreik nur eine sehr schwache und vor allem nur kurzfristige Verminderung der Arbeitslosigkeit gebracht. Deutlicher, als es bislang erkennbar war, zeigt sich hier ein Kernproblem der deutschen Volkswirtschaft. Daß ihm durch private Initiative der Einzelwirtschaften, für die naturgemäß immer das Einzelinteresse ausschlaggebend sein wird, nicht zu Leibe gegangen werden kann, dürfte durch die Entwicklung bewiesen sein; daß auch an sich notwendige und begrüßenswerte Einzelmaßnahmen des Staates, wie sie durch Aufstellung von — freilich in der Folge nur unzureichend durchgeführten — öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen in Angriff genommen worden sind, nicht endgültige Gesundung bringen, wird kaum noch angezweifelt werden können. Die Volksgesamtheit, über deren Gedeihen nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung dabei entschieden wird, muß in ihrer Verkörperung durch den Staat zu grundsätzlichen Maßnahmen kommen, die letzten Endes nur in einer planmäßigen Lenkung der Wirtschaft im Zusammenwirken mit allen Wirtschaftsbeteiligten zu suchen sein dürften.

Allem Anscheine nach sind wir indes von solchem planmäßigen Vorgehen heute noch weit entfernt, wie sich schon daraus ergibt, daß selbst die volkswirtschaftlich so bedeutsame Konzentrationsbewegung des letzten Jahres, die Neubildung von Trusts, Kartellen und Syndikaten bzw. deren weiterer Ausbau den Staat aus seiner Reserve nicht hervorgelockt hat. Auf die hier unerläßliche Mitbestimmung und Kontrolle durch Volksgesamtheit und speziell Arbeitnehmerschaft mußte erst eine gemeinsame Aktion der Gewerkschaftsverbände aller Richtungen hinweisen. Es bleibt nur zu hoffen, daß der in immer weiteren Kreisen Boden gewinnende Gedanke, daß heute Wirtschaft nicht mehr Sache des einzelnen, sondern der Volksgesamtheit ist, sich allgemein durchsetzt und die Bahn frei macht für eine wirkliche allgemeine Aufwärtsentwicklung."

Entwicklung im neuen Jahre. Neue Filialen.

Selbstverständlich war die schwere Krise des vorigen Jahres auch für die Arbeiterbank eine nicht unerhebliche Belastung. Es zeigte sich, daß im ganzen ersten halben Jahre die Einlagen auf laufendem Konto und der Stand der Spargelder stagnierten. Erst im zweiten Halbjahr erfolgte der Aufschwung, der sich auch im neuen Jahre in erfreulicher Weise fortgesetzt hat: Im laufenden Jahre haben sich die bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten deponierten Gelder weiter auch über 40 Millionen Mark erhöht. Das Filialen- und Zahlstellennetz ist im Ausbau begriffen. Nachdem im Mai 1926 neben der Hamburger Filiale auch eine Filiale in Breslau errichtet wurde, ist im Jahre 1927 die Errichtung von Filialen in Frankfurt a. M., Dresden und Bremen erfolgt oder wird erfolgen. Außerdem wurde das Netz der Zahlstellen erweitert. So ist zu erwarten, daß der Arbeiterbank, die den hoffnungsvollsten Anfang zur finanziellen Selbständigmachung der organisierten Arbeiterschaft darstellt, auch in der Zukunft ein starkes selbständiges Wachstum bevorstehen wird.

Kleinere Baumwollernte in Amerika.

Keine Aenderung für die Schutzpolitik der Farmer.

Wir haben vor einigen Wochen über die politisch hochbedeutsame Bewegung der amerikanischen Farmer berichtet, sich gegen den Preissturz der Agrarprodukte im Falle großer Ernten zu schützen. Ihren Ausdruck findet die Bewegung in dem Kampf um die Mac-Nary-Haughen-Bill. Kürzlich wurde gemeldet, daß die Baumwollernte doch nicht so groß war, wie zuerst berichtet wurde.

Die letzte offizielle Schätzung der amerikanischen Baumwollernte, die als endgültig gilt, korrigiert nicht unwesentlich die Ergebnisse der vorläufigen Schätzungen. Jetzt wird die gesamte Ernte auf 17 688 000 Ballen geschätzt, während die Schätzung am 1. Dezember 1926 auf 18 618 000 Ballen gelautet hat. Dies wird wahrscheinlich eine gewisse Festigung der Preise zur Folge haben, aber kaum eine wesentliche Besserung der Lage der Produzenten bedeuten. Der katastrophale Preissturz hat stattgefunden, als es klar wurde, daß die diesjährige Ernte eine Rekordernte ist, was auch nach der neuesten Schätzung richtig bleibt. Das Mißverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage bleibt bestehen.

Die Belebung der Nachfrage, durch die außerordentlich niedrigen Preise hervorgerufen, hat schon eine Erholung der Preise bewirkt, nicht aber in dem Maße, wie es nötig wäre, um den Verkaufspreis ab Farm mindestens nicht unter die Produktionskosten herabgehen zu lassen. Dabei ist zu beachten, daß die Zeit, in der die Baumwollernte in ihrer Hauptmasse realisiert wird, schon vorbei ist. Vom 1. August bis 4. März wurden von den Pflanzungen 11 188 000 Ballen geliefert (gegen 960 200 Ballen in derselben Periode 1925/26); die Verkäufe aus den Vorräten außerhalb der Pflanzungen mitgerechnet, wurden insgesamt 14 522 000 Ballen abgesetzt gegen 11 514 000 im vorigen Jahre. Den niedrigen Preisstand haben natürlich nicht nur die inländischen, sondern auch die ausländischen Einkäufer auszunutzen verstanden. Von der gesamten bis 4. März abgesetzten Menge wurden 7 615 000 Ballen ausgeführt gegen 5 943 000 im vorigen Jahre (darunter nach Deutschland 2 169 000 Ballen gegen 1 403 000). Man nimmt in Amerika an, daß bis zur neuen Ernte im ganzen etwa 16 Millionen Ballen abgesetzt werden können, so daß die bis jetzt schon verkaufte Menge etwa 90 Proz. des zu erwartenden Gesamtabsatzes ausmacht. Es ist also wohl ausgeschlossen, daß die Not der Baumwolleproduzenten in diesem Jahr durch die Steigerung der Preise gemildert wird.

Unter solchen Verhältnissen haben die baumwolleproduzierenden Farmer nach der letzten Schätzung der Baumwollernte ebensowenig wie vorher Veranlassung, die Einheitsfront der amerikanischen Farmerschaft zu sprengen, die sich im Kampfe um das Mac-Nary-Haughen-Gesetz gebildet hatte. Die neueste Feststellung der Preisentwicklung im Laufe des letzten Jahres zeigt am besten, wie stark die Beweggründe für diese Einheitsfront sind. Die Durchschnittspreise in der Zeit seit August 1909 bis Juli 1914 mit 100 angenommen, galt ab Farm für die wichtigsten Gruppen der Agrarprodukte am 15. Januar 1926 und am 15. Januar 1927 folgendes Preisverhältnis:

	Jan. 1926	Jan. 1927
Getreide	148	120
Früchte und Gemüse	214	140
Fleisch	140	140
Milchprodukte und Geflügel	158	152
Baumwolle	138	85
Index für die Preise aller Agrarprodukte	143	126

Die Großhandelspreise für alle nichtlandwirtschaftlichen Produkte sind im Laufe dieses Jahres auch gefallen: nach dem Index des Bureau of Labor Statistics von 165 bis 158, d. h. aber nicht entfernt so stark wie die Agrarpreise, obwohl das Verhältnis schon vor einem Jahre für die Landwirtschaft ungünstig war. Es ist ohne weiteres verständlich, daß diese Entwicklung der Farmerbewegung einen gewaltigen Anstoß geben konnte.

Eine zweite konsumgenossenschaftliche Wanderabgabestelle. Im Mai v. J. ging die Konsumgenossenschaft Berlin dazu über, ihren in den zahlreichen Groß-Berliner Siedlungen wohnenden Mitgliedern den genossenschaftlichen Warenbezug durch eine Wanderabgabestelle zu ermöglichen. Diese auf die neuzeitlichen Verhältnisse eingestellte Warenvermittlung hat sich vorzüglich bewährt; Umsätze bis zu 20 000 M. und mehr pro Monat wurden erzielt. Da immer neue Wünsche aus den verschiedensten Bezirken auf Belieferung durch die Wanderabgabestelle der Genossenschaft unterbreitet wurden, sah sich die Verwaltung veranlaßt, ein zweites Auto in Auftrag zu geben, das in den nächsten Wochen in Benutzung genommen wird. Konsumgenossenschaftlich interessierte Verbraucher in Siedlungen, die in den bisherigen Tourenplan nicht einbezogen waren, können ihre Wünsche auf Warenbelieferung durch die Wanderabgabestelle an den Vorstand der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 16/30, gelangen lassen.

Ufa-Opfer der Deutschen Bank. Die von uns kürzlich mitgeteilte Aktion zur Sanierung der Ufa schließt, wie die Deutsche Bank jetzt mitteilt, auch ein Opfer der Deutschen Bank in sich. Um „den Aktionären nicht noch größere Opfer aufzuerlegen“, als sie in der Zusammenlegung der Aktien auf ein Drittel gegeben wären, wird die Deutsche Bank Zins- und Provisionsforderungen in Höhe von 6,25 Millionen Mark nachlassen und außerdem für 11,25 Millionen Genußscheine übernehmen, die bei der Dividendenverteilung erst nach den Stammaktien rangieren, die voraus 6 Proz. Dividende erhalten. Die darüber hinaus noch bestehende Forderung der Deutschen Bank würde durch die garantierte Kapitalerhöhung restlos getilgt. Der Besitz der Deutschen Bank an Ufa-Aktien habe Anfang 1926 nominell 13,66 Millionen betragen und habe sich heute auf rund 15 Millionen Mark erhöht. Dieser Aktienbesitz sei so abgeschrieben, daß Verlustmöglichkeiten (wahrscheinlich auch bei der Zusammenlegung) nicht mehr bestünden. Wie man sieht, enthält auch diese Mitteilung der Deutschen Bank noch keine Einzelheiten der endgültigen Reorganisation. Es scheint aber schon heute zweifellos zu sein, daß die Hugenberg-Gruppe der tatsächliche Herrscher in der Ufa sein wird, da sie, wie gemeldet wird, sich drei Millionen 12stimmige Stimmrechtsaktien gesichert haben soll. Im übrigen hören wir, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie als solcher an der Ufa kein spezielles Interesse genommen hat. Es erhält sich aber mit Hartnäckigkeit die Behauptung, daß neben den von uns schon genannten Kapitalmagnaten auch der Glanzstoffkonzern in der neuen Ufa vertreten sein wird.

Reichsarbeitsministerium gegen den Baustoffwucher. In einer Erklärung sagt das Reichsarbeitsministerium: In den letzten Monaten seien namentlich auf dem Pfandbriefmarkt Stockungen eingetreten, die die Aufbringung der Mittel für erste Hypotheken hinauszögern können. Alle Möglichkeiten für Zwischenkredite müßten ausgeschöpft, die Bauvorhaben auf längere Fristen verteilt werden, um auf dem Baustoffmarkt weitere Erhöhungen der Baustoffpreise zu vermeiden. Die gesunde Bauentwickelung im Jahre 1927 hänge namentlich auch von der Stetigkeit der Baustoffpreise ab. Auch die Baustoffindustrie solle nicht übersehen, daß angesichts der gespannten Finanzierungslage jede unberechtigte Ueberspannung der Preise zu einer schweren Störung der an sich nicht unerfreulichen Aussichten für die Entwicklung des Wohnungsbaues führen müsse. Unmöglich können in erheblichem Umfang öffentliche Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, wenn nicht gleichzeitig eine angemessene Bindung der Baustoffpreise damit erreicht werde. — Ueber das Hochtreiben der Baustoffpreise haben wir schon berichtet. Das Reich hätte längst die hier drohenden Gefahren erkennen und vorbauen müssen.

Gegen die Kanalbauprojekte. In einer Entschließung wendet sich der Hauptbetriebsrat der deutschen Reichsbahngesellschaft gegen die Durchführung der Kanalbauprojekte des Reichsverkehrsministeriums, die wirtschaftlich nicht begründet seien und — gemessen an dem notwendigen Kapitalaufwand — keine nennenswerte Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausüben. Durch diese vom Reiche subventionierte Schaffung konkurrierender Verkehrsunternehmungen wird die Reichsbahn — da eine Erhöhung der Tarife vorläufig öffentlich undiskutabel ist — zu einer Personalpolitik veranlaßt, die für die Bediensteten der Reichsbahn immer unerträglicher wird. Der Hauptbetriebsrat fordert daher von der Reichsregierung und vom Reichstag, daß die Subventionierung derartiger Projekte eingestellt oder aber die der Deutschen Reichsbahngesellschaft auferlegten Reparationsverpflichtungen anteilmäßig auf die übrigen deutschen Verkehrsunternehmen übertragen werden.

Eine neue Automobilfabrik in Staaken. Die Maybach-Motorenwerke und die Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. in Friedrichshafen beabsichtigen gemeinsam, in Staaken bei Spandau eine große Automobilfabrik zu errichten.

Jungmädchen-Kostüm
streng modern und hochapart!
Jacke aus prima Köper-Velvet Herren-Fasson, ganz mit Tresse eingefaßt, ganz auf reiner Seide. Rock aus reinwollenem, passend zur Jacke getöntem kariertem Stoff in den Farben russischgrün, ende, weinrot, negerbraun und steingrau . nur Mk.
29.-
Crêpe de Chine-Blusen
Voile-Blusen
reizende Neuheiten in feinen Qualitäten, weiß und farbig

Leopold Gadiel
Königstr. 22-26 1. Stock
Heute Mittwoch Kindertag!
Kinder- u. Mädchen-Kleider · Knaben u. Mädchen-Mäntel
Knaben-Anzüge
in modernen Stoffarten u. jeder gewünschten Größe in meinen seit Jahrzehnten bewährten Qualitäten
ungewöhnlich billig.

Frauen-Kostüm
bis Größe 50 aus prima reinwollenem Rips mit feinen modernen Nadelstreifen, modernen Herren-Revers, schlankmachende elegante Form, sehr gute Verarbeitung, Jacke ganz gefüttert
nur Mk. 35.-
Moderne Strickkleider 38.-
Wolle mit Seide bis Größe 54, in größter Auswahl

Kann die Reichswehr sparen?

Wehrdebatte im Reichstag. — Genosse Leber rechnet die Ueberspannung des Wehretats vor.

Der Reichstag nahm gestern zunächst den Notetat ohne Aussprache in erster und zweiter Lesung an. Darauf wird die zweite Lesung des Wehretats fortgesetzt.

Abg. **Bredt** (Wirtschf. Vgg.) meint, daß zur Verteidigung eines großen Landes nur ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht geeignet sei. Man kann keinen Vergleich der Kosten der deutschen und englischen Armee vornehmen. Deutschland habe keine Ausgaben für Tanks und anderes kostspieliges modernes Kriegsmaterial. Wenn trotzdem jeder Mann bei uns 4000 Mark, in England nur 4800 Mark koste, so sei eben die deutsche Reichswehr zu teuer. Vor allem sei die Verwaltung viel zu groß. Auf Einzelheiten könne sich der Reichstag nicht einlassen, er müsse etwa 10 Proz. am gesamten Wehretat streichen. Der Redner empfiehlt, außer den Rechtsverbänden auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum Kleinkaliberschießen einzuladen. (Heiterkeit. Minister Dr. Geßler: Die Rechtsverbände werden ja nicht eingeladen!) Dann solle man sie beide einladen, dadurch beseitige man den ganzen Streit. Wenn man die Reichswehr populär machen wollte, dann stoße man nicht die eine Hälfte des ganzen Volkes derartig vor den Kopf, wie es General Reinhardt getan habe. (Minister Geßler: Er war sehr ungeschickt!)

Abg. **Loibl** (Bayr. Vp.) will von Abstrichen im Reichswehretat nichts wissen.

Abgg. **Henning** (Völk.) und **Graf v. Reventlow** (Nat. Soz.) protestieren gegen eine Etatkürzung.

Abg. **Dittmann** (Soz.) protestiert dagegen, daß die beiden völkischen Redner, die keiner Fraktion mehr angehören, jeder etwa 15 Minuten Redezeit für sich in Anspruch genommen haben. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß Abgeordnete aus Splittergruppen hier längere Reden halten können, als die Mitglieder großer Fraktionen.

Vizepräsident **Graefe** erklärt, daß der Abg. Henning 41 Minuten, der Abg. Reventlow 44 Minuten gesprochen haben. Nach den bisherigen Beschlüssen des Aeltestenausschusses hätten alle Fraktionslosen zusammen 2½ Stunde Redezeit. Bisher hätten sie diese noch nicht ganz ausgenützt.

Abg. **Dittmann** (Soz.) weist darauf hin, daß auch noch der Abg. Scholem von den Linkskommunisten das Wort erhalten solle. Angesichts dieses Zustandes, der die fraktionslosen Mitglieder gegenüber den anderen Abgeordneten so außerordentlich bevorzuge, müsse eine andere Regelung getroffen werden.

Damit ist diese Angelegenheit vorläufig erledigt.

Abg. Leber (Soz.):

Mein Parteifreund Schöpflin hat sich mit der politischen Seite des Wehretats befaßt, ich werde mich mit seinen finanziellen Auswirkungen beschäftigen. Selbstverständliche Voraussetzung ist es dabei, daß die Reichswehr in dem ihr gesteckten Rahmen eine absolut hochwertige Waffe sein soll. Aber ebenso selbstverständlich ist es bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und bei der allgemeinen Verarmung des deutschen Volkes, daß dieses Ziel mit möglichst geringen finanziellen Opfern erstrebt werden muß. Der Reichswehrminister hat gestern ausgeführt, daß in keinem einzigen Punkte Abstriche möglich seien. Wir sind anderer Meinung als der Minister. Ein Fünkchen Wille zur Sparsamkeit würde sofort erhebliche Ausgaben einsparen. Die unverhältnismäßig hohen Summen des Wehretats sind überhaupt nur zu erklären aus ganz großzügiger Ausgabenwirtschaft. Auf unsere scharfe Fragestellung über die einzelnen Posten bekamen wir im Hauptausschuß nur allgemeine Redensarten zu hören. Wenn wir überhaupt ein sachliches Urteil gewinnen wollten, so blieb uns nur der Ausweg des Vergleichens übrig. Wir gingen dabei zunächst aus

von dem auffälligen Mißverhältnis des ehemaligen deutschen Heeres und der heutigen Reichswehr.

Natürlich kenne ich den gewaltigen Unterschied zwischen einst und jetzt, aber daraus ist das Mißverhältnis nicht ganz zu erklären. Dazu ist es zu ungeheuerlich. Die gesamtdeutsche Armee mit ihrer riesigen Artillerie, ihren Festungen, ihrem einzig dastehenden Mobilmachungsapparat, ihren Waffen und Munitionslasten kostete 1912 etwa 750 Millionen. Die kleine Reichswehr mit ihrer schlechten Bewaffnung verschlingt 480 Millionen. Selbst wenn ich einen Ueberteuerungskoeffizienten annehme von 2 : 1, dann bleibt das Verhältnis immer noch ganz unerklärlich. Schon beim Kapitel 1 fällt

die übermäßige Größe der oberen Kommandostellen

auf. Wir haben bei der Reichswehr mehr Stabsoffiziere als Leutnants (Hört, hört!) Früher machte man sich über diesen Zustand bei gewissen mittelamerikanischen Republiken lustig, heute ahmen wir deren Beispiel nach. Im Ministerium sitzen 216 Offiziere, also ungefähr ebenso viel wie im ehemaligen preußischen Kriegsministerium und dem Großen Generalstab zusammen. (Hört, hört!) Von höheren Beamten, sogenannten Zivilbeamten, brauchte das preußische Kriegsministerium einst 32, das Reichswehrministerium aber nicht weniger als 105! (Hört, hört!) Unsere Kritik an diesem Riesenkopf einer Verwaltung beantwortete man mit der Behauptung, daß auch diese Zahl noch zu gering sei. Ein anderer Vergleich: Eine Division der Vorkriegszeit kam aus mit einem Stab von insgesamt 3 bis 4 Offizieren. Heute aber braucht eine Division rund 20 Offiziere, also das Sechsfache. (Hört, hört!)

Die gesamte deutsche Heeresmacht gab 1912 für Waffen, Munition und Schießübungen 62 Millionen aus. Die Reichswehr mit ihrer schwachen Feldartillerie, ihrem völligen Mangel an schweren Geschützen gibt nicht etwa weniger aus, sondern mehr, sie fordert im diesjährigen Etat für diesen Zweck nicht weniger an als 75 Millionen. (Hört, hört!)

Ist das alles irgendwie in Einklang zu bringen mit dem Begriff Sparsamkeit? Nun hat der Wehrminister betont, daß man ein Heer aus allgemeiner Wehrpflicht nicht vergleichen könne mit einem Söldnerheer. Er selbst hat eine gewisse Parallele gezogen mit der englischen Armee und aus dem englischen Etat einige Zahlen genannt. Leider ist er bei dem Vergleich sehr an der Oberfläche geblieben. Er hat nur die Gesamtausgabe von etwa 800 Millionen angegeben und daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß prozentual England für seine Wehrmacht die gleiche Summe opfere wie Deutschland. Zunächst muß ich eines klar stellen. Die englische Armee ist zum großen Teil ein Rahmenheer, das zwar nur etwa 160 000 Mann unter Waffen hat, mit den Beurlaubten und mit der Territorialarmee wird es die dreifache Stärke erreichen. Demgemäß hat es auch seine Bestände an schwerer Artillerie, Tanks, Handwaffen, Munition, Ausrüstung usw. Trotzdem will ich, um dem schiefen Vergleich des Ministers zu folgen, eine Relation der Heeresstärke zwischen Deutschland und England annehmen von 1 : 1,6. Wie setzen sich nun die 800 Millionen zusammen, die England für ein solches Heer ausgibt? Der englische Soldat wird besser bezahlt und verpflegt als der deutsche. Das hängt mit der Tradition, mit der Höhe der englischen Löhne und besonderen Umständen zusammen. Das wirkt sich natürlich im Etat aus. Dort sind für Besoldungen 342 Millionen ausgewiesen. Deutschland dagegen gibt für Besoldungen nur etwa 130 Millionen aus. Für Bildungszwecke geben wir die Hälfte dessen aus, was die englische Armee erhält. Auch in Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft gibt England doppelt soviel aus wie Deutschland.

Das bedeutet also, daß in allen Positionen, die irgendwie mit der Truppenfürsorge zusammenhängen, England auch prozentual mehr ausgibt als Deutschland, daß es für Besoldungen beinahe den dreifachen Betrag der Reichswehrbesoldung auswirft.

Wie ist es nun zu erklären, daß trotzdem der englische Etat prozentual nicht auf einen größeren Gesamtbetrag kommt als der deutsche? Da ist es zuerst das Kapitel Waffen und Munition, das geradezu zur Kritik herausfordert. Die englische Armee braucht für Bewaffnung und Ausrüstung insgesamt 104 Millionen, die deutsche Reichswehr dagegen fordert über 130 Millionen. (Hört, hört!) Nun hat England eine stehende Armee von 160 000 Mann, dazu einen Mobilmachungsrahmen für etwa eine halbe Million. Diese Armee verfügt über eine Artillerie aller Kaliber, die mindestens sechsmal so groß ist als die deutsche. Diese Armee hat schwerste Artillerie, Tanks, Gaswaffen aller Art. Und trotzdem braucht sie für deren Instandhaltung 30 Millionen weniger als die kleine deutsche Reichswehr. (Hört, hört!)

Selbst wenn man die schwere Bewaffnung gänzlich außer acht läßt und nur die Kopfstärke der beiden Armeen prozentual zugrunde legt, so ergibt sich die für unsere Reichswehr geradezu vernichtende und katastrophale Tatsache, daß die deutsche Reichswehr für Waffen, Munition usw. gerade doppelt soviel ausgibt als die englische Armee. (Hört, hört!)

Wir sind davon überzeugt, daß an diesem Kapitel Waffen und Munition erhebliche Abstriche gemacht werden können, ohne daß der Kampfwert oder die Schlagfertigkeit der Reichswehr im geringsten leiden würde. Und wenn man uns erzählt, daß die Bestände an Munition auch heute noch nicht das erlaubte Maß erreichen, so kann ich demgegenüber nur fragen: Was hat denn die Reichswehr bisher mit den ihr bewilligten Mitteln angefangen? Für diese unverständliche Wirtschaft habe ich nur eine Erklärung. Die Herren Offiziere glauben noch ebenso aus dem Vollen schöpfen zu können, wie sie es sich im Kriege angewöhnt hatten. Zur Illustration möge ein kurzes Erlebnis dienen: Ein deutschnationales Mitglied dieses Hauses klagte darüber, daß die Pferdezüchter ihre Fohlen nur sehr schlecht absetzen könnten. Auf meine Frage, was man für ein dreijähriges Fohlen im allgemeinen bekomme, nannte er den Preis von 500 bis 600 Mark. Auf meine weitere Frage, **weshalb man dann der Reichswehr 1400 M. abverlange, bekam ich die Antwort: Das hat kein Mensch verlangt, aber wenn es die Reichswehr bezahlen will . . .** (Hört, hört!)

Das sind ganz unverkennbare Gepflogenheiten aus der Kriegszeit. Wahrscheinlich herrschen ähnliche Zustände auf dem Gebiet der Beschaffung von Munition.

Es wäre Pflicht des Reichswehrministers gewesen, hier Wandel zu schaffen. Da das bisher nicht geschehen ist, so muß der Reichstag eingreifen.

Wir alle haben gegenüber dem deutschen Volke die Pflicht, über die sparsamste Verwaltung der Steuergroschen zu wachen. Nicht zuletzt wird die Kluft zwischen Volk und Reichswehr dann überbrückbar sein, wenn die Ausgaben für die Reichswehr auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind. Soll etwa im nächsten Jahre für unsere kleine Wehrmacht 750 Millionen ausgegeben werden und übernächstes Jahr dann 800 Millionen? Das ist in keinem Falle tragbar! Jetzt schon muß energisch abgebremst, jetzt schon muß die stärkste Sparsamkeit erzwungen werden. Das sind wir unserem schwerringenden Volke schuldig. Das liegt aber auch im eigensten Interesse der Reichswehr selbst! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichswehrminister Dr. Geßler

erklärt den Unterschied in den Ausgaben für Waffen und Geräte zwischen England und Deutschland damit, daß England und auch die anderen Staaten noch über große Vorräte verfügen, die von Zeit zu Zeit durch besondere Kredite wieder aufgefüllt werden. Frankreich habe nach dem Kriege große Teile der amerikanischen Bestände übernommen, daraus erklären sich zum Teil die Verpflichtungen, die Frankreich gegenüber Amerika noch habe. Deutschland dagegen habe nach dem Kriege ungeheure Mengen von Munition zerstören müssen. Wir hatten keinerlei Reserven irgendwelcher Art. Im Jahre 1922 hätten wir sogar Bestände von Halbfabrikaten im Werte von ½ Milliarde zerstören müssen. Zum Beginn des Jahres 1926 hätten wir erst mit der Herstellung von Munition beginnen müssen. Vielfach hätten die Fabriken, die uns zugewiesen wurden, neu aufgebaut oder fertiggestellt werden müssen. Daraus sei der Schluß zu ziehen, daß zwischen den Zahlen von England und Deutschland keinerlei Vergleichsmöglichkeiten seien. Wir wüßten ja auch gar nicht, was England aus den Sonderkrediten, die es für die Kriegführung erhalte, in die Ausgaben für Waffen, Munition und Geräte hineinarbeite. So seien für die chinesische Expedition besondere Kredite bewilligt worden, die nicht im Budget erschienen. Der Minister bestreitet es auch, daß das Reich von den Monopolfabriken übervorteilt werde. Wir hätten keine Möglichkeit, die Fabriken zu zwingen, für uns Munition herzustellen. Für die deutschen Fabriken läge die Sache sehr ungünstig. Während die ausländischen Fabriken für Kriegsrüstung die Möglichkeit hätten, für den Export zu arbeiten, bestehe diese Möglichkeit für die deutschen Fabriken nicht. Es seien mit den in Betracht kommenden Fabriken Verträge abgeschlossen worden, die dem Reiche Kontrolle über die Kalkulation sichere. Das Reichswehrministerium gebe keinen Pfennig mehr aus als notwendig sei.

Bei den Gewehren habe man auch den Preis bereits gedrückt. Bei der Abrechnung über die Lieferungen handle es sich um ein ganz kompliziertes System, das Reichswehrministerium sei aber bereit, den Berichterstatter des Haushaltsausschusses Einblick in alle Rechnungen zu geben.

Gestern sei der Minister auf die einzelnen Dinge nicht eingegangen, er habe beim Vergleich mit dem englischen Etat nur einen Gesamtüberblick geben wollen. Bei den Pferdepreisen ist im Etat ein Durchschnitt angesetzt worden, das bedeute nicht, daß wir für alle Pferde den gleichen Preis bezahlen. Für Zugpferde müsse ein höherer Preis gezahlt werden, ebenso für volljährige Pferde. (Zuruf links: Das sind wohl deutschnationale Pferde? Heiterkeit.) Wir müßten der Landwirtschaft anständige Preise zahlen, um die sehr herabgekommene Zucht für Pferde wieder in die Höhe zu bringen. In bezug auf die vom Abg. Leber bemängelte Zahl von hohen Offizieren und Beamten erklärte der Minister, das hänge damit zusammen, daß wir früher ein Rahmenheer hatten, heute aber ein Heer ohne Reserven.

Im Ernstfalle könnten wir für das Offizierkorps keinen Ersatz stellen, deshalb müßten heute schon viele Offiziere für höhere Stellen ausgebildet werden.

Auch in dieser Beziehung ständen wir heute schlechter als die anderen Staaten und auch schlechter als vor dem Kriege, wo wir zahllose Reserveoffiziere hatten, mit denen die Verluste gedeckt werden konnten. Für das heutige kleine Heer sei nicht viel weniger Arbeit zu leisten als für das frühere große, daraus erkläre sich auch die hohe Zahl der Beamten. Heute seien auch alle Verwaltungen zentralisiert, so daß im Reichswehrministerium mehr Offiziere und Beamte beschäftigt werden müßten als im früheren Kriegsministerium. Es seien bereits Maßnahmen im Gange, um die auch vom Reichswehrminister anerkannte Notwendigkeit der Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen. Man könne nicht, wie es verlangt werde, vom Etat 10 Proz. streichen, sondern man müsse jede einzelne Position ansehen, was zu streichen möglich wäre. **Wenn unsere finanzielle Lage es nicht mehr gestatte, die Mittel für die Reichswehr in ihrem heutigen Umfange aufzubringen, so müßte sie eben auf 90 000 oder 80 000 Mann herabgesetzt werden.** Eine prozentuale Streichung sei aber nicht möglich. Das Ministerium, so versicherte der Minister zum Schluß, habe nicht die Absicht dem Reichstag irgend etwas vorzumachen. Jede Ziffer im Etat könne nachgeprüft werden. Wenn das geschehe, dann werde man zu dem Ergebnis kommen, daß an dem Etat für die Reichswehr nichts Wesentliches zu streichen sei.

Abg. **Schreiber** (Z.) begrüßt die Einrichtung von Fachschulen bei der Reichswehr zur Ausbildung von Beamten, Kaufleuten und Handwerkern.

Abg. Rönneberg (Dem.) fordert Kürzung des Wehretats.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Schmidt-Hannover (Dnatl.) und Rebbermeyer (Komm.) führt

Abg. Künstler (Soz.):

aus: Die Zustände in den Zeugämtern sind skandalös und für die Arbeiterschaft untragbar. Die selbstverständlichen Rechte, die den Arbeitern durch Gesetz gegeben sind, werden der Belegschaft von den Offizieren streitig gemacht. Im vorigen Jahre hat die Kommandantur in Döberitz erklärt: **„Nur die ältesten Arbeiter werden Betriebsrat!"** und somit den Beamten verboten, ihre im Betriebsrätegesetz verbrieften Rechte wahrzunehmen. Kandidaten, die von den Arbeitern vorgeschlagen wurden, sind entlassen worden. In diesem Jahre hat der Oberleutnant Zieh Arbeitern, die als Wahlvorstand die Vorarbeiten für eine nach dem Gesetz zu vollziehende Betriebsrätewahl einleiten sollten, **zum 31. März gekündigt.** Auf die ungesetzliche Handlungsweise aufmerksam gemacht, erklärte der Oberleutnant Zieh:

„Wir fürchten uns nicht vor dem Reichstag, gehen Sie nur hin und beschweren Sie sich."

Dieser Döberitzer Fall steht nicht vereinzelt da. Der Arbeiterrat des Spandauer Zeugamts mußte sogar das Gewerbegericht anrufen und seine Anerkennung erzwingen. Im Reichswehrministerium besteht trotz wiederholt gestellten Anträgen der gewerkschaftlichen Organisationen noch immer kein Hauptbetriebsrat. Arbeiterangelegenheiten werden nicht mit den zuständigen Arbeiterräten besprochen, sondern sogenannte nationale Arbeitervertreter, also Gelbe, sind die Vertrauensmänner jener Offiziere, die in den Zeugämtern ein brutales Regiment führen. Ganz besonders verdient das Verhalten des Majors Lindau im Spandauer Zeugamt unsere schärfste Kritik. Dieser Mann hat es darauf abgesehen, aufrechte, freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu schikanieren. Bei Neueinstellungen von Arbeitern werden die städtischen und paritätischen Arbeitsnachweise übergangen, und zwar ganz bewußt. **In Spandau bedient man sich eines schwarzweißroten vaterländischen Arbeitsnachweises, und deutschnationale Bezirksverordnete leisten den maßgebenden Zeugamtsoffizieren Zutreiberdienste.** Wir können feststellen: bei der Reichswehr wurde der Ersatz genommen aus den rechtsradikalen Verbänden. Wer von den Arbeitern auch nur in dem Verdacht steht, Kommunist zu sein, wird entlassen, während Anhänger rechtsradikaler Organisationen unbehelligt bleiben und von der Verwaltung jede nur denkbare Vergünstigung bekommen.

Im Laufe der letzten Jahre haben die Gewerbegerichte wiederholt die Entlassungen von Arbeitern für ungültig erklärt und den Zeugamtsverwaltungen aufgegeben, die Arbeiter wieder einzustellen oder eine vom Gericht festgesetzte Entschädigung zu zahlen.

In vielen Fällen zahlte man dann lieber die Entschädigungssumme und verzichtete darauf, die Arbeiter wieder einzustellen.

Der Erlaß des Reichswehrministers vom 12. Januar ist die Handhabe für die Leiter der Zeugämter, gegen alle die Arbeiter vorzugehen, die nicht auf schwarzweißrot schwören. Da kann man doch die Frage aufwerfen: Welche Organisationen sieht denn das Reichswehrministerium als politische und auf den Umsturz hinarbeitende Organisationen an?

Im Munitionsdepot Dietrichdorf bei Kiel ist eine Verfügung angeschlagen, wonach alle Gewerkschaften einschließlich der christlichen und des Bundes der Kinderreichen als verboten bezeichnet werden.

Gewerkschaftszeitungen dürfen nicht ausgelegt werden. **Das Kassieren von Gewerkschaftsbeiträgen ist verboten.** Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte darum gebeten, daß wenigstens in der Freizeit, also in der Frühstücks- oder Mittagspause, vor Beginn und nach Ende der Arbeitszeit dem Auslegen von Gewerkschaftszeitungen und dem Einkassieren von Gewerkschaftsbeiträgen keine Schwierigkeiten bereitet werden sollten. Aber vergebens. Herr Geßler hat lediglich den Organisationsvertretern versprochen, nach Prüfung der örtlichen Verhältnisse von Fall zu Fall die Genehmigung zur Verbreitung der Gewerkschaftszeitungen zu erteilen. Die Offiziere und Geheimräte wollen selbst bestimmen. So erklärte im Herbst v. J. der Geheimrat Braun den Vertretern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes: **„Der Reichstag könne beschließen was er wolle, das Reichswehrministerium werde tun, was es für richtig halte."** Die Arbeiter im Nebenzeugamt Königsberg machten das Verbot des Verteilens von Gewerkschaftszeitungen zum Gegenstand einer Klage beim tariflichen Schlichtungsausschuß. Dieser hat gemäß § 75 des Betriebsrätegesetzes die Entscheidung gefällt, die meine politischen Freunde in einer Entschließung dem Reichstag zur Annahme empfehlen. Persönlich habe ich noch eine Anfrage an den Reichswehrminister zu stellen. Im vorigen Jahre habe ich auf das Verhalten der schwarzen Reichswehr hingewiesen und damals eine Reihe von Fällen angeführt, die nicht bestritten werden konnten. Herr Geßler rief mir während der Rede zu, er werde die Betreffenden zur Verantwortung ziehen. **Bis heute haben wir nicht gehört, was geschehen ist, ob Bestrafungen erfolgt oder die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen worden sind.** Zum Schluß erklärte der Redner, die Arbeiter können verlangen, daß sie auch in den Betrieben der Reichswehr die Rechte erhalten, die sie sich bei den Privatunternehmern in langen Kämpfen erobert haben. Wir erwarten daher, daß der Reichstag unsere Entschließung annimmt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem 3. Lesung des Notetats und Finanzhaushalt.

Schluß gegen 8 Uhr.

Preußen und die Mieterhöhungen

Erhöhung der Hauszinssteuer. — 5/6 für Neubau, 1/6 für soziale Zwecke.

Der Landtag debattierte gestern über den gemeinsamen Antrag der Regierungsparteien auf Erhöhung der Hauszinssteuer.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff:

Der vorliegende Antrag ist von den Parteien der Weimarer Koalition in Uebereinstimmung mit der Regierung eingebracht worden. Er geht von der Tatsache aus, daß durch Verordnung der Regierung die Miete am 1. April um 10 Proz. und am 1. Oktober um weitere 10 Proz. erhöht wird. **Ich kann Ihnen nicht verschweigen, daß gegen diese rasche Mietsteigerung die preußische Regierung erhebliche Bedenken hat.** Wir haben aber geglaubt, der Reichsregierung nicht in den Arm fallen zu sollen und ihr die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen der Mietsteigerung überlassen zu müssen. (Sehr gut! links.) Nicht bestimmt ist in der Verordnung der Reichsregierung, wofür die erhöhte Miete verwandt werden soll; wenn aber die Reichsregierung darauf hinweist, daß die Mieterhöhung dazu dienen soll, den Abbau der Zwangswirtschaft zu fördern, so muß die Reichsregierung die Absicht gehabt haben,

mindestens einen Teil der erhöhten Miete der Vermehrung des Wohnungsneubaues zukommen zu lassen.

Deshalb haben sich Regierung und Regierungsparteien in Preußen entschlossen, bei den im Frieden mit Hypotheken am höchsten belasteten Häusern, die also den stärksten Inflationsgewinn gehabt haben, die Hauszinssteuer so zu erhöhen, daß sie 120 bis 130 Millionen mehr trägt als bisher. Von diesem erhöhten Aufkommen sollen **fünf Sechstel der Neubautätigkeit, ein Sechstel den Gemeinden und für soziale Zwecke zugewiesen werden, während die Finanzverwaltung trotz erheblicher Steuersorgen auf vermehrte Einkünfte aus der Hauszinssteuer verzichtet.** Von der Steuererhöhung sind die Einfamilienhäuser und die Eigenräume der Hausbesitzer völlig freigelassen. Wird der Antrag der Regierungsparteien angenommen, so können wir mit einer stark vermehrten Bautätigkeit rechnen. Wir haben in Preußen gebaut im Jahre 1923 77 000 Wohnungen, im Jahre 1924 55 000, im Jahre 1925 93 000, im Jahre 1926 126 000 Wohnungen. Soll der Fehlbetrag von 600 000 Wohnungen in Preußen in den nächsten sechs Jahren gedeckt werden, so müssen wir jährlich 150 000 Wohnungen bauen. Die Wohnungstätigkeit des Jahres 1926 hat nicht nur den Mehrbedarf gedeckt, sondern bereits den Fehlbedarf vermindert. Wir dürfen hoffen, vom Jahre 1927 an die volle Zahl von jährlich 150 000 Wohnungen neu zu erstellen. (Beifall links.) Es sprechen weiter Abg. **Hecken** (Dnatl.), Dr. **Neumann** (D. Vp.), **Stoll** (Komm.) und **Ladendorff** (Wirtsch.-P.).

Der Antrag geht an den Hauptausschuß.

Hierauf wird die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern bei den

Polizeifragen

fortgesetzt.

Abg. **Borck** (Dnatl.) äußert wie stets, wenn Polizeifragen zur Diskussion stehen, seine Unzufriedenheit mit dem neuen Regime.

Abg. **Stieler** (Z.): Am vergangenen Sonntag hat die „Kreuzzeitung" den Wunsch ausgesprochen, daß „der Deutschnationalen Volkspartei bei der Besetzung wichtiger Posten im Reiche eine Chance gegeben" werden möge. (Hört, hört! links.) Es scheint also nicht eine besondere Eigenart der preußischen Regierungsparteien zu sein, daß sie ihren Einfluß in der Verwaltung zu verstärken suchen. Die Agitation des Schrader-Verbandes gegen das neue Polizeibeamtengesetz geht in vieler Beziehung zu weit. Wir bedauern insbesondere, daß der Schrader-Verband die Abgeordneten der Parteien, die die Republik mit Gewalt beseitigen wollen, also Kommunisten und Nationalsozialisten, zum Reden in seinen Versammlungen ausdrücklich einlädt. Die Regierungsparteien werden alles daran setzen, das Gesetz für die Polizeibeamten so befriedigend wie möglich zu gestalten. Aber auf der anderen Seite muß die Republik hingebende Freudigkeit für den Staat besonders vom Polizeioffizier und vom Polizeibeamten fordern.

Wer sich als Feind dieser Republik fühlt, für den ist in der Polizei kein Raum. Die Republik darf jedenfalls nicht an ihrer eigenen Schlappheit zugrunde gehen. (Bravo! im Zentrum und links.)

Ausführungen des Abg. **Eberlein** (Komm.) schließen die Debatte ab.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt. Außerdem Abstimmungen zum Kultusetat.

Sie brauchen im Frühling blütenreine Kleidung. Darum schicken Sie bitte die zum Färben, chemisch Reinigen oder Waschen gewählten Stücke unverzüglich in die nächste Filiale oder Annahmestelle von

Spindler
SPINDLERSFELD BEI CÖPENICK / BERLIN

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 U.: Palestrina
Schauspielhaus 8 U.: Ein besserer Herr
Schiller-Theater 8 Uhr: Razzia

Städtische Oper
Charlottenburg 7½ Uhr: Das Glöckchen des Eremiten
Abonn.-Turnus III.

Deutsches Theater
Norden 10334—37 8 U. Ende 11 U.
Der Arzt am Scheideweg

Kammerspiele
Norden 10334—37 8 Uhr: Ende 10 Uhr
Toni

Die Komödie
Bismarck 2414, 7814 8 Uhr, Ende 10½ U.
Mannequins

SCALA
Nollendorf 7360 8 Uhr:
Rastelli
und die übrigen Sensationen!
Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstellungen 3½ und 8 Uhr. 3½ zu ermäßigt. Preisen d. ganze Programm

Theat. a. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091 8 Uhr:
Max Adalbert
in „Müllers"

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Thalia-Theater
8 Uhr:
Der mutige Seefahrer

Trianon-Theat.
8¼ Uhr:
Absteigequartier
Vorzeiger zahlen halbe Preise!

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner

Th. Königgrätz. St.
Hasenheide 2110 8 Uhr:
Letzte Aufführungen!
Die treue Nymphe
Elisabeth Bergner

Komödienhaus
Norden 6304 8 Uhr:
Das zweite Leben

Rose-Theater
8¼ Uhr:
Das Mädchen von der Landstrasse

Walhalla-Theat.
8¼.
Die von der Liebe leben!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr Traumspiel Morgen 8 Uhr Volpone
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr Tragödie der Liebe.

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Nur noch bis 14. April!
Familie Habenichts!
Ab 16. April: Eine neue lustige Posse.
Gutschein: Fauf. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Komische Oper
Allabendlich 8¼ Uhr:
Sünden der Welt
Die weltstädtische James-Klein-Revue
250 Mitwirkende / Theaterk. ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

ERIK CHARELL BRINGT
Wie einst im Mai
mit
Alfred Braun, Camilla Spira u. a.
Tägl. 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr ungekürzt zu halben Preisen
Grosses Schauspielhaus

Wallner-Theater
8¼ Uhr Der Operettenerfolg 8¼ Uhr
Küsse in der Nacht

Arbeiter, Angestellte, Beamte
besucht die Veranstaltungen der
„No-Va-Co"
Karlshorst, Deutsches Haus
Treskowallee (am Bahnh.) Jed. Dienstag
Pankow, Konzerthaus
Breitestraße 34 Jeden Mittwoch
Cöpenick, Stadttheater
Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag
Tegel, Vereinshaus (Hamuseck)
Hauptstraße 6 Jeden Sonntag
Notstands-Varieté-Kommission der Intern. Artisten-Loge E. V.

8 Uhr
Winter-Garten
Variete
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das wundervolle Programm!
Nachmittags: halbe Preise, volles Programm!
Dönhoff-Brett'l
Varieté, Konzert.

Des Künstler-Th.
Der Zarewitsch

Lessing-Theater
8 U.: Der Patriot

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
Hurra — ein Junge

Philharmonie
8 Uhr
Beethoven-Zyklus
des Philharm. Orch.
Dirig. Prof. J. Prüwer
II. Abend.
Prof. L. Kreutzer
Eroica-Sinfonie, Klav. Konz. G-Moll

Spritzpumpen

zum Reklamepreis v. 7 M. an
verkauft
Krüger & Lathan
Alexanderstr. 14

Alexanderplatz

Metallbetten 10.50
Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

□ m 40 Pfg. an
ca. 250 Landparzellen, prima Gartenboden, 20 Min. v. Bahn. Verkäufer Sonntags im Restaurant „Zu den drei Linden", direkt am Bahnhof Fredersdorf.
Jul. Rieger, Berlin C, Gontardstr. 5.

Der Gang nach Narmeln.

Novelle von Alfred Hein.

(Schluß.)

Die letzten Stunden des dritten Tages. Sturm. Dicke Flocken. Kein Haus. Nur der hohe Wald. Und man wußte nicht, ob mit ihm schon das Meer rauschte, das große Bett des Todes. Keinen Pfennig in der Tasche, kein Brot, keine Bleibe. Die Nacht kam. Martha stöhnte: „Ein Ende, nur ein Ende, irgendein Ende!"

Leonhard zog seine Jacke aus, breitete sie auf schnell hochgeschichteten Schnee: „Setz' dich ein Weilchen!"

So rasteten sie wie Maria und Josef vor Bethlehem. Und siehe, es ward stille um sie. Die Wolken wichen, statt silberne Flocken erschienen goldene Sterne am Himmel und der große Mond. Die Tannen richteten sich auf und trugen auf ihren silberweißen Zweigen den blauen Lichthauch des Mondscheins.

Jetzt hörte man das Meer.

Groß und ebenmäßig warf es die Wogen ans Land. Hinter dem Walde. Wenige Schritte.

In diesem Glanze machten sie sich auf den letzten Weg. Sie konnten nicht mehr umkehren. Wenn ihnen jetzt nicht Gott selbst begegnete und ihnen gab, was zum Leben nötig war, wollte es jenes große, ferne, allmächtige Wesen, daß sie diese Welt verließen. So dachten sie.

„Das Kind will auch fort!" deutete Martha sein ungebärdiges Sichregen im Mutterleibe.

„Was sollen wir auch noch auf unsere alten Jahre warten, jung gelebt, jung gestorben, sagten wir, als Hannes Düsing beim Boxeraufstand fiel. Ich hätte ja damals auch bleiben können, sieht du, so haben wir noch Liebes und Schönes erlebt. Wer weiß, ob die reichen Leute so glücklich waren!"

„Ja eben," meinte Martha.

Sie schritten tapfer zu. Es ward ihnen leicht. Weil es kein Zurück gab. Dieser dreitägige Weg durch den Schnee und die harten, nur auf ihr liebes Ich bedachten Herzen der wenigen Menschen, die sie noch um Hilfe bitten mußten, war furchtbar. Bei einem Bauern mußte Martha zehn Kühe melken, um sich das Nachtquartier zu verdienen. Als sie einen Schluck Milch nach getaner Arbeit tranken, sah er mißgünstig zu ihnen hinüber. Und Leonhard mußte den Schnee von seinem Gehöft schaufeln, fünf Stunden lang, Schippe für Schippe, er, der freie Obermaat, der einst lustig und ein forscher Kerl durch die Meere fuhr! Aber das war alles überstanden.

Der Wald öffnete sich — die Dünen glänzten silberweiß und mondblau — mächtig wogte das Meer bis an die Sterne hinan.

Da — das war kein Stern! Das war ein Leuchtsignal! Dort, dort, Martha! Und nicht der Wind heulte — — eine Sirene!

Leonhard sah scharf aus. Ja — Schiff in Not!

Bleib' hier, Martha! Ich will sehen, ob ich nicht noch was machen kann! „Hoho! Hohoo!!" schrie er in die einsame Nacht hinein. Er rannte an den Strand hinunter. Strandauf, strandab. Da lag ein Fischerboot. Nun hinaus! Noch einmal Seemann sein, heiho!

„Martha — ein Boot — komm — komm von der Düne herunter — wir rudern zum Schiff! Gehen wir vorher unter, was tut's! Wir haben nichts zu verlieren." Er lief ihr entgegen, nahm sie in die Arme, das Seemannsabenteuer erweckte in ihm alte Bärenkräfte, und schon ruderte er in die wilden Wellen hinein. Gott, ich danke dir für dieses ehrliche Ende, betete er bei jedem Ruderschlag.

Aber leicht gedacht — — die Wellenberge hielten das kleine Boot fast immer auf der einen Stelle. Und das Leuchtsignal blieb gleich fern.

Einen Augenblick ruhte Leonhard aus. Dann nahm er alle Kraft zusammen — — und in hohem Bogen flog das Boot über die strudelnden Wellen, weiter, weiter — schon hob sich das sinkende Schiff schwarz vom Horizont.

Ich werde meine Pfeife anzünden, beschloß Leonhard, damit sie sehen, sie sind nicht verlassen. Er kroch unter den Sitz, damit nicht der Sturm das Zündholz verlöschte und ließ seine Pfeife erglimmen. Nun saß er wieder am Ruder. Vorwärts!

„Du hilfst den anderen, Leonhard?"

„Ach, was! Ich habe Lust es zu tun! Ist dir kalt? Nimm meinen Rock!" Er zog ihn aus. „Mir ist bannig heiß!"

„Du lachst über's ganze Gesicht!"

„Hui — Martha — siehst du, nun wirst du eine wirkliche Seemannsbraut!"

Huuu! heulte die Sirene.

„Huhu," lachte Leonhard, „habt mal keine Angst."

Und mit dreißig Ruderschlägen war er in Hörweite.

„Ein Boot, ein Boot!" schrie es durcheinander auf dem Schiff. „Rettung! Los! Hier 'ran!"

„Na, Jungens, ihr wollt doch noch nicht absacken, was? Wieviel seid ihr?"

„Vier Mann, der Kapitän."

„Wo sind die anderen?"

„Mit dem Rettungsboot abgehauen!"

„Na — ich komme schon. So, näher geht's nicht. Springt mal rein, ich fisch euch raus."

Leonhard rieb sich die Hände. Da zischte das Wasser kalt auf: der erste. „Immerlangsam, Jungens! So, Nummer eins — — — zwei — — drei — — und der Dicke? Ah! Herr Käppten!"

„Brr!" Der Kapitän schüttelte sich wie ein gebadeter Pinscher. Das Wasser troff ihm vom zottigen Seemannsbart. Fluchend goß er seine Mütze aus.

Da saßen sie alle im Boot, ergriffen die Ruder und man schaukelte zurück.

„Wie kommst du mit dem Weib in diese finstere Gegend?" fragte der Kapitän.

„Wir wollten — hier bleiben!"

„Wie? Was?"

„Wir haben nichts zu beißen."

„So ein tapferer Jung'?" lachte der Kapitän.

„Na, ihr könnt doch auch keinen Obermaat brauchen. Ist ja überall dasselbe. Zuviel Menschen."

„Junge Frau, Sie wollten auch — hier runter? Oh, oh! Brr!" lachte der Kapitän.

„Helfen Sie uns!" flehte Martha.

„Er ist mein Steuermann. Wie heißt du?"

„Leonhard Schmitz, Käppten."

„Er ist mein Steuermann," wiederholte der Kapitän.

„Bravo! Hurra!" brüllten die drei Matrosen, die mit dem Kapitän auf dem sinkenden Schiff bleiben wollten und sterben.

„Es stirbt sich nicht so leicht," sagte Leonhard und sprang ans Land.

„Gerettet!" lachte der Kapitän und strich Martha über das nasse Haar. „Los, Jungens, die kriegt ja was Kleines, tragt die Frau!"

Und sechs Menschen verließen das einsame Meer des Todes, das ihnen aber schon wieder abenteuerlich frohes Leben winkte, und stapften mutig durch Schnee und Nacht ins Leben, das mit allen Sternen ihnen plötzlich nichts als Glück und Seligkeit zu verheißen schien.

„Wo gibt's den nächsten Grog, Steuermann?" fragte der Kapitän.

„In Narmeln."

„Da hast du doch nicht geschwindelt vor drei Tagen, Leonhard. Wir gingen bloß nach Narmeln," lachte Martha, die sich auf den Armen der Matrosen sehr wohl fühlte.

„Käppten, so ein Seemann erlebt schon was. Da wollt ich für immer abhauen."

„Kinnings, ich sag es ja, man stirbt nicht eher, als es sein muß. Ich hab' bei meiner Mutter eine Stube, da ziehst du rin, junge Frau."

„Käppten, heut' besaufen wir uns."

„Leonhard!"

„Ach was! Das Leben ist mal dreckig, mal schön!"

In Narmeln kam in derselben Nacht, in der man anstatt im Meer im Grog ertrank, das Kleine zur Welt.

„Den Jung' wolltet ihr mit ersäufen?" lachte ans Bett der glückseligen Mutter droben in der Dorfgaststube schwankend der Kapitän. Wir wollen ihn mit Grog taufen, daß er wetterfest bleibt."

Aber Martha verbarg ihn an ihrer Brust. Und Leonhard schob den Kapitän die Treppe hinunter. Der fiel polternd und gutmütig fluchend in die Gaststube zurück, wo ihn die Matrosen ebenfalls überselig trunken, singend empfingen.

Leonhard nahm den Kleinen in die Arme.

„Bubi," sagte er zärtlich.

„Es gibt doch Wunder," lachte Martha, und Tränen kamen ihr in die Stimme.

Der Schnee wehte die Scheiben zu. Der Wind sang ein Schlaflied. Die Petroleumlampe summte. Leonhard legte den Knaben an die Mutterbrust zurück. Alle waren geborgen.

Sie hatten den Tod gesucht und das Leben gefunden.

Bürgerblock-Frühling.

„Der Frühling ist da . . . die Tage werden länger . . ." — „Richtig, da fällt mir ein, das ist ein Grund, auch den Arbeitstag nochmals zu verlängern!"

Vorkämpferinnen für Frauenrechte.

Zum Internationalen Frauentag.

Die Meinung, daß den Frauen das Wahlrecht so ganz kampflos zugefallen sei, ist heute weit verbreitet. Blickt man in die Geschichte zurück, so sieht man Frauengestalten, die Freiheit, Leben und Gesundheit für die Rechte ihres Geschlechts eingesetzt haben. Wir wollen heute einige dieser der Geschichte angehörenden Frauennamen erwähnen, ohne damit ein Unrecht an den Nichtgenannten zu beabsichtigen, denn ihre Zahl ist viel größer, ihr Wirken viel umfangreicher als unser Platz erlauben würde es umfassend zu würdigen.

Luise Michel, „Die rote Jungfrau", 1839 geboren, war Lehrerin, glühende Republikanerin. An Stelle frommer Kirchenlieder ließ sie die Kinder die (um 1860 verpönte) Marseillaise singen. Im deutsch-französischen Krieg erblickte sie ein brudermörderisches Würgen. Sie war unter denen, die am Vorabend des Kriegs um eine weiße Fahne geschart mit dem Ruf Frieden! Frieden! über die Pariser Boulevards zogen. Als am 18. März 1871 die Pariser Kommune proklamiert wurde, widmete sie ihre ganze Kraft der Sache des Volkes. Als die Kommune unterlag, wurde sie gefangengesetzt und später aus Frankreich ausgewiesen. Die Frauen Frankreichs sind heute noch nicht gleichberechtigte Staatsbürger.

In der „Gleichheit" vom Oktober 1898 lesen wir über eine italienische Genossin: „Unsere tapfere Genossin Kulischoff konnte ihres Gesundheitszustandes wegen nicht ins Zuchthaus übergeführt werden." Sie schreibt an einen Freund: „Sollte mein Zustand schlimmer werden, so beauftrage ich Sie, meine Würde zu wahren. Ich flehe Sie an, sich jedem Schritte zu widersetzen, der von irgendeiner Seite unternommen werden könnte, um einen Gnadenakt für mich herbeizuführen. Verbieten Sie jedem, auch meiner Tochter, mir solch eine moralische Beleidigung zuzufügen." — Heute kämpfen die italienischen Genossinnen gemeinsam mit den Männern gegen den Faschismus eines Mussolini. — Oda Olberg muß die ganze Wucht faschistischer Brutalität erdulden. Angelika Balabanof und andere leben im Exil.

Lucy Stone wurde 1818 auf einer Farm im Staate Massachussets (Amerika) als achtes von neun Kindern geboren, kämpfte leidenschaftlich für die Abschaffung der Sklaverei und die Gleichberechtigung der Geschlechter. Sie wurde verlacht, beschimpft und gesellschaftlich geächtet, in Versammlungen angegriffen, von der Bevölkerung verfolgt. Trotz aller Widerwärtigkeiten zog sie von Ort zu Ort. Ihre Energie und Selbstlosigkeit riß schließlich ihre Gegner zur Bewunderung hin. — 1866 gründete sie, zusammen mit den bekanntesten Vorkämpfern für Frauenrechte, den „Amerikanischen Bund für das Wahlrecht der Frauen". Sie hatte die Genugtuung, die Befreiung der Neger zu erleben. Sie war Zeuge vieler Fortschritte der Frauensache bis zu ihrem Tode 1893 in Boston.

Wer von den heute lebenden deutschen Genossinnen erinnert sich noch an Agnes Wabnitz? 1842 geboren, ging sie als 52jährige Kämpferin freiwillig in den Tod. Sie sollte an ihrem Todestage eine zehnmonatige Gefängnisstrafe antreten.

Luise Otto Peters starb im März 1895. Sie war keine proletarische Kämpferin, aber auch ihr schulden wir Dank. Sie hatte erkannt, daß die volle politische Freiheit aller die Vorbedingung für das Erringen sozialer Befreiung ist. Sie gehörte zu den ersten Frauen Deutschlands, die den Mut zur politischen Betätigung und zur Forderung des Frauenwahlrechts aufbrachte. Bereits 1848 gab sie eine Frauenzeitschrift heraus. Motto: Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen. Sie stand im Lager der Rebellen (1848). 1869 gründete sie mit anderen Vorkämpferinnen zusammen den ersten Arbeiterinnenbildungsverein in Berlin.

Emma Ihrer. Sie gehörte zu den besten und unvergessensten der ersten Führerinnen. Sie kam zu uns (wie so viele) über die bürgerliche Bewegung. 1898 schrieb sie ein Buch „Die Arbeiterin im Klassenkampf". Während des Sozialistengesetzes gründete sie eine ganze Reihe von Arbeiterinnenvereinen, die selbstverständlich immer wieder aufgelöst wurden. Emma Ihrer war auch die Begründerin der ersten sozialistischen Frauenzeitung „Die Arbeiterin", Vorläuferin der „Gleichheit". Als erste Frau wurde sie in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt.

Lily Braun, die Tochter eines Generals, schildert, wenn auch subjektiv, selbst in den „Memoiren einer Sozialistin" ihren Werdegang. Sie war eine glänzende Rednerin und Schriftstellerin. War ihr Wirken in der sozialdemokratischen Frauenbewegung auch umstritten, so hat sie uns doch in ihren Schriften vieles von bleibendem Wert gegeben.

Luise Zietz. Auch sie gehört der jüngeren Vergangenheit an. Gestorben Januar 1922, hat sie den Sieg des Frauenwahlrechtes noch erlebt und selbst die parlamentarische Tätigkeit ausüben können. Sie schöpfte ihr proletarisches Klassenbewußtsein und ihr damit verbundenes Wirken aus der Tatsache der Frauenerwerbsarbeit, deren Auswirkungen und Begleiterscheinungen für sie der Wesenskern der Frauenbewegung überhaupt waren.

Ottilie Baader. Wir sollten sie alle noch kennen, die „Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands", die jahrelang in der „Gleichheit" die Aufrufe unterzeichnete, die lange vor der Gleichberechtigung zu den Reichstagswahlen, zu Parteitagen und bei anderen Gelegenheiten veröffentlicht wurden. Wer kennt noch das Wirken der bescheidenen kleinen Frau, deren Herz von glühender Liebe zum Sozialismus erfüllt war?! Ihr Lebenswerk (Ottilie Baader: „Ein steiniger Weg." Verlag J. H. W. Dietz) führt uns hinein in die Zeit des Frauenkampfes, zeigt uns das Eindringen der Arbeiterinnen in Fabrik- und Heimarbeit, den Kampf um bessere Lohnbedingungen, aber auch die mühevolle politische und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit für versklavte Arbeiterinnen. Unermüdlich hat sie geworben, wo sie auch weilte, überall verbrachte sie die Zeit zwischen den Versammlungen damit, das Leben der arbeitenden Frauen zu studieren. Sie wußte aus eigener Anschauung von den Thüringer Heimarbeiterinnen und ihren Kindern, von den sächsischen Tabakarbeiterinnen, von dem Leben der Landarbeiterin und der Fabrikarbeiterin in der Industriestadt. Und sie war bis in ihre letzten bewußten Tage dem Geschick dankbar, das ihr vergönnt hatte, im mühevollen, aufopfernden Kampf für die Arbeiterklasse und für die Frauen ihres eigenen Lebens Erfüllung zu finden.

Ruheräume in Ausstellungen. In unseren Museen und Sammlungen findet sich zwar gelegentlich ein Polstersessel oder Sofa, wo man ein wenig ausruhen kann, nicht aber richtige Aufenthaltsräume, in denen es möglich ist, die genossenen Eindrücke zu verarbeiten, sich etwas zu sammeln und auszuruhen. Anders in den amerikanischen Museen, die glänzend eingerichtete Salons für diesen Zweck besitzen. Es wäre zu wünschen, daß diese Einrichtungen auch bei uns eingeführt würden.

Sprachen der Welt und Weltsprachen. Man zählt heute etwa 600 verschiedene Sprachen, ohne daß darin die Dialekte einbegriffen wären, deren es wohl 3000 bis 4000 geben mag. Allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß auf der Welt am meisten englisch und französisch gesprochen wird, aber diese Ansicht beruht auf einem Irrtum, denn das Chinesisch ist erheblich verbreiteter, sprechen doch nicht weniger als 480 Millionen Menschen diese Sprache. An zweiter Stelle folgt das Indische, das 325 Millionen als Muttersprache dient. Dann erst kommt Englisch mit 175 Millionen, Deutsch mit 95, Spanisch 85, Russisch 80, Französisch 45 und Italienisch 40 Millionen. Anders sieht diese Rubrik aus, sobald man berechnet, wieviele Menschen die einzelnen Sprachen verstehen, da machen die Weltsprachen Englisch, Spanisch und Französisch ganz gewaltige Sprünge. Englisch verstehen rund 250 Millionen, Französisch 200, Russisch 125, Spanisch und Deutsch je 120 Millionen.

Zum Schul-Anfang

Kinder-Wäsche

Taghemden für Mädchen, aus gut. Wäschestoff mit eleg. Stickereiverzier., Länge 40 cm 90 Pf.

Hemdhosen f. Mädchen, Trägerform, gut. Hemdentuch, reich m. Stick. verarbeit., Länge 45 cm 1.45

Prinzessröcke aus feinfädigem Wäschestoff, mit breiter Stickerei garniert, Länge 40 cm 1.45

Mädchen-Nachthemden farb. Weste, Krag. u. Aermelbes., Lg. 80 cm 2.25

Knaben-Hemden aus kräftigem Hemdentuch, Lg. 40 cm 90 Pf.

Nachthemden für Knaben, Geishaform od. m. Umlegekrag., farb. Bes. u. Tasch., Lg. 60 cm 1.95

Schreibetuis echt Leder, mit Einrichtung .. 95 Pf.

Schreibetuis echt Voll-Rindleder, mit kompletter Einrichtung 1.65

Kinder-Trikotagen

Kinder-Schlüpfer feine Baumwolle .... 48 Pf.

Kinder-Schlüpfer glatte Kunstseide, viele Farben, Gr. 35 1.20
Jede weitere Grösse 15 Pf. mehr

Turnjacken ¼ Arm, sehr gute Qualität, weiss oder schwarz, Grösse 1 1.50
Jede weitere Grösse 15 Pf. mehr

Turnhosen sehr gute Qualität, weiss oder schwarz .... Grösse 1 1.05
Jede weitere Grösse 15 Pf. mehr

Schulmappen echt Vollrindled., f. Knaben u. Mädchen ca. 34 cm, schwz. u. braun 9.75

Schulbedarf

Schreibhefte 16 Bl. stark, holzfr. Pap., Löschbl., Stück 8 Pf., Dtz. 90 Pf.
Oktavhefte liniiert, Stück 5 Pf., Dutzend 55 Pf.
Aufgabenhefte .... Stück 5 Pf.
Diarien schwarz. Deckel, stark 40 Pf., dünn 20 Pf.
Löschblätter .... 10 Stück 3 Pf.
Heftumschläge blau .... 25 Stück 20 Pf.
Heftetiketten .... 10 Stück 4 Pf.
Tafeln unzerbrechlich .... Stück 80 Pf.
Schiefergriffel .... 10 Stück 8 Pf.
Bleistifte A. W. Faber, Stück 5 Pf., Dutzend 55 Pf.

Federhalter .... Stück 5 Pf.
Schulfedern prima Qualität ... Dutzend 15 Pf.
Federbüchsen .... Stück 8 Pf.
Bleistifthülsen .... Stück 5 Pf.
Radiergummi .... Stück 5 Pf.
Tintenwischer .... Stück 5 Pf.
Bleianspitzer .... Stück 10 Pf.
Butterbrotpapier garant. fettdicht, 3 Pak. à 100 Blatt 95 Pf.
Reißzeuge massiv Messing, im Etui, Stück 95 Pf.
Füllhalter mit 14 karätiger Goldfeder, Stück 2.85

Grosse Auswahl in Ordnungs-, Zensurenmappen, Mal-, Zeichenartikeln u. Schultüten

Kinder-Schuhwaren

Chevr.-Spangenschuhe braune, Gr. 34–35 7.90, 29/30 6.50, 27/28 5.90, 25/26 5.25, 23/24 4.50, 20–22 3.50, 18/19 2.95

Lack-Spangenschuhe Grösse 31–35 8.90, 27–30 6.50, 25/26 5.90, 23/24 5.25, 20–22 4.25 .... 18/19 3.75

Schwarze Stiefel in versch. gut. Ledersorten, Gr. 31–35 7.75, 27–30 6.75 ... 25/26 4.50

Sandalen randgenäht, doppelsohl., echt Rindleder, Grösse 27–30 3.90, 31–35 4.50

Turnschuhe Segeltuch, mit gut. Chromledersohle, Grösse 36–42 2.75, 31–35 2.25, 25–30 1.95

Frühstückstaschen zum Umhängen, kräftiges Rindleder 95 Pf.

Frühstückstaschen echt Vollrindleder, mit starkem Riemen, zum Umhängen 1.45

Schürzen, Taschentücher

Knaben-Schürzen gut. fest. Stoff, m. Musikinstrument, Grösse 45-55 95 Pf.

Mädchen-Schürzen gut. fest. Stoff, Hängerform, Grösse 40-55 95 Pf.

Schulschürzen aus schwarz. Panama, in verschiedenen Grössen 1.95

Kinder-Tücher weiß Linon, mit bunter Kante, gute Qualität ..... ½ Dutzend 70 Pf.

Kinder-Tücher weiß Batist, farb. Kordelkante, farb. bestickt. Buchst., ½ Dtzd. 95 Pf.

Schulmappen für Knaben und Mädchen, aus starz. schwarz. od. braun. Rindleder 6.90

KINDER-BEKLEIDUNG

Schulkleider für Mädchen, gut. Cheviot, hübsch verarb. m. Tasch. u. abstech. Blend, ca. 60-90 cm lg., ca. 60 cm 6.50
Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Matrosen-Kittelkleider dunkelblau Cheviot, halb. Qual., ca. 60-90 cm lg., ca. 60 cm 6.75
Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Schulmantel für Mädchen, aus guten imprägnierten Stoffen, ca. 60–90 cm lang .. ca. 60 cm lang 8.75
Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Windjacken für Knaben, aus gutem imprägnierte Zwirn-Covercoat, für 6-14 Jahre, für 6 Jahre 6.80
Jede weitere Grösse 50 Pf. mehr

Sporthosen für Knaben, zur Windjacke pass. aus gleichem Stoff, für 6–14 Jahre ...... für 6 Jahre 3.30
Jede weitere Grösse 30 Pf. mehr

Sporthemden für Knaben, aus gutem Zephir, hübsche Streifenmuster, ca. 60–90 cm lang, ca. 60 cm 2.40
Jede weitere Grösse 30 Pf. mehr

Kinder-Kappen aus kunstseidenem Taffet in vielen Farben und Kopfweiten 1.45

Kinder-Strohhüte aus breiter bunter Borte genäht, in vielen neuen bunten Farben 2.25

Kinder-Söckchen mit geschmackvoll. Wollrand., Gr. 10 78 Pf., 7-9 68 Pf., 4-6 58 Pf., 1-3 48 Pf.

Kinder-Strümpfe prima Baumwolle, ½ gestrickt, gut verstärkt .... Grösse 1 55 Pf.
Jede weitere Grösse 10 Pf. mehr

HERMANN TIETZ

102

Leipziger Strasse * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Strasse * Brunnenstrasse
Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Strasse * Grosse Frankfurter Strasse * Chausseestrasse

---

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Richard Dahlinger

sage ich allen Freunden, Bekannten, Kollegen, Kolleginnen und der Firma Wübben & Co., sowie dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Kreuzberg, der 48. Abt. der SPD., dem Verband der Buchbinder, dem Pflanzer-Verein Neuköllner Schweiz sowie dem Redner meinen herzlichen Dank.

Frau Bertha Dahlinger.

Gegr. 1891

Unter Garantie gute und billige **Stepp- und Daunendecken** sowie Metall-Bettstellen und Auflegematratzen kaufen Sie bestens ab Fabrik

Bernhard Strohmandel, Berlin S 14, Wallstr. 72 (Untergrundbahn Inselbrücke)

Filialen nur Spittelmarkt, Ecke Seydelstr. u. W, Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustraße.

Reparat. jed. Art. — Illustr. Preiskatalog gratis.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und **billig!**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Frauenveranstaltungen!

Donnerstag, den 31. März, nachmittags 5½ und abends 8 Uhr, und Freitag, den 1. April, nachmittags 5½ und abends 8 Uhr in unserer **Kulturabteilung, Linienstraße 197** (gegenüber dem Verbandshause)

Filmvorträge

Aus dem Programm: 1. Der Sohn der Berge (Ein historisches Drama aus dem Hochgebirge). 2. Zwischen Mars und Erde.

Die Ausgabe der Karten erfolgt durch das Arbeiterinnensekretariat und die weiblichen Vertrauensleute.

Achtung! Betriebsräte Achtung!

Die Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 6 ist erschienen und kann gegen Vorlegung der Legitimationskarte des Betriebsratsobmannes in unserem Bureau, Zimmer 5, oder nach 4 Uhr im Zimmer 4 entgegengenommen werden.

Die Ortsverwaltung

Der schönste Schmuck! für Veranden, Balkon, Fensterbretter usw. sind unsere weltberühmt. echten

Gebirgshängenelken!

Illustrierte Preisliste hierüber, sowie über anderen Balkon- und Gartenpflanzen-, Blumen- u. Gemüsesamen gr. u. fr. Zahlreiche Anerkennungsschreiben!

Eibl & Co., Versandgärtnerei Traunstein 110 (Oberb.)

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Tafelwagen, Dezimalwagen, Gewichte preiswert. Georg Wagner, Köpenickerstraße nur 71, Hof. Kein Laden, dafür billigere Preise.

Leiterwagen, Schubkarren, Einzelräder, Achsen, Federn, Sensen, Sicheln. Fabrik Dresdenerstraße 55. Moritzplatz 13 738.

Klappsportwagen, Kinderwagen, Metallbetten mit Polsterauflage 16,50, Ruhebetten, Kinderbetten. Riesenauswahl. Ratenzahlung. Spezialgeschäft, Schönhauser Allee 5, Schönhauser Tor.

Obstgartenparzelle, Laube, 40 Edelobstbäume, Pankow, 3750 Mark bei 1250 Anzahlung, verkäuflich. Müller, Pankow, Florapromenade 22.

2 Teppiche, wenig gebraucht, 20,— und 32,—, sowie Einzelstücke mit kleinen Webefehlern bis 50 Prozent ermäßigt. Fabrikteppich-Verkauf, Friedrichstr. 205, Ecke Zimmerstraße. Zahlungsentgegenkommen.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6208.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Bettenverkauf! Neue 9,75! 15,—! Prachtbetten 22,50! 27,50! Bettwäsche! Steppdecken! Tüllbecken! Inletts! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Wenige getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Leihhaus Moritzplatz 58a verkauft von Kavalieren wenig getragene Anzüge, Gabardine-Mäntel, Frack-, Smokinganzüge von 25,—. Keine Lombardware.

Möbel

Roffien, Kastanienallee 37. Speisezimmer 395, Schlafzimmer 450, Küchen 125, Ankleideschrank mit Spiegel 85, Bettstelle 55, Sofa 65, Ruhebetten 25, Klubsessel 68.

Roffien, Kastanienallee 37. Große Gelegenheit. Ein großer Posten Schlafzimmer, nur allerbeste Ausführung, kommt jetzt billig zum Verkauf. Soweit Vorrat reicht. Benutzen Sie die Gelegenheit. Sie sparen viel Geld. Zehn Jahre Garantie. Ratenzahlungen auf lange Zeit.

Ausnahme-Angebot! Neue Nußbaum-Pianobandschränke, 150 groß, mit Wäscheabteilung, Facette-Spiegel, 128,—, neue furnierte, 150 große Ankleideschränke mit Wäscheabteilung und Spiegel 105,—, Nachttische mit Marmorplatte 15,—, Nußbaum-Apotheken 12,—, Plüschsofas 48,—, Diplomaten 35,—, Säulenbüfetts 75,—, Bierauszieltische 65,—, Standuhren 72,—, Chaiselongue, echt Eiche, 140 groß, 260,—, Schlafzimmer mit echtem Marmor und Facettespiegel 285,—, Herrenzimmer mit Ledermöbeln 285,—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn, Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung.

Gelegenheit! Kleiderschrank 18,—, Vertiko 15,—, Waschtoilette 11,—, Nußbaum-Schreibtisch 25,—, Küchen 24,—, Plüschsofa 15,—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft. Kein Laden.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), reelle Tischlerarbeit und keine Auktionsware. Versand Groß-Berlin franko. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 100 Mark an 5 Mark Autogeld vergütet. Riesenauswahl. Zirka 100 Zimmer und Küchen. Besuch lohnt. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Speisezimmer: Büfett, Vitrinenaufsatz, volle Türen (innen Mahagoni), schwere Bildhauerarbeit, englische Züge, Kredenz, Ausziehtisch mit abgerundeten Ecken, echte Lederstühle, 395,—, 450,—, 550,—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), komplette Herrenzimmer nur 285,—, 375,—, 490,—, Ankleideschränke, furniert, dreiteilig, 79,—, 98,—, 140,—, Waschkommode mit Spiegel 69,—, 85,—, 110,—, Nachttische 14,50, 19,50, 24,—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), englische Bettstellen mit Spiralboden und Dreß-Auflagen 58,—, 68,—, 85,—, Metallbettstellen, Messingverzierung, 28,—, 29,—, Ausziehtisch 29,—, 38,—, 45,—, Rohrstühle 4,95, 5,75, Plüschsofa 98,—, 130,—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Diplomat-Schreibtische, echt Eiche, 69,—, Schreibsessel, Rindledersitz 29,—, Standuhren 95,—, Klubsessel 85,—, Flurgarderoben, moderne Anrichte-Küchen 119,—, 138,—, 165,—. Hausnummer achten.

Neue Anrichteküchen mit Linoleum 99,—, Rahmenküchen 64,—, Nußbaum-Kleiderschränke mit Spiegel 73,—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Fünfundfünfzig Herrenzimmer, Ledersofas, Ledersessel, Klubtische, herabgesetzte Preise, Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Verkaufsstellen:
Köpenicker Straße 75. **Steglitz**, Bismarckstraße 64a. **Lankwitz**, Bruchwitzstraße 6.
Berlin N, Müllerstr 153a
Neukölln, Kottbusser Damm 103
Neu eröffnet: Alte Schönhauser Straße 46

Musikinstrumente

Pianos, Flügel, neu und gebraucht, große Auswahl, langjährige Garantie. 50,— monatlich, verkauft Pianohaus Königgrätzerstraße 81.

Linkpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Konzertpianos, Flügeltion, Steinmeyer-Flügel, Gelegenheitskauf ab Fabrik, Friedrichstraße 16 II, Vorderhaus.

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung, Teilzahlung. Dahet, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Grammophon 10,— an. Schallplatten —,50 an. Plattenumtausch. Ersatzteile. Reparaturen. Köpenickerstraße 153a.

Fahrräder

Teilzahlung. Riesenauswahl! Diamanträder, Görickeräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Multiplexräder, Wittlerräder, Monopolräder, hochmoderne bildschöne Rennmaschinen, entzückende schnellaufende Straßenrenner, fünfjährige Garantie. Kaufzwangloser Lagerbesuch erbeten. Fahrradrahmen 18,—, Kasträder 45,—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Garten :: Laube :: Balkon

Pflanzen, Sämereien, Gartengeräte, Pflanzenschutz- und Düngemittel am besten in der größten Baumschule L. Späth, Baumschulenweg, gegründet 1720. Verkaufsstellen: „Südost", Berlin-Baumschulenweg. „West", Linkstraße 8. „Nord", Kiosk am Stettiner Vorortbahnhof. „Zentrum", Stadtbahnbogen Alexanderplatz, Dircksenstraße. Verkauf auch Sonntags von 8–10 Uhr.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Unterricht

Rackow's kaufmännische Privatschulen W. und Dr. G. Rackow, Wilhelmstr. 49, nahe Leipzigerstraße, Tauentzienstraße 1, Alexanderplatz 50. — 4. und 7. April beginnen besondere Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahreslehrgänge zur kaufmännischen Ausbildung für junge Damen und Herren mit einfacher oder höherer Schulbildung. — Lehrpläne kostenlos. — Schnellfördernde Lehrgänge für Erwachsene. Wahlfächer: Buchführung für jeden Betrieb, Rechnen, Korrespondenz, Wechsellehre, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschnellschreiben, Deutsch, Fremdsprachen, fremdsprachliche Stenographie. Sonderabteilung: Staatlich anerkannte höhere Handelsschule. Drucksachen kostenlos.

Maschinenbau, Elektrotechnik, Tageslehrgänge, Abendlehrgänge, Technische Privatschule, Diplomingenieur Steckmacher. Auch Vorbereitung zur Elektromeister-Prüfung. Friedrichstraße 118.

Schnellfördernd. Einheits- und englische Kurzschrift, alle Handelsfächer, Sprachen. Haase, Handelslehrerin und Diplomkaufmann, Wilmersdorf, Nassauische Straße 30.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchung (ärztlich). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 151, rechter Vordereingang, 1 Treppe. Nähe Schlesischer, Görlitzer Bahnhof.

Vermietungen

Mietgesuche

Parteigenossin, die in Charlottenburg eine Schule besuchen will, sucht zum 1. April eine einfache Schlafstelle. Angebote sofort unter K. 33 an die Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 3.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Wir suchen per sofort geübte Bügler für Färberei und chemische Waschanstalt. W. Spindler A.-G., Spindlersfeld bei Köpenick.

Händler finden guten Verdienst durch Verkauf meiner Eukalyptus- und Wacholderbonbons, Pfefferminz, Wacholder- und Malzextrakt, Fichtennadelpräparate, Seifen und andere Spezialitäten. Preisliste umsonst von Willi Schulze, Olbernhau in Sachsen 27.

Wir suchen per sofort geübte Kleiderplätterinnen für Färberei und chemische Waschanstalt. W. Spindler A.-G., Spindlersfeld bei Köpenick.

Redegewandte Damen mit guter Allgemeinbildung finden lohnende Beschäftigung als Werbekräfte für unseren hochwertigen Staubsauger bei Spesenvergütung, Fixum und Provision. Persönliche Vorstellung erwünscht. Personalbureau, Budapester Straße 10, Nebeneingang (Romanisches Haus).

Taillen-Arbeiterin, Höchstlohn, die Aufstecken und Probieren kann, in Dauerstellung verlangt. Böhm, Budapester Straße 14, gegenüber Zoolog.

Perfekte Kleiderarbeiterin auf bessere Waschkleider, Stück von 1,50 Mark an, sowie Teilarbeiterin verlangt Pachel, Bobbinstraße 65.

Sakko- und Ulsterschneider

für beste Qualitätsarbeit und dauernde Beschäftigung für Werkstatt und außer dem Hause, sowie

Regenmantelschneider

mit eigener Betriebswerkstatt sucht

Adolf A. Stern

Wienerstr. 25-26, Hof II

Zuarbeiterin perfekte, für Maßsalon **Mayer, Schillstraße 17.**